

DER KAMPF

Jahrgang 4

1. April 1911

7. Heft

Friedrich Austerlitz: Wahlen des Klassenkampfes

Wahlen sind ein untrügliches Barometer: denn die Veränderungen, die sich unter der Oberfläche der Dinge vollzogen, werden in ihnen sichtbar. Anscheinend ist alles beim alten geblieben. Die Parteien führen die gleichen Namen, die Politiker behielten ihre Zugehörigkeit, die Programme sind nicht abgeändert worden, die Abstimmungen sind dieselben geblieben. Aber da kommt plötzlich eine Wahl und es ist nicht anders, als ob ein Vorhang weggezogen wäre, der den Ausblick gehindert hatte, und man erkennt nun, wie gründlich alles anders geworden ist: die einzelnen Politiker, die Parteien, ihr Wollen und Handeln. Darum sind die zwei böhmischen Nachwahlen so wichtig; die allmähliche Veränderung der politischen Verhältnisse, die sich seit den Neuwahlen vollzogen hat, diese Veränderung, die langsam, fast unmerklich geschah, in der Bilanz aber die politischen Tatsachen geradezu umwälzt, die ist in ihnen so scharf und schroff deutlich geworden, dass die Klarheit nun geradezu in den Augen brennt. Was diese Wahlen gebracht haben, ist auch keine zufällige und deshalb vereinzelt Erscheinung; sie sind ein Gleichnis der Verhältnisse, die kommen müssen und allgemein sein werden.

Es ist die umwälzende Kraft des allgemeinen Wahlrechtes, die nun in den Wahlen sichtbar und die die kommenden Neuwahlen noch deutlicher beeinflussen wird. Die nationale Zerrissenheit Oesterreichs bringt es mit sich, dass die historischen Gegner, die Nationen, die einander unausgesetzt befehlen und deren Kämpfe es sind, die die österreichische Politik zu einem so grossen Teil ausmachen, im Wahlkampfe einander nicht treffen; dass Deutsche und Tschechen, die mit dem Lärm ihrer grossen und kleinen Kriege die ganze österreichische Politik beherrschen, und deren Gegensatz ein gut Stück des österreichischen Problems ist, in Wahlen nie zusammenkommen; jetzt, nach der nationalen Abgrenzung der Wahlbezirke, noch weniger als früher. Deshalb ward der nationale Kampf in den Wahlen der Kurienzeit gleichsam im übertragenen Wirkungskreis geführt; da er der nationalen Gegner nicht habhaft werden konnte, musste er zu dem Kampf um das nationale Schlagwort herabsinken. Zu ihrer Zeit mögen ja die Kämpfe zwischen den Parteien und Gruppen des Bürgertums, die Kriege um den Höhegrad des nationalen Schlagwortes, ganz ernsthaft gemeint gewesen sein und auch ihren inneren Ernst besessen haben; der rückschauende Blick vermag sie freilich nur als oberflächliche Katzbalgerei anzusehen, die nur entstehen konnte, weil der Bourgeoisie sowohl der nationale wie der ökonomische Gegner mangelte, wonach sie sich der Austragung der grossen Frage, wer sich im Chauvinismus am besten heiser zu schreien vermöge, ohne Gefährdung ihrer parlamentarischen Machtstellung hingeben konnte. Selbst der überlieferte Gegensatz zwischen Freiheitlichen und Klerikalen war im Grunde auf diese Melodie gestimmt. Die Klerikalen waren undeutsch, antideutsch, tschechenfreundlich; und so war im ganzen Bereiche des deutschen Volkes, welches Volk für die liberale Weltanschauung immer erst beim Steuerzahler anfang und anfängt, der Wahlkampf auf die alleinige Frage beschränkt, wer die Klaviatur der nationalen Schlagworte am kräftigsten zu handhaben verstehe. Auch zu den Wahlen vor vier Jahren ist das Bürgertum in der Hauptsache mit diesen Vorstellungen gegangen.

Dieser freundlichen Idylle hat nun das allgemeine Wahlrecht ein Ende gemacht, und wenn man die Veränderung bezeichnen soll, die es an den Parteien des „deutschen

Volkes“ bewirkt, so könnte man es wohl so sagen: es hat aus den nationalen Parteien die bürgerliche Partei gemacht. Diese eine bürgerliche Partei schaut zwar vorläufig noch recht kurios aus und ihre Erscheinung ist nur ein loser parlamentarischer Verband, der im Innern alle Nuancen des nationalen Bekenntnisses respektieren muss und es nicht einmal zu einer politischen, geschweige denn zu der Einheit von wirtschaftlichen Anschauungen bringt. Eine Einheit ist der Deutsche Nationalverband nur in einer Beziehung, freilich der entscheidenden: dass er das Bürgertum aller Grade zu einer antisozialdemokratischen Liga sammeln will. Das Deutschtum ist dabei mehr minder nur ein Aushängeschild, die arme Freiheitlichkeit ein Atavismus; echt und zukunftsfruchtig ist an der bürgerlichen Konzentration, vornehmlich der in den Industrieländern, nur das Antisozialdemokratische. Aus dem Wahlkampf um die Stimmkraft des nationalen Schlagwortes hat das allgemeine Wahlrecht — den Klassenkampf gemacht.

Wie sie alle zusammengekommen sind, die nun das „einige deutsche Volk“ darstellen, weiss man: die Furcht vor der Sozialdemokratie hat sie zusammengeführt, die Angst, bei dem Zusammenstoss mit der Partei des Proletariats, wenn sie nicht alle zusammenhalten, erdrückt zu werden. Aber man würde dennoch fehlgehen, wenn man in der bürgerlichen Konzentration nicht mehr als eben die Einigung auf den einen bürgerlichen Gegenkandidaten erblicken wollte; in Wahrheit hat diese politische Einigung der Bourgeoisie aller Grade auch ihre sicheren ökonomischen Voraussetzungen. Wohl bleiben innerhalb der bürgerlichen Einigung mannigfache wirtschaftliche Gegensätze aufrecht; aber was sind sie alle gegen den Klassengegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen den Nutzniessern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und denen, die unter ihr leiden? Deshalb ist der politischen Einigung der Parteien die ökonomische der Klasse vorangegangen: das „einige deutsche Volk“, die eine bürgerliche Partei, die von den wirtschaftlichen Gruppierungen innerhalb des Bürgertums abzusehen vermag, kann sich mit einem Bekenntnis zufriedengeben: dem zum Privateigentum, gegen das die proletarische Welt anstürmt. In diesem Bekenntnis, welches an der Maskerade des einigen „deutschen“ Volkes das einzige Wahre ist, kann sich alles zusammenfinden, was an der Bewahrung der kapitalistischen Ordnung interessiert ist: der grosse Plusmacher, das reine Ausbeutertum, das auf die Phrase verzichtet, ebensogut wie die mannigfachen kleinen Ausbeuter, deren Ideologie der beschönigenden Phrase nicht entraten kann. Der Hass gegen die Arbeiterpartei ordnet und eint die unterschiedlichen Gruppen, die in der Zeit vor der Wahlreform ihre wirtschaftlichen Gegensätze in den grimmigsten politischen Streit umsetzten, nun zur vollendeten Harmonie.

Besehen wir, wie sich diese Bewegung vollzog. Die eigentlichen Unternehmer, die die finanziellen Nährväter sind, begnügen sich, wie man wahrnimmt, mit der Rolle der Drahtzieher; sie verzichten auf die offene Führung und bescheiden sich anscheinend damit, als Wahlkortesche ihrer Handlanger zu fungieren. Man hat es ja in Warnsdorf gesehen und sah es wieder in Leitmeritz: obwohl jedes dieser Mandate geradezu auf der Gasse lag, ist keinem der eigentlichen Bewegten des antisozialdemokratischen Kreuzzuges, keinem der grossen Unternehmer der Einfall gekommen, das Mandat des industriellen Bezirkes selbst zu ergreifen; sie überlassen es gerne und vorurteilslos ihren „jungen Leuten“, von denen sie die Verleugnung jeden Augenblick gewärtigen müssen und die den Verdacht, ihre Werkzeuge zu sein, als böswillige Verdächtigung zurückweisen. Das ist wohl keine ehrenhafte, aber eine ganz gesunde Politik. Denn das Unternehmertum weiss ganz gut, dass die offene Deklaration des Kandidaten des „einigen deutschen Volkes“ als Vertretung kapitalistischer Interessen, dass also der Ausbeuter als Kandidat die Deklaration des unverhüllten Klassenkampfes wäre und das Täuschungsmanöver mit dem „einheitlichen deutschen Volke“ dadurch nur gehindert würde. Denn dann wäre es mit der Spekulation auf die indifferenten und willensträgen Schichten der Arbeiterschaft nichts und es könnten sogar die Massen des Kleinbürgertums wahrnehmen, für welchen zweifelhaften Zweck man ihre nationale Begeisterungsfähigkeit in Anspruch nehmen will. Und das Ausbeutertum, das über die mangelnde Vertretung der industriellen Interessen im Abgeordnetenhaus zu lamentieren pflegt, weiss schon, dass seine Interessen in den Vorzimmern mindestens so gut zu wahren

sind wie im Abgeordnetenhaus. Was versteht aber das österreichische Unternehmertum unter „industriellen Interessen“? Unter Schutz und Vertretung industrieller Interessen begreifen diese erleuchtenden Unternehmer nur den Krieg gegen die Sozialpolitik, den Kampf gegen die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter, verstehen sie also nur jenen Einfluss auf Verwaltung und Gesetzgebung, der die Macht der Arbeiterklasse zu paralisieren vermag. Ihre „Einlage“ in den Betrieb des „einigen deutschen Volkes“, ihre finanzielle und (man verzeihe das harte Wort) moralische Förderung der antisozialdemokratischen Liga verzinst sich also trefflich: sie erwerben in den kleinen Schreibern die wackersten Kämpfen gegen die Stärkung und Verfestigung der Sozialdemokratie, und was sie von der bürgerlichen Konzentration heischen und erwarten, erfüllt sich ihnen: dass die Kraft der Arbeiter als Klasse geschwächt wird und das Ausbeutertum in ungestörtem Besitz seiner Profiteure verbleibt. Die Unternehmer wissen, welche Sorte von Repräsentanten des „deutschen Volkes“ sie ausersehen müssen, um dem dummen Kleinbürgertum und der indifferenten Arbeiterschaft die Vorstellung der „deutschen Einigkeit“ nicht zu stören; und sie wissen auch, wem sie die Mandate überlassen, wenn sie sie ihren Handlangern und Zutreibern zuwenden.

Die scheinbare Abdikation der grossbürgerlichen Schichten, die sich politisch als das Verschwinden des alten Liberalismus darstellt und die man den Deutschfortschrittlichen als verächtliche Feigheit aufnutzen möchte, die ist also nichts anderes als die weise Erwägung der tatsächlichen Verhältnisse. Denn dass in den böhmischen Provinzstädten und Städtchen die grossbürgerliche Schicht nur recht spärlich gesät ist (und grossbürgerlich ist sie bloss im wirtschaftlichen Sinne, wogegen die geistige Veranlagung dieser Fabrikanten und ihres Nachwuchses über ihre Umwelt, die von kleinen Provinzstädten, natürlich nicht hinauswächst), dass dem Grossbürgertum eine selbständige Politik versagt ist, ist selbstverständlich; die war möglich beim hohen Zensus, aber schon die Wahlrechtserweiterung auf die Fünfguldenmänner hat sie erschüttert und dass allgemeine Wahlrecht hat ihr vollends den Garaus gemacht. Es ist also nicht überraschend, dass das allgemeine Wahlrecht den Schwerpunkt der bürgerlichen Politik von der Grossbourgeoisie auf das Kleinbürgertum, von der ehemaligen Fortschrittspartei auf die Deutschradikalen überwältigt hat. Dieses deutschböhmische Kleinbürgertum ist nämlich zu dem antisozialdemokratischen Kriege in jeder Hinsicht prädisponiert und alle seine Laster finden in dem Kampfe wider die Arbeiter und ihre Partei Genügen. Da sind zuerst die Handwerker und Gewerbetreibenden, die den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter manchmal auch am eigenen Leib verspürt haben und bei denen der Wunsch der grossen Unternehmer auf Zurückdrängung der Arbeiter selbstverständlich auf ein freudiges Echo rechnen kann. Dann haben wir die sogenannten Intellektuellen, die in der Provinzstadt von zehntausend Einwohnern ein merkwürdig geistiges Gesicht tragen: wie etwa der Advokat, dessen Klientel der grosse und kleine Scharfmacher ist; der Schriftleiter und Verleger der betreffenden „Hochwacht“, deren Inserenten und Abonnenten sich aus dem Kreise der bewussten Antisozialdemokraten rekrutieren; die Beamten, die alle bürgerlichen Ursprunges sind und die Beschwerden der Arbeiter als Schikane empfinden; das Heer der Fabrikantenbureaukratie, das so gerne reichsdeutsche Scharfmachermuster kopiert und dem die Arbeiterschaft noch immer der Pöbel ist, der im Zaume gehalten werden muss. Das alles ergibt eine Summe von Vorurteilen, Abneigung, Instinkten des Hasses, die sich zu einer bewussten antisozialdemokratischen Gesinnung unschwer verdichten und sammeln lassen und von geschickten Regisseuren als antisozialdemokratische Kerntuppen sowohl im täglichen Kleinkrieg wie in den Wahlkämpfen verwendet werden können. Und über allem dem lagert die dumpfe Enge der kleinen Stadt, die geistige Atmosphäre erhitzter nationaler Phrasen, in der alle Wirklichkeiten verschwimmen und nur der dicke Nebel einer Stimmung der Aufgeregtheit übrig bleibt, die immerzu nach Explosionen begehrt und alle Betätigungen, vom Biertrinken und Kegelschieben bis zum Demonstrieren und Wählen, als Emanationen des deutschen Volksgeistes erfasst und klassifiziert. Weit mehr als in der Grossstadt steht und lebt die Arbeiterschaft in den deutschböhmischen Provinzstädten fern und getrennt von der bürgerlichen Welt: oft auch räumlich, immer aber sozial und geistig. Es mag übertrieben klingen, just in diesen kleinen Spiesseremporien die „zwei Welten“ zu

suchen, in die sich die moderne Gesellschaft teilt; aber tatsächlich ist die Scheidung und Spaltung in jenen Provinzstädten, die Scheidung zwischen der bürgerlichen Welt und der Arbeiterbevölkerung, viel schroffer und bösartiger als selbst in den grossen Städten, in der die gesellschaftlichen Zwischenglieder die Kluft stellenweise und zeitweilig zu überbrücken vermögen. Die Einigung des „deutschen Volkes“ gegen die Arbeiterschaft war gesellschaftlich und wirtschaftlich vollzogen, ehe sie sich als der politische Klassenkampf kristallisierte, und die Wahlen des Klassenkampfes lösen nur aus, was als Gegensatz schon vorhanden war. Es ist eben alles, was im Bürgertum lebt, antisozialdemokratisch; und der „bürgerliche“, der antisozialdemokratische Kandidat ist nur der Ausdruck einer Gesinnung, in der sich alles, was man einst Programm und Ueberzeugung taufte, zu wesenlosem Scheine verflüchtigt hat und der als Bodensatz nur der Hass gegen die Arbeiter und ihre Partei verblieb.

Und in dieser „Einigung“ ist selbstverständlich auch Platz für die Christlichsozialen. Wie denn auch nicht? Die Christlichsozialen sind doch von Beruf antisozialdemokratisch, und in allem, was wir jetzt an den „Deutschfreiheitlichen“ wahrnehmen, in allem Schmutzigen und Gemeinen, haben sie als Erzieher gewirkt. Je mehr das „Antisozialdemokratische“ das eigentliche Gepräge der „Freiheitlichen“ wird, je ausschliesslicher der Hass gegen die Partei der Arbeiter ihr Handeln bestimmt, je umfassender sich der scharfmacherische Geist ihrer bemächtigt: desto wesensverwandter werden sie den Christlichsozialen und desto weniger werden sie die angeblichen Unterscheidungen, die in ihrem Tun nimmer zu erblicken sind, aufrechterhalten können. Es war eben nur ein Schein, der sich in der harten Wirklichkeit des allgemeinen Wahlrechtes rasch verflüchtete: dass wir in Oesterreich irgend etwas wie ein deutschfreiheitliches Bürgertum haben, das fähig sei, eine mannhafte, aufrechte bürgerliche Politik zu machen, das also das Proletariat auf seinen Wegen treffen und mit dem es ein gut Stück Weges wandeln könnte. Ganz im Gegensatz zu Deutschland, in dessen unverkennbarem „Zug nach links“ eine Renaissance der tapferen bürgerlichen Politik früherer Tage aufzutreten scheint, ist das Merkmal der Politik der österreichischen Bourgeoisie der Zug nach rechts, Feigheit im Denken und Entmannung im Handeln. Man erkennt es schon in der neumodischen Schwärmerei für die Autorität, an dem Unterkriechen unter die Macht der Regierung, die sich so deutlich in dem widerlichen Behagen zeigt, zu Bienerths Mameluckenschar gezählt zu werden. Die Schwärmerei für die Grossmacht und deren Gelüste, das völlige Aufgehen in die Wünsche des Hofes, das Sich-verwandt-fühlen mit dem, was man in geheimnisvoller Umschreibung die massgebenden Faktoren nennt, all das zeigt eine Umwandlung und Umformung an, die natürlich das ganze Verhältnis zum Proletariat vom Grund aus ändert. Das deutsche Bürgertum stösst zu den herrschenden Mächten dieses Staates; da könnte ihm die Begleitung des Proletariats nicht frommen, denn diese Herrschaft hat die Unterdrückung der Arbeiter zur Bedingung. Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben. Einstmals schwärmte man für die Freiheit, jetzt für die Arbeitswilligen; einstmals für die Gleichheit, nun für eine kräftige Organisation der Unternehmer; einstmals für die Brüderlichkeit, nun dafür, dass der Unternehmer „Herr im Hause“ sei. Da sich die romantische Schwärmerei für die „Freiheit“, für die Freiheit gleichsam an sich, in Realitäten umsetzen soll, so findet man, dass sie sich in ihren Lebensäusserungen — Koalitionsfreiheit der Arbeiter, Beschränkung der bürgerlichen Alleinherrschaft in der Fabrik, in der staatlichen Verwaltung, im Parlament, in der Presse, kurz wachsende Macht des Proletariats — verflucht unangenehm, ganz und gar unästhetisch anlasse, überhaupt alles eher, nur nicht die Erfüllung der einstigen Träume sei. Was soll also diese „Deutschfreiheitlichen“, die nur die Herrschaft des Bürgertums im Sinne haben und denen kein Mittel fragwürdig erscheint, von den Christlichsozialen trennen? Wenn die Wiener Juden nicht wären, so wären sie längst zu der einen, alle bürgerlichen Laster ausdrückenden und alle bürgerlichen Herrschaftsansprüche verkündenden Partei zusammengeschmolzen. Ueber das bisschen Klerikalismus hätten sie sich doch schon längst verständigt. Erstens ist man jetzt ja überall fromm und der innige Glaube an Gott gehört zu den Eigenschaften, die man nicht still verbirgt, sondern freudig zur Schau trägt. Der Ausgleich zwischen Christlichsozialen und Antiklerikalen des Kalibers dieser „Freiheitlichen“ vollzieht sich also auf der

Basis jener nun so beliebten „innigen Gottesfürchtigkeit“, die die Verehrung aller Pfaffen einschliesst, ohne Schwierigkeit. Und du lieber Gott? — was ist heute der liebe Gott in den irdischen Geschäften? Gessmann ist zwar ein pechschwarzer Klerikaler, aber sollen ihm Deutschfreiheitliche das nicht verzeihen können, wo sie ihm doch als den von „konfessionellen Vorurteilen“ freien Gründer auf der Börse begegnen? Wenn sich zwei Parteien über die irdischen Dinge, wie über die Mammonsanbetung und Herrschaftsbewahrung, so gut verständigt haben, wird die Verschiedenheit ihrer Auffassungen über Gott und Himmel der Liebe kein Hindernis mehr sein. Deutschfreiheitlich und christlich-sozial ist die gleiche antisozialdemokratische Losung, nur durch Ort und Zeit zu anderen Refrainen gezwungen.

Aus allem dem ergibt sich unwiderleglich der eine Schluss: dass die Sozialdemokratie nun in der österreichischen Politik allein steht, ringsum nur Feinde, und zwar geschworene Feinde hat. Diese wahrhaftige „Splendid isolation“ wird ihr nur gut tun, denn sie wird sie zwingen, in die Tiefe, zu den alleinigen Quellen ihrer Kraft zu steigen und alles, was der Arbeiterklasse angehört, ihren Ueberzeugungen zu vermählen. Sie soll und wird das sein, was die Gegner uns zur Beschämung sagen wollen, was aber in Wirklichkeit unser Bestes ist: eine einseitige Klassenpartei, die als ihre Leitsterne nur den Willen und die Ueberzeugung der organisierten Arbeiterklasse erkennt und die für sich das Wort der Schrift umkehrt: jedermanns Hand ist gegen sie und ihre Hand ist wider alle! So werden ihr die revisionistischen Mucken ausgetrieben und alles, was ihre Stosskraft schwächte und das Wollen zwiespältig machte, fällt wie ein lastendes Gewand von ihrem Leib. Wir werden nun „einsam“ sein, nicht bloss in den Wahlkämpfen, sondern auch im täglichen Krieg ums Recht, aber wahrlich, wir empfinden es als Befreiung, alle unsere zeitweiligen Verbündeten losgeworden zu sein: „Lieber allein, als in dieser Gemein!“ Und es gibt überall, wo wir walten und kämpfen, genug Arbeiter, die gewonnen und zu Sozialdemokraten gemacht zu haben uns den Sieg verbürgt! Mit den Lehren der zwei böhmischen Nachwahlen können wir beruhigt in die Neuwahlen ziehen!

Karl Renner: Klarheit im Gewerkschaftsstreit!

Die Entscheidung ist gefallen: Die Reichskonferenz der Zentralverbände der österreichischen Gewerkschaften hat die so lange hinausgezögerten Vorschläge der tschechischen Separatisten geprüft und verworfen, sie hat die Verhandlungen als nutzlos abgebrochen. Nicht ohne Bedauern und Sorge sieht wohl die Internationale der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Oesterreichs einen so grossen Bruchteil des tschechischen Proletariats, mit dem sie durch Jahrzehnte in voller Gemeinschaft ihre politischen und wirtschaftlichen Kämpfe geführt, mit dem vereint sie so viele Jahrzehnte gelitten und so viele Siege erstritten hat, den gemeinsamen Weg verlassen und in die Irre gehen. Trotz aller Enttäuschung, trotz aller angetanen Unbill und Schädigung besitzt die österreichische Arbeiterschaft Besonnenheit und Selbstachtung genug, dem langjährigen Gefährten heute, da er zu seinem eigenen Unheil irrt, nicht Schimpf und Hass nachzusenden. Sie ist zu gut geschult, als dass sie ihrem Bedauern nur mit moralischen Schuldsprüchen gegen einzelne Personen oder ihr Gefolge Luft machen wollte. Sind doch auch sie die Produkte und Opfer jener unglückseligen Verhältnisse, die man im allgemeinen die österreichische Misere und im besonderen die sinnlose politische Ueberreizung der tschechischen Nation nennt.

Aber ungeachtet dieser schmerzvollen Enttäuschung begrüssen wohl alle internationalen Arbeiter Oesterreichs den Beschluss der Gewerkschaftskonferenz als eine Erlösung aus unhaltbar gewordenen Zuständen. Endlich ist Klarheit geschaffen, endlich ist dem Beschluss des Kopenhagener Kongresses, dem Votum von dreissig Nationen Rechnung getragen, die sich mit 222 gegen die 5 Stimmen der tschechischen Separatisten für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen haben. Es waren unser nicht wenige, welche sofort nach Kopenhagen den bedingungslosen Vollzug der Weisungen

unserer höchsten Instanz gefordert haben, die einen, weil sie auf Grund der behaupteten genauen Kenntnis der Stimmungen unter den Separatisten alles Verhandeln als verlorene Mühe ansahen, die anderen, weil ihnen das Prinzip der Internationalität und die Entscheidung der Internationale zu hoch und heilig für jedes Kompromiss galt, wieder andere, weil sie der Ansicht waren, dass man den Irrenden eher zurecht führt am Anfang des Abwegs als mitten auf demselben. Sie alle haben die Genugtuung, dass nunmehr der allen tschechischen Ablehnungen zum Trotz unbeeinflusste, freie Entschluss des Weltparlaments der Arbeit voll zur Geltung kommt, sie alle haben sich heute wohl dahin bekehrt, dass die Friedensverhandlungen eine parteipolitische Notwendigkeit waren. Dagegen beweist ihr Scheitern nicht das mindeste. Denn kein Mann von Verantwortung kann und darf, solange nicht das letzte erträgliche Auskunftsmittel erschöpft ist, die Brücken abbrechen und die Heerlager auseinanderreißen, die in jahrzehntelangem Kriege ineinander verwachsen sind, mit dem leichtfertigen Worte: Verhängnis, nimm deinen Lauf! Seit dem Hainfelder Parteitag marschieren die Proletarier Oesterreichs politisch und gewerkschaftlich in einer Reihe. Nicht politisch, aber gewerkschaftlich sind wir jetzt hinter Hainfeld zurückgeworfen und wir Jüngeren dürfen es schon glauben, dass die Männer aus den Tagen von Hainfeld ebenso umsichtig und gewissenhaft sich zum Verhandeln entschlossen, wie die Verhandlungen abgebrochen haben.

Heute aber ist die Parole klar gegeben: Zurück auf Kopenhagen! Partei und Gewerkschaft müssen diese denkwürdigen Debatten und Resolutionen der Arbeiterschaft in Erinnerung bringen, in ihrem Denken verankern und ihrem proletarischen Gewissen einverleiben. Die ernstesten und tiefsten Argumente Plechanows, die schlichten, ergreifenden Worte Greulichs über das Lebensgebot proletarischer Kampfgemeinschaft sollen nicht mit dem Tage untergegangen sein, sie sollen auf- und fortleben in dem Tatwillen der internationalen Arbeiterschaft Oesterreichs!

Die letzten Vorschläge der tschechischen Separatisten sind wie ihre ersten das strikte Gegenteil dessen, was die ganze Welt unter dem Worte international versteht. Und doch glauben die meisten von ihnen, die echte Formel der Internationalität gefunden zu haben. Das Recht, für sich allein zu sein, das Recht auf ihr besonderes Ich, also gerade das, was alle Welt nationale Sonderung nennt, das heisst ihnen Verwirklichung der Internationale. Löset also das Rutenbündel, vereinzelt jeden Stab, dann ist der natürliche Verband zwischen den Stäben hergestellt! Das einigende Band, welches eben das Bündel ausmacht — das ist Beherrschung, Knechtschaft, Sklaverei: Dieses Bild veranschaulicht die ganze Auffassung der Separatisten. Wir anderen aber wissen, dass die Uebermacht des Kapitals die gelösten Stöcke einzeln zerbricht, und verstehen unter Internationale eben die Pflicht, vereint zu handeln!

Freilich schlagen sie auch „gemeinsame Aktion“ vor, sprechen von „einheitlichem Vorgehen“ bei Lohnbewegungen und dergleichen. Aber wie stellen sie sich das vor? Sie übersenden Vorschläge „zur Regelung des gegenseitigen Verkehrs“, die wahrscheinlich ein Jurist nach den Lehren des Völkerrechts ausgearbeitet hat. Tschechische und internationale Gewerkschaften marschieren da auf wie zwei getrennte Grossmächte, die einander Botschaften schicken. Wenn das die rechte Internationalität ist, dann sind auch der russische Zar und der deutsche Kaiser durch geregelten gegenseitigen Verkehr verbunden und erlauchte Vorbilder der internationalen Gesinnung. Man sehe nur näher zu! Bei Lohnbewegungen suchen die zwei gewerkschaftlichen Grossmächte „das gegenseitige Einvernehmen“. Bei diesen Verhandlungen wird so gewissenhaft wie bei den Diplomaten das Recht des Vortritts geregelt. Soll ein Streikausschuss gebildet werden, so entsendet man nicht den Mann des allgemeinen Vertrauens, den Entschlossenen, Klugen, Ernstesten, sondern beginnt mit der Arithmetik, die Mitgliederlisten werden vorgewiesen, die Mitglieder gezählt und die zwei Grossmächte teilen die Zahl der befugten Vertreter ebenso verhältnismässig nach der Mitgliederzahl auf, wie dies mehrere Staaten etwa nach der Zahl der ins Feld gestellten Bajonette tun! Soll Krieg sein, so hat die eine Grossmacht der anderen dies rechtzeitig anzumelden, worauf wohl die zwei Arbeiterschaften getrennt beraten, ob der Casus foederis, der Bundesfall, gegeben ist oder nicht — wenn beide ja sagen, dann gemeinsamer Krieg gegen die dritte Grossmacht Kapital, wenn eine ja, die andere aber nein sagt, dann Krieg zwischen den beiden Grossmächten

selbst wegen Verrates an der Bundespflicht. Ein häufiger völkerrechtlicher Fall, von dem jedoch die separatistischen Vorschläge schweigen.

Bei grossen Streiks, wo die höchste Einheitlichkeit und Raschheit nottut, tritt wieder die Rechenkunst in Tätigkeit. Jede beteiligte Branche schickt zwei Vertreter, macht vier, sechs, acht, zehn Mitglieder, wovon je ein Tscheche und je ein Internationaler. (Komischerweise bezeichnen die Vorschläge die Separatisten als „Tschechen“, die Internationalen im Gegensatz dazu als „Oesterreicher“.) Hierzu addiere zwei Mitglieder der separatistischen Kommission und noch zwei der „österreichischen“ Kommission und der Ausschuss ist fertig!

Welch eine sonderbare Konfusion! Die Internationalen reden vom Krieg und seinen Notdürften, die Separatisten von der Addition und Proportion! Der Lohnkampf ist nicht das solidarische Ringen um Existenz und Freiheit, sondern ein Rechenexempel!

Und die kämpfenden Arbeiter sollen ihre Organisation aufbauen mit einem Handbuch des österreichischen Staatsrechtes in Händen, sie sollen erst in ihren Ortsgruppen festsetzen, ob am Orte einsprachiges oder gemischtsprachiges Gebiet ist — eine Frage, die heute für kein einziges Sprachgebiet entschieden ist! Also wäre die endgültige Erledigung der nationalen Streitfragen Oesterreichs die Vorbedingung dafür, dass sich die Schuhmacher Mährens eine kampffähige Organisation wider ihre Ausbeuter schaffen!

Wenn zwei Staaten in dauernder Interessengemeinschaft stehen, schliessen sie nicht bloss Verträge, sondern Bündnisse. So bestand früher zwischen Ungarn und Oesterreich ein Handelsbündnis und besteht jetzt wenigstens ein Zoll- und Handelsvertrag. Nur in der Zeit von Szell-Koerber bis Beck-Weckerle, also in der Konfliktszeit, half man sich notdürftig mit blosser Reziprozität, mit blosser Gegenseitigkeit fort, ein Zustand, der das ganze Wirtschaftsleben lähmte. Die Separatisten schlagen vor, dass dem Bedürfnis entsprechend zwischen den gewerkschaftlichen Grossmächten Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen werden!

Ueberhaupt haben die staatsrechtlichen Querelen der Ungarn, der ganze Widersinn des Dualismus bei den Separatisten Schule gemacht, sie konstruieren das Verhältnis zwischen der tschechischen und österreichischen Gewerkschaftsgrossmacht genau nach dem Muster des Dualismus, nur noch verschärft: Es gibt nicht einmal drei gemeinsame Minister, sondern drei Prager und drei Wiener Kommissionsmitglieder bilden den gemeinsamen Ausschuss, der nicht ständig ist, sondern wie die Delegationen nach Bedarf zusammentritt. Man stelle sich die Monarchie mit zwei auswärtigen, zwei Kriegs- und zwei Reichsfinanzministern vor, von denen je einer Oesterreicher, einer Ungar ist! Die zwei Gewerkschaftsgrossmächte zahlen auch je eine Quote, welche zunächst in Wien und in Prag (Budapest) getrennt eingesammelt werden. Aber dann werden sie nicht zuhanden eines gemeinsamen Finanzministers abgeführt, sondern getrennt verwaltet. Die zwei Finanzminister tauschen bloss „gegenseitig“ die Ausweise und arbeiten eine gemeinsame Bilanz aus, offenbar, damit doch wenigstens auf einem Blatt Papier die Summen zusammenkommen, als sichtbares Zeichen dafür, dass die Internationalität bloss Papier und bloss Addition sein soll! Und Unterstützung aus diesem Fonds wird nicht nach Bedürfnis, nach dem Herzen, nach dem Gebot der Solidarität, sondern mit dem Rechenstift in der Hand, nach der Quote gewährt!

Solche Verheerungen vermag der staatsrechtliche Jammer Oesterreich-Ungarns in den Gehirnen anzurichten, so sehr hat der vereinigte magyarische und tschechische Nationalismus das Denken der Separatisten gefangen genommen, dass sie von allen seinen Denk- und Rechtsformen unbewusst und daher sklavisch beherrscht sind! Diese ganze Misere wollen sie, im besten Glauben, dass das Demokratie und Gerechtigkeit sei, in die proletarische Organisation hineinragen! Solche Zerstückung des lebendigen Körpers des österreichischen Proletariats nennt ihre Salomonische Weisheit „Autonomie“!

Die tschechischen Separatisten unterscheiden ihre tschechischen von den österreichischen Gewerkschaftsverbänden, sie nennen die anderen Oesterreicher; aber in Wahrheit sind sie die absoluten geistigen Sklaven dieser österreichischen Jämmerlichkeit. Man weiss nicht, wie gründlich sie sich um diese Formeln bemüht haben, und doch hätten sie sich's einfach machen können. Sie hätten bloss sagen brauchen: Für den Verkehr

zwischen den tschechischen und sonstigen Gewerkschaften gelten die Regeln des Völkerrechts, für ihre gemeinsamen Institutionen gilt der Siebenundsechziger Ausgleich. Das wäre klug und in vielen Punkten besser gewesen!

Was sonst in der Welt Demokratie ist, davon haben sie keine Ahnung, sonst wäre ihnen wohl die Grundregel der englischen Demokratie einmal aufgestossen: Wer direkt mitleidet oder mitgewinnt, zahlt, verwaltet und genießt direkt mit. Ins Proletarische übersetzt heisst das: Wer mit mir arbeitet, organisiert sich, zahlt und verwaltet mit mir. Und umgekehrt: Wer sich nicht mit mir organisiert, hat kein Recht, mit mir zu arbeiten, weil er sich herausnimmt, die von mir erstrittenen Arbeitsverhältnisse mitzugenießen ohne eigenes Opfer. So fordert gerade die Demokratie und die Gerechtigkeit gebieterisch die Solidarität, deren absolutes Gegenteil eben die Separation ist. An diesem Sachverhalt ändert die Tatsache, dass diejenigen, die miteinander arbeiten, verschiedener Sprache sind, nicht das mindeste. Denn der Gewerkschaftskampf bezieht sich auf die schaffende Hand und den hungernden Magen, nicht auf die redende Zunge. Die Solidarität aber erfordert nicht blosse Addition, sondern organische Gemeinschaft.

Sie bekümmern sich nicht im geringsten darum, was sonst in der Welt „Autonomie“ genannt wird. Autonomie ist Untergliederung eines einheitlichen Ganzen. Sie setzen an Stelle derselben die volle Selbstherrlichkeit, die Souveränität, und belügen sich selbst damit, dass sie sich doch bereit erklären, mit den anderen Verträge zu schliessen; aber schliessen der Zar und der Mikado von Japan nicht auch Verträge miteinander? Wie aber, wenn kein Vertrag zustandekommt? Wer sorgt dann für die Einheit der Aktion? Wer verhindert den Kampf? Wo ist dann für den Fall des Streites nur ein Schiedsgericht mit zwingender Autorität vorgesehen? Wer das heutige Völkerrecht kennt, wird zugestehen, dass die Separatisten sich nicht einmal zu jener Höhe internationaler Gesinnung theoretisch und praktisch emporgearbeitet haben, wie sie die bürgerlichen Friedensfreunde hegen.

Aber ist es nicht eine offenbare Fiktion, ja pure Selbstverhöhnung der tschechischen Arbeiterschaft, ihr einreden zu wollen, dass sie völkerrechtliche Souveränität in wirtschaftlichen Dingen habe, während jeder einzelne tschechische Proletarier faktisch ebenso Sklave der Maschine und des Pfluges ist wie der deutsche oder polnische Arbeiter, der mit ihm arbeitet!

Miteinander arbeiten — das gilt nicht nur für die einzelne Werkstatt. An einem und demselben Dreadnought werden die Arbeiter der Skodawerke, von Witkowitz, von Donawitz und vom Stabilimento in Triest mitarbeiten und in einem und demselben Kassenschrank sind heute in der Regel Aktien all dieser Unternehmungen vereinigt, ob der Schrank in der Živnostenska banka oder in der Bodenkreditanstalt oder in einer Triester Bank steht. Lasset die passive Resistenz der Postbediensteten in Triest scheitern und die Postbediensteten in Prag werden den Druck mitspüren. Natürlich — das sind Binsenwahrheiten! Aber leider ist es auch eine ganz neue, unerwartete und unerhörte Wahrheit traurigster Art, dass eine so grosse, kampfbewährte, mit geschichtlichem Ruhm bedeckte Arbeitermasse, wie jene der Separatisten, diese alte, bewährte, einfache Wahrheit um nationaler Seifenblasen willen in den Wind zu schlagen bereit ist!

Und was nun? Ich weiss, in den Kreisen der internationalen Gewerkschafter* hat das Vorgehen der Separatisten Schmerz und Entrüstung hervorgerufen und diese Empfindungen ringen nach Ausdruck. Die erste Reaktion auf jeden Schlag ist automatisch das Ausholen zum Gegenschlag und niemand darf es wundernehmen, dass der Ruf nach Massregeln laut wurde.

* Ich sage mit Absicht Internationale statt Zentralisten. Der Ausdruck Separatisten ist richtig, ganz falsch aber ist die Anwendung des Wortes Zentralisten. Die Wiener Gewerkschaftskommission war zu jeder Form der Dezentralisation, zu territorialer wie nationaler, bereit, solange nur die Einheit (die Union) verbürgt war. Um den Leser nicht mit staatsrechtlichen Unterscheidungen zu behelligen, mag eine Erörterung der Gegensätze — Union, Separation, Zentralisation und Dezentralisation unterbleiben. Ich weise nur darauf hin, dass sowohl Frankreich wie England (ohne Irland und Schottland) absolute Einheitsstaaten, also völlig uniert sind, woran niemand zweifelt. Trotzdem aber weist Frankreich die höchste Zentralisation, England die höchste Dezentralisation auf. Die Separatisten gebrauchen das Wort Zentralisten bloss, um sich selbst über ihren Irrtum hinwegzutäuschen.

Temperament ist eine grosse Gnade, es hält uns auf dem Marsche warm, aber ein guter Kompass für die Wegrichtung ist es nicht. Einer der grössten Vorteile der vielmonatigen Verhandlungen ist, dass allen, den Internationalen wie den Separatisten, die rauchenden Köpfe inzwischen kühl geworden sind.

Fragen wir uns doch, was alle Leidenschaft vermöchte, welche Massregeln uns zu Gebote stünden? Plechanow hat in Kopenhagen erschöpfend ausgeführt:

„Es ist selbstverständlich, dass, wenn sie (die Separatisten) trotzdem auf demselben Wege weiterschreiten sollten, wir keine Zwangsmittel gegen sie haben. Wir haben keine Polizei, keine Bajonette zur Verfügung, um sie zu zwingen; aber wir verfügen über eine grössere Macht als es die Bajonette sind: über die ganze moralische Macht der Internationale. Diese Macht ist heute so gross, dass keine Partei es wagen kann, sich ihr entgegenzusetzen. (Stürmischer Beifall.) Wenn sie gegen den Beschluss des Kongresses rebellieren sollten, so bin ich überzeugt, dass die tschechischen Proletarier selbst sich gegen ihre Taktik auflehnen würden.“

Alle Arbeiterorganisationen des Proletariats sind auf dem eigenen Entschluss jedes einzelnen aufgebaut, wir kennen und anerkennen keine Zwangsgenossenschaft und keine andere Waffe steht uns zu Gebote als Vernunft und Notwendigkeit. Die Notwendigkeit — das ist die Uebermacht des Kapitals, die die streitenden Brüder zusammenzwingen wird und muss; die Vernunft, das ist die Belehrung, die Propaganda, die zusammenführt. Der schwere Schlag für das österreichische Proletariat ist zugleich eine heilsame Schule: In dem tausendfachen Kleinkram des Tages geht uns ohnehin zu leicht die Besinnung auf unsere grossen Grundsätze verloren. Wohlan denn: Wir werden wieder vom Grund ausgehen, dem wir entwachsen sind. Ja, wir wollen nicht in einemfort an argentinisches Fleisch und Schiffsgeschütze denken. Lasset uns wieder vom Sozialismus reden! Lasset uns wieder von Brudergemeinschaft aller Ausgebeuteten sprechen! Ein Schicksalschlag! Aber es ist schon einmal das Schicksal des Proletariats, immer wieder von neuem, immer fester zusammengehämmert zu werden durch leidvolle Erfahrung. Wir schwärmen manchmal aus — aber es deucht mich, dass der Schmied schon am Amboss steht!

Die Vorschläge der Separatisten mussten abgelehnt werden. Die Verhandlungen von Leitung zu Leitung sind beendet, die Einigung von oben herab ist gescheitert. Bis zu diesem Moment hatte jedermann Pflicht und Gründe, an sich zu halten. Von nun ab liegt die Entscheidung an den Arbeitern selbst, wir haben und kennen keine andere Instanz. Die lebendige Wahrheit, die wirkende Realität des Internationalismus wird ihre Kraft zu erweisen haben: Bei uns Deutschen gegen den separatistischen Nationalismus, der ausserhalb der Partei steht, bei den Tschechen gegen den nationalen Separatismus in der Partei. Die ökonomische Notwendigkeit, die Solidarität der Massen selbst werden uns zusammenführen. Sie sollen nunmehr das Wort haben! Da die Partei vor der deklarierten Krisis des Separatismus theoretisch und praktisch steht, ist jeder Aufschub blosser Zeitversäumnis, jede Beschönigung blosser Verlängerung der Unklarheit. Je früher, je entschlossener wir in den Strom hineinsteigen, um so eher sind wir hindurch. Aussprechen, was ist, und das Uebel bei den Hörnern fassen, ist nunmehr die beste Taktik.

Wilhelm Ellenbogen: Warum kommen wir in Rom zusammen?

Die Delegationen haben wiederum neue enorme Militärlasten bewilligt, obwohl der Finanzminister das Geld dafür nicht besitzt und die österreichische Armut sie nicht tragen kann. Dagegen wurde vor der Abrüstungsidee ein allgemeines nichtssagendes Kompliment gemacht, aber der konkrete sozialdemokratische Antrag auf Herstellung eines unmittelbaren Einverständnisses mit Italien über die Einschränkung der Rüstungen abgelehnt. Und doch, wenn man überhaupt ernstlich und ehrlich dem Rüstungswahnsinn zu Leibe gehen will, müsste man an einem bestimmten Punkt, bei einem konkreten Staatenverhältnis anfangen und das ist gegenwärtig für Oesterreich das Verhältnis zu Italien.

Es mag diplomatisch sein, es zu leugnen, dass zwischen Oesterreich und Italien eine Gereiztheit besteht, eine demokratische Politik kann dieser Vogel Strauss-Taktik

nicht nur entraten, ja ihren Absichten schadet sogar das Bestreben, sich selbst und alle Welt über das wahre Verhältnis der beiden Staaten zueinander zu belügen. Aussprechen, was ist, ist oberster und erster Grundsatz aller demokratischen Politik. Warum besteht also die feindselige Spannung zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien?

Das hat vor allem seine ökonomischen Gründe. Die Errichtung des Königreichs Italien war eine der Formen der bürgerlichen Emanzipation. Der Bourgeois-kapitalismus, indem er die engen Schranken der zünftlerischen Produktionsform sprengt, verlangt sofort nach grösseren Wirtschaftseinheiten, die er fest zusammenschliesst als Ausgangspunkt seiner wirtschaftlichen Machtentfaltung. Das Absatzbedürfnis trieb den italienischen Kapitalismus auf die Umschau nach Absatzterritorien, ein Verlangen, das insbesondere in den letzten Jahrzehnten, wo sich die italienische Industrie rasch und stark entwickelte, lebhaft wuchs. Zu schwach, in allzu grosse Fernen zu schweifen, eine Schwäche, die der italienische Imperialismus bei seinen afrikanischen Kolonialabenteuern blutig bezahlte, warf er sein Auge auf den Balkan, wo er aber auf die österreichische Konkurrenz stiess. Und damit begannen sofort die Eifersüchteleien. Jeder Schritt nach vorwärts, den die Ausdehnung einer der beiden kapitalistischen Industrien machte, erregte sofort den Argwohn und die Wut der anderen. Was für Amerika und Spanien die Philippinen, was für Russland und Japan die ostasiatische Küste, das ist für Oesterreich und Italien der Balkan. Und es ist gewiss, dass diese natürliche Reibung durch gewisse Interessentenkreise künstlich vermehrt wird. Die an der Ausbreitung gehinderten Industrien sowohl als auch die vom Zwist unmittelbar profitierenden, die Eisen-, Panzer-, Geschütz-, Munitions etc. -Industrien intrigieren zugunsten der Verschärfung des Konflikts, wobei der Patriotismus in allen Formen verzapft und vergewaltigt wird. Es ist nun freilich nicht einzusehen, warum nicht ein friedlicher Wettbewerb zwischen den produzierenden Wirtschaftsgebieten möglich sein soll. Freilich, den gewalttätigen Instinkten des Kapitalismus entspricht nur eine imperialistische Form der Expansion, eine, die mit Gewalt, Blut, Mord und Brand einhergeht. Ihr gegenüber handelt es sich aber die demokratische entgegensetzen. Wir können die Naturgesetze des Kapitalismus nicht aufheben, aber versuchen, ihnen wie Wildbächen Bahnen anzuweisen, wo sie sich minder gefährlich austoben können. Wegen Marokko wären sich einige der europäischen kapitalistischen Hyänen bald auf den Pelz gefahren. Es ist ein Zeichen des wachsenden Einflusses der Demokratie, dass es gelungen ist, in Algeciras einen Vertrag zustande zu bringen, der den Konflikt der Habgier in friedlicher Weise löste. Ohne entfernt die Balkanländer mit einer wehrlosen Beute wie Marokko vergleichen zu wollen, scheint es uns klar, dass ein Vertrag zwischen Oesterreich und Italien, der, die politische Selbständigkeit und Freiheit der Balkanstaaten respektierend, beiden einen friedlichen Wettbewerb um den dortigen Absatzmarkt nebeneinander ermöglicht, ein Vertrag, worin etwa ein Uebereinkommen über den Bau der beiden Interessentensphären entsprechenden Bahnen u. s. w. aufzunehmen wäre, zur Lösung der Spannung sehr viel beitragen könnte.

Eine andere Ursache liegt in den dynastischen Begehrlichkeiten. Die Dynastie Savoyen, die von der italienischen Bourgeoisie als der sichtbare Ausdruck der Geschlossenheit ihrer ökonomischen und politischen Einheit eingesetzt wurde, suchte wie jede Dynastie ihre Nützlichkeit und Unentbehrlichkeit durch Vermehrung der Macht und des Glanzes des italienischen Namens zu erreichen, was nach allgemein gültigen dynastischen Anschauungen nur durch Ländererwerb möglich ist. Aber, wie gesagt, diese Versuche schlugen fehl und statt mit einem vermehrten Glanz der Krone wurde man mit blutigen Köpfen aus Afrika heimgeschickt. Die Dynastie Savoyen suchte daher ebenfalls den Ruhm auf dem vom Völkerstreit zerrissenen Balkan und suchte sich durch Einheiraten in eine balkanische Dynastie dort populär zu machen. Aber die dynastischen Aspirationen Habsburgs traten ihr dort entgegen und der Scheinerfolg, den die letzteren mit der Annexion Bosniens erlangten, steigerte natürlich die misserfolggekrönten Gefühle Savoyens. Auch hier gilt es, den kriegsgefährlichen Bedürfnissen der Herrschergeschlechter den friedeneischenden Willen der Völker entgegensetzen, und dieser heisst: Verzicht auf Ländererwerb, Respektierung der Balkanautonomie! Dafür aber um so mehr innerstaatliche Kulturarbeit im umfassendsten Ausmasse.

Dazu kommt aber nun auch als zwistverschärfende Tatsache das nationale Moment. Die sich emanzipierende italienische Bourgeoisie erklärte das ökonomische Einheitsbedürfnis mit der nationalen Einigkeitsideologie. Das Bürgertum ist im Stadium der Revolution kosmopolitisch, alle Welt möchte es mit seiner freiheitsbegeisterten Liebe umarmen. Je entschiedener seine eigene Herrschaft Tatsache wird, um so mehr schwärmt es für die nationale Abgegrenztheit; es ist ein ähnlich reduktives Verfahren wie vom Freihandel zum Schutzzoll. Diese nationale Einigkeitsideologie hat gewiss befruchtend und befeuernd gewirkt in national einheitlichen Staaten. Deutschland hat sie gross und stark machen geholfen, Italien hat sie modernisiert und neu zum Blühen gebracht; um so verheerender hat sie naturgemäss in Oesterreich gewirkt. Ihr Schwung und ihre Begeisterung funktionierte in den national einheitlichen Staaten wie ein Weckruf, wie eine Erlösung aus dem dämmernden Verfallszustand, der die Perioden des Uebergangs von einer absterbenden zu einer neu aufkommenden Wirtschaftsform zu kennzeichnen pflegt. Daher der Ausdruck von den „unerlösten Provinzen“, der in Italien dem Trentino und Triest verliehen wurde, gleich als wären diese Gebiete dem nationalen Weckruf nicht gefolgt, als schliefen sie noch immer den Dornröschenschlaf des Verfalles und nähmen keinen Anteil an dem Aufschwung der Nation.

Aber solche Ideologien halten nicht ewig und sie pflegen in gleichem Masse mit der Ueberwucherung der erwerbenden, also der eigentlich bestimmenden Instinkte des Kapitalismus zu schwinden. Und sie wären längst zum Schweigen gekommen, wenn nicht unsere k. k. offizielle österreichische Politik sie immer wieder neu zum Leben erweckt hätte. Auch in der Schweiz gibt es rein italienische Kantone, die territorial ebensogut an Italien angeschlossen werden könnten, wie das Trentino oder Triest, und doch fällt es keinem Italiener weder diesseits noch jenseits der schweizerischen Grenze ein, das Tessin oder Wallis als unerlöste Provinzen zu betrachten. Vielmehr haben die Italiener des Tessin ein dankbares Denkmal ihrer Zugehörigkeit zur Schweiz errichtet. Die Schweizer Italiener sind ebenso freie Schweizer, wie die Deutschen und Franzosen dieses Staates, sie nehmen vollen Anteil an der Kulturarbeit der Gesamtdemokratie, sie geniessen alle Vorteile dieses wirtschaftlich aufstrebenden Gemeinwesens und erfreuen sich dabei ihrer vollen nationalen Autonomie, von ihrer Kantonsautonomie abgesehen. Was aber bietet Oesterreich den Trentinern? Uns hat jene Einigkeitsbegeisterung gefehlt, und das war gewiss mit eine der Ursachen unseres Steckenbleibens im ersten Stadium des Aufschwungs, des Wiederemporwucherns des Zunftgeistes und der Mittelstandspolitik, des Verkümmerns unserer Industrie, des Ueberhandnehmens unseres Agrarismus. Welch ein armes Land, dieses Trentino! Was an Industrie dort vorhanden war, geht immer mehr zu grunde, die bodenständige Bevölkerung, statt an Ort und Stelle Arbeit und Verdienst zu finden, ist zur Auswanderung gezwungen und die Begleiterscheinung des Elends, die Pellagra, hat die Zurückbleibenden dezimiert. Und die Erstellung der nationalen Autonomie, die hier förmlich von Natur und Geschichte vorbereitet ist, wird durch elende höfisch-feudale Intrigen boshaft verhindert! Den Triestinern wurde allerdings nach 30jährigem Kampfe gegen den bornierten Militärbureaokratismus die zweite Bahnverbindung gebaut, aber ihre Universität gönnt ihnen die höfische und andersnationale Kurzsichtigkeit nicht. Das muss in den österreichischen Italienern das Bewusstsein unverdient zugefügten Unrechts, das muss in ihnen die Sehnsucht nach dem Recht nationalen Auslebens und wirtschaftlichen Aufblühens erwecken, wie sie das Schicksal den unmittelbar angrenzenden Nationsgenossen des „regno“ gespendet hat. So verständlich es ist, dass die schweizerischen Italiener zentripetal gravitieren, so erklärlich sind die zentrifugalen Sympathien der Trentiner und Triestiner und ebenso begreiflich ist es, dass drüben in Italien die zum Einschlummern sich anschickende Einigkeitsideologie wieder neu geweckt, dass zum mindesten das Schlagwort von den „unerlösten Provinzen“ nicht zum Schweigen gebracht wird.

Diese trostlose österreichische Politik ist somit der Nährboden von Hoffnungen und Wünschen, die zu blutigen Konflikten zu führen geeignet sind. Denn die Grenzverschiebung, die der Irredentismus, dieses krankhafte Produkt der krankhaften offiziellen österreichischen Politik will, würde natürlich nicht glatt und ohne Widerspruch von österreichischer Seite erfolgen, sondern müsste durch Waffengewalt entschieden werden. Daher das tiefe, gegenseitige Misstrauen, daher die beiderseitigen Truppenverschiebungen

an die Grenze, daher die Millionen für Grenzbefestigungen, Kriegsstrassen und Kriegsbahnen, die beide Völker stöhnend und ächzend bezahlen müssen. Gegen diese verbrecherische Kopf- und Ratlosigkeit der offiziellen Politik, gegen dieses blinde Drauflossetzen unverantwortlicher Heisssporne hüben und drüben verlangt das demokratische Interesse des friedliebenden Proletariats das Einschlagen neuer Wege, die Anerkennung der nationalen Autonomie, die Ermöglichung des geistigen und wirtschaftlichen Aufschwungs aller Nationen, um der kriegsbereiten Gereiztheit den Boden zu entziehen und die Verständigung der Völker anzubahnen.

Und endlich kommen noch die besonderen Sünden unserer klerikalischen Sippen hinzu. Zu den grossen Verdiensten des erwachenden italienischen Bürgertums gehört auch die Sprengung der Fesseln der alten weltlichen Papstherrschaft und die Beseitigung des korrupten Kirchenstaates. Sie hat dem italienischen Volke eine grossartige Freigeistigkeit gebracht, die mit die Voraussetzung eines prächtigen geistigen Aufschwunges ist. Aber die päpstlichen Herrschaftsgelüste sind nicht erstorben und die alte, schlaue Jesuitenkunst der päpstlichen Politik wühlt und miniert noch immer unausgesetzt gegen das geeinigte Italien, in der Hoffnung, auf den Trümmern dieses emporstrebenden Gemeinwesens die alte, geisteinkerkernde und volkvernechtende Herrschaft wieder aufzurichten. Und in diesem Streben wird die päpstliche Diplomatie von der österreichischen klerikal-feudal-höfischen Reaktion in frivoler und verbrecherischer Weise unterstützt. Diese Clique sinnt unaufhörlich auf Anrempelung des öffentlichen Bewusstseins in Italien, sie sucht fortwährend den Stolz und die Empfindlichkeit des „Italia del popolo“ (das „Italien des Volkes“ — das demokratische Italien) zu verletzen und ihre offen eingestandenen Bestrebungen auf Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes müssen natürlich bei dem seine Unabhängigkeit, Geschlossenheit und Freiheit eifersüchtig wahrenen italienischen Volke masslose Erregung hervorrufen. Auch gegen diese verbrecherische Frivolität Stellung zu nehmen im Interesse des Friedens und der ungehinderten geistigen und politischen Entwicklung ist Pflicht und Aufgabe des Proletariats.

Auf allen Linien also befinden sich die Proletariate der beiden Reiche im Gegensatz zur Politik der bürgerlich-feudalen Klassenherrschaft. Und es gilt nun endlich gegen diese zugunsten des Friedens und der Verständigung Stellung zu nehmen. Mag sein, dass die Diplomatie der beiden Staaten wirklich den Frieden will. Goluchowski und Aehrenthal hüben und Tittoni und San Giuliani drüben haben es zum mindesten oft genug behauptet und „Ententen“ zwischen beiden Teilen haben auch schon oft genug stattgefunden. Aber diese Personen und ihre Aemter sind zu schwach und zu sehr mit den höfischen, feudalen, klerikalischen und kapitalistischen Interessen der herrschenden Klasse versippt, als dass sie imstande wären, den Willen zum Frieden, vorausgesetzt, dass er ehrlich ist, durchzusetzen. Jedenfalls trauen sie dieser ihrer Kraft nicht allzu sehr, darum halten sie die kriegsvorbereitenden Friedensinstrumente der Dreadnoughts und Maschinengewehre in Reserve. Die Aufgabe der Diplomatie geht vielmehr in diesen demokratischen Zeitläuften immer mehr vom privilegierten Diplomatenkorps auf das Volk selbst über. Die Völker hören auf, der Vermittler unter sich zu bedürfen, so wie sie sich längst ihrer Vormünder entledigt haben. Sie haben ihr Geschick in der innerstaatlichen Verwaltung in die eigene Hand genommen und beginnen nunmehr auch die Regelung der auswärtigen Beziehungen selbst zu besorgen. Sie trauen, wenn es die Herstellung des Friedens und die Beschwichtigung der Kriegsinstinkte gilt, nicht mehr den überschlau gefinkelten und zweideutig gekünstelten Schach- und Winkelzügen der Diplomaten, sondern nur mehr ihrem eigenen, ehrlichen, entschiedenen und unverkünstelten Willen.

Darum kommen am 9. April die italienischen und die österreichisch-ungarischen Sozialdemokraten zusammen, um das in Triest im Jahre 1905 begonnene Werk fortzusetzen. Darum werden an diesem Tage die Proletarier von ganz Oesterreich, Ungarn und Italien zur gleichen Stunde an allen Orten, wo Arbeiter wohnen, ihre Stimme erheben, um die Einigkeit und Brüderlichkeit der Völker diesseits und jenseits der Grenzen feierlich der ganzen Welt mitzuteilen. Sie werden protestieren gegen den brutalen und rücksichtslosen kapitalistischen Imperialismus, gegen die Ländereroberungssucht der Dynastien, gegen die nationale Unfreiheit und gegen die klerikalischen Intrigen. Sie werden

Zeugnis ablegen für den Willen der Völker zum Frieden und damit den Beweis erbringen, dass die Abrüstung möglich und die wahnsinnigen militärischen Rüstungen überflüssig sind. Sie werden die Feigheit und Unehrllichkeit der bürgerlichen Parteien an den Pranger stellen, die trotz der entschiedenen Abneigung der Völker gegen den Krieg sich nicht getrauen, die Forderungen des Militarismus abzuweisen, und sie werden der Welt verkünden, dass die Friedensbewegung des gesamten Proletariats der Welt in ein neues Stadium, in das der langsamen Erfüllung, getreten ist, weil das Proletariat selbst es ist, das die Sache des Friedens in die Hand genommen hat.

In Rom, an der Stelle, wo einer der grössten geistigen Vorkämpfer der Menschheit, Giordano Bruno, als Opfer der Rachgier der Hasser der Völkerfreiheit im Feuer-tode seinen letzten Atem ausgehaucht hat, werden die Proletarier der durch den Kapitalismus verfeindeten Staaten sich brüderlich die Hand reichen, um die proletarische Friedens- und Befreiungsidee in alle Welt hinauszurufen.

Und das Proletariat der ganzen Welt, vor allem das der beiden benachbarten Staaten, wird jubelnder Zeuge des historischen Aktes sein.

Rudolf Hilferding: Die Anfänge des Merkantilismus in England

Die Zeit der ursprünglichen Akkumulation, die Entstehungszeit des Kapitalismus, ist zugleich auch der Beginn moderner nationalökonomischer Forschung. Das Mittelalter hatte die Wirtschafterscheinungen hauptsächlich unter ethischem Gesichtspunkt betrachtet. Im Mittelpunkt der auch für das Wirtschaftsleben massgebenden kanonischen Lehre stand die Frage nach dem „justum pretium“, dem „gerechten Preis“. Die Kirchenrechtslehre, die von Thomas von Aquino zusammengefasst wurde, verwarf das Zinsnehmen, da das Geld, wie schon Aristoteles gelehrt habe, unfruchtbar sei. Auch dem Handel, der nur nach Gewinn strebe und alte überlieferte Bande des Herkommens und der Sitte aufzulösen trachte, standen die Kanonisten ablehnend gegenüber. Ihr Ideal war aus der mittelalterlichen Stadtwirtschaft geschöpft, wo der Handwerker allein oder mit ein oder zwei Gesellen und Lehrlingen durch seine Arbeit seinen Lebensunterhalt erwarb. Ihm sollte der „gerechte Preis“ seiner Arbeit werden, das heisst ein Preis, der ihm den Ertrag seiner Arbeit erstattete, aber auch nicht mehr. Die strengen Zunftvorschriften sollten die Konsumenten vor Uebervorteilungen durch unangemessene Preise schützen, zugleich dem Handwerker allzu scharfe Konkurrenz fernhalten, ihm bei Einkauf seines Rohmaterials und bei Verkauf seiner Ware die Gleichheit der Bedingungen mit allen andern Zunftgenossen garantieren und Nachfrage und Angebot stets in das entsprechende Verhältnis setzen, das den Preis des Produkts dem Arbeitsaufwand entsprechen liess.

Schon im späteren Mittelalter ersteht der kanonistischen Lehre wachsender Widerspruch. Mit der zunehmenden Bedeutung des Handels wächst auch die Möglichkeit der Anlage von Geld in den grösseren Handelsunternehmungen. Das Geld erscheint nicht mehr unfruchtbar, sobald der Handel über Krämerei und Hausierhandel hinauswächst und selbst zu einer Quelle der Bereicherung wird. Das Zinsverbot erscheint ungerecht und nur ein Hindernis, um den sich allmählich bildenden und vermehrenden Geldreichtum dem wachsenden Handel, namentlich dem grösseren Kapital fordernden Handel mit fremden Ländern, zur Verfügung zu stellen. So erwächst aus den geänderten ökonomischen Interessen der alten Lehre eine steigende Opposition, die die Lehre von der Unfruchtbarkeit des Geldes und das Zinsverbot bekämpft und den Handel als eine Quelle der Reichtumsvermehrung preist.

Aber auch diese Literatur bleibt durchaus in ethischer Betrachtung stecken. Gegenüber der Behauptung von der Ungerechtigkeit des Zinses sucht sie seine „Rechtfertigung“, indem sie darauf hinweist, wie dem Geldverleiher durch das Fortleihen des Geldes Schaden erwächst oder doch Gewinn entgeht. Als Ersatz für Schaden oder Ge-

winnentgang suchen die Vertreter des Handels- und Geldkapitals in der Zeit des Ausgangs des Mittelalters das Zinsnehmen zu rechtfertigen.

Die wirtschaftliche Revolution, die infolge der Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Ostindien eintritt, lässt eine völlig anders geartete Betrachtungsweise entstehen. Aus den neu entdeckten Ländern ergoss sich ein Strom von Gold und Silber über Europa. Und die Produktionskosten der neuen Minen waren bedeutend geringer als die Gestehungskosten des Edelmetalls in Europa. Der Wert der Edelmetalle sank und damit stieg der Preis aller Waren. Eine allgemeine Teuerung war die Folge. Und die ökonomische Wirkung wurde noch verschärft durch staatliche Eingriffe. Die vielen Kriege jener Epoche, durch den Kampf um den Kolonialerwerb vor allem verursacht, stürzten die Fürsten in steigende Geldverlegenheit. Und da war das Münzrecht des Staates ein gern gebrauchtes Notmittel. Die Münzverschlechterung griff rapid um sich, die Münzen enthielten immer weniger wertvolles Metall und wieder stiegen die Warenpreise entsprechend der Wertverminderung des Geldes.

Der Zustrom aber des neuen Reichtums in seiner gold- und silberglänzenden Gestalt war abhängig von dem Besitz der Kolonien. Und gleichzeitig lieferten die Kolonien auch jene viel begehrten Luxusartikel, Gewürze und Spezereien, die in Europa so teuer bezahlt wurden. Der Handel, der bisher so beschränkt und schwerfällig war, sah jetzt plötzlich ein ungeheures Feld offen und es war klar, dass seiner Tätigkeit der neue Reichtum Europas zu danken war. Waren ja die grossen monopolistischen Handelsgesellschaften vornehmlich Hollands und Englands nicht nur Kaufleute, sondern zugleich die Eroberer der neuen Märchenländer. Die Lehren von der „Unfruchtbarkeit des Geldes“, von der „Schädlichkeit des Handels“ waren damit überlebte Ideologien geworden. Vor der Gier nach den neu eröffneten Schätzen dieser Welt schwand jeder Zweifel, ob Wucher und Raubhandel dem Seelenheil förderlich seien, und der neuen reformierten Lehre schienen die katholischen Ermahnungen eitel Ketzerei. Galt der Handel im Mittelalter als etwas Geduldetes, etwas Geringwertiges als die eigentlich allein sittlich zu rechtfertigende bäuerliche und handwerkliche Produktion, so erscheint er jetzt seinen Trägern und bald dem ganzen Zeitalter als einzige Quelle des Reichtums.

In England findet zugleich die grosse agrarische Revolution statt. Die steigende Nachfrage nach englischer Wolle und englischem Tuch lässt es den Grundbesitzern profitabel erscheinen, vom Getreidebau zur Schafzucht überzugehen. Die Grossgrundbesitzer eignen sich das Gemeindeland an und beginnen in immer reicherer Masse die Bauern zu legen; das ehemalige Getreideland wird zur Weide eingehengt, die Bauern vertrieben und als besitzlose Proletarier auf die Landstrasse gejagt, wo sie mit Bettel und Diebereien ein elendes Dasein fristen, bis sie allmählich von den aufkommenden Manufakturen aufgenommen werden. Es ist die Zeit, von der Thomas More berichtet, in der die Schafe die Menschen fressen.

Die wirtschaftliche Revolution lässt aber bei den volkswirtschaftlichen Betrachtern die Frage nach den Ursachen dieser Erscheinungen entstehen und damit ist der Fortschritt von der ethischen Beurteilung zur kausalen, wissenschaftlichen Forschung gemacht. Es wird nicht mehr untersucht, ob wirtschaftliche Tatsachen christlichen oder anderen Morallehren entsprechen, das Problem des „gerechten Preises“, der „Unfruchtbarkeit des Geldes“ schwindet aus ernst zu nehmenden wissenschaftlichen Untersuchungen. Man sucht jetzt vielmehr nach den Ursachen, die so merkwürdige Wirkungen hervorgebracht haben und erst nach Ergründung der Ursachen will man darangehen, Abhilfe zu finden. Die Wirtschaftspolitik beginnt sich auf die Wirtschaftstheorie zu stützen. Es ist dieser neue Geist, der mit besonderer Deutlichkeit in einer Schrift zum Durchbruch kommt, die in London zum erstenmal im Jahre 1581 erschienen ist unter dem Titel „Drei Gespräche über die in der Bevölkerung verbreiteten Klagen vom Edelmann W. S.“. Als Verfasser wurde lange Zeit hindurch William Stafford betrachtet. Neuere Untersuchungen machen es aber fast sicher, dass die Schrift bereits 1549 von einem gewissen John Hales verfasst ist*. Deutlich tritt hier die neue Betrachtungsweise zutage. „Aber

* Die Schrift ist in der „Sammlung älterer und neuerer staatswissenschaftlicher Schriften“, herausgegeben von Brentano u. Leser, Leipzig 1895, Duncker u. Humblot, deutsch erschienen.

lasst uns kurz die Uebelstände und dann ihre Ursachen rekapitulieren und darauf drittens an die Untersuchung der Hilfsmittel dagegen gehen. Erstens diese allgemeine Teuerung im Vergleich mit früherer Zeit, ist der Hauptübelstand, über den sich alle Leute am meisten beklagen. Dann kommen zweitens die Einhegungen und die Umwandlung des Ackergrundes in Weideland; drittens der Verfall der Städte, der Flecken und Dörfer; und endlich die Spaltung und Verschiedenheit der Meinungen in religiösen Fragen.“

Stafford erkennt die Hauptursache der Teuerung im geänderten Geldwert. Er zeigt die Verderblichkeit der Münzfälschungen, indem er wichtige Einsichten in das Wesen des Geldes entwickelt, und er kommt von da aus zu seinem wichtigsten Heilmittel, der Erneuerung der englischen Währung und Ausmünzung vollwertigen Geldes.

Während Stafford auf diesem Gebiete einen wichtigen theoretischen Fortschritt anbahnt, lässt er die überkommenen wirtschaftspolitischen Massnahmen in ihrer Grundlage noch unberührt. Dieser Umsturz gelingt erst fast ein Jahrhundert später in der Schrift Thomas Muns „Englands Schatz durch den Aussenhandel“, die jüngst in deutscher Uebersetzung erschienen ist*. Mun gilt mit Recht als Vater des Merkantilismus und die Neuherausgabe dieser wichtigen Schrift in deutscher Sprache ist daher sehr zu begrüssen. Die Schrift ist um 1630 verfasst, aber erst 1664, 23 Jahre nach dem Tode des Verfassers, von dessen Sohn herausgegeben. Mun ist 1571 geboren, er war ein angesehener Londoner Grosskaufmann und seit 1615 einer der 24 Direktoren der Ostindischen Handelskompagnie. Er starb 1641.

Wir haben gesehen, dass die mittelalterliche Theorie die „Unfruchtbarkeit“ des Geldes verfocht. Die mittelalterliche Praxis aber legte immer mehr Wert auf den Besitz des Goldes. Denn nur das Gold gab den Grossen die Möglichkeit, sich jene begehrten Luxusgüter zu verschaffen, die die fremden Kaufleute ins Land brachten und für die diese nicht immer geneigt waren, die Erzeugnisse der ländlichen Hintersassen der Grundherren in Tausch zu nehmen. Vor allem aber war der Besitz von Geld entscheidend für die Macht der Fürsten. Wollten die englischen Könige sich von den Grundherren unabhängig machen, so brauchten sie ein eigenes Heer und eigene Beamte. Und diese konnten sie nur bezahlen, wenn sie beständig fliessende Geldquellen besaßen. Und erst recht bedurften sie des Goldes, um Krieg führen zu können, namentlich mit fremden Ländern. Die englischen Könige strebten schon früh nach der Schaffung einer zentralisierten Staatsmacht. Und so sehen wir sie sich gegen die Grundherren auf das Handwerk und den Handel der Städter stützen und zugleich durch eine ausgebildete staatliche Wirtschaftspolitik den Handel zu ihrer wichtigsten Steuerquelle — soweit es sich um Geldsteuern handelte — zu machen. War doch der Handel, und zwar der Handel mit fremden Ländern das einzige Mittel, um den Geldschatz eines Landes, das selbst keine Gold- und Silberminen besass, zu vermehren. So entwickelte sich ein System von Massregeln, die bezweckten, den Handel so zu leiten, dass er Gold ins Land bringen musste, und das so gewonnene Geld im Lande festzuhalten. Die wichtigsten Ausfuhrwaren durften nur an bestimmten Plätzen des Auslandes, dem Stapel, verkauft werden. Von jeder Ware wurde Ausfuhrzoll erhoben und verordnet, dass ein bestimmter Teil des Erlöses in Münze oder Barren in die Heimat gebracht und in der königlichen Münze ausgeprägt werden müsse. Dagegen ward die Ausfuhr des Goldes aufs strengste verboten. Den fremden Kaufleuten wurde durch die sogenannten „Statuten über die Verwendung“ der Nachweis auferlegt, dass sie für denselben Betrag, in dem sie in England Waren verkauft hatten, englische Waren und nicht etwa englisches Geld ins Ausland ausführten, und ein genaues Ueberwachungssystem sorgte für die Durchführung. Kurz, der Staat ordnete und beaufsichtigte durch eigene Beamte jedes einzelne Waren- und Geldgeschäft, um den Handel zu zwingen, mehr ins Ausland zu verkaufen als vom Ausland zu kaufen, um so beständig eine Vermehrung des heimischen Geldschatzes zu erzwingen.

* Sie ist übersetzt, herausgegeben und mit einer wirtschaftlich-historischen Einleitung versehen von Dr. Rudolf Biach. Verlegt bei F. Tempsky (Wien) und G. Freytag (Leipzig) 1911.

Der Merkantilismus als Vertreter des Kaufmannskapitals, das im Begriff ist, sich des Gewerbes zu bemächtigen und es kapitalistisch umzuwälzen, übernimmt aus der mittelalterlichen Praxis die hohe Wertschätzung des Geldes und verkündet auch theoretisch, dass Gold der einzig wahre Reichtum sei. Nur der Aussenhandel könne aber der Schöpfer dieses Reichtums sein. Er müsse daher so geleitet werden, dass er eine günstige Handelsbilanz ergebe; günstig aber sei die Bilanz zu nennen, wenn die Ausfuhr die Einfuhr übertreffe; denn dann müssten die anderen Völker mit Gold bezahlen, was sie mehr von England bezogen als die Engländer von ihnen. Aber der Merkantilismus verhält sich revolutionär gegenüber der überlieferten Wirtschaftspolitik. All diese Ueberwachungen der einzelnen Geschäfte, die Verbote der Geldausfuhr, der Verwendungszwang sind ihm nur lästige Verkehrshemmungen. Nicht das einzelne Geschäft allein darf betrachtet werden, sondern die Gesamtheit des Handels. An Stelle der Beaufsichtigung des Einzelgeschäfts muss eine nationale Handelspolitik treten. Mun verlangt die Aufhebung dieser Beschränkungen, der Handel muss frei sein, wenn auch in gewissen Grenzen. Ausländische Fabrikate und besonders Luxusartikel freilich müssten mit Zöllen belegt werden, dagegen muss die Ausfuhr einheimischer Fabrikate begünstigt, die einheimische Schifffahrt gefördert und der Transithandel von allen Beschränkungen befreit werden. Das Geldausfuhrverbot müsse fallen, denn das Geld sei eine Ware im Weltmarkt und in Indien könne man den Handel gar nicht anders anfangen, als indem man mit Geld jene Waren einkaufe, die dann in Europa so hoch bezahlt würden, so dass das ausgeführte Geld schliesslich mit grossem Gewinn nach England zurückkehre. Die Wucherverbote aber seien unsinnig, denn sie schädigen nur den Aussenhandel und damit die Quelle allen Reichtums. Der einheimische Handel aber ist nur eine Unterstützung des Aussenhandels; er selbst mache das Land weder reicher noch ärmer, da er weder Geld ein- noch ausführe.

Muns Ansichten hatten grosse Wirkung. „Der Titel des Munschen Werkes, ‚Englands Schatz durch den Aussenhandel,‘“ sagt Adam Smith, „wurde zu einem grundlegenden Satz der Volkswirtschaft, nicht nur in England, sondern auch in allen anderen handeltreibenden Ländern.“ Und das ist leicht verständlich. Entsprechen doch die Grundsätze, die Mun systematisch entwickelte, wenn sie auch in dem Bewusstsein seiner Zeit bereits enthalten waren, durchaus den Bedürfnissen des entstehenden Kapitalismus. Unterstützung des Aussenhandels, das hiess vor allem die staatliche Förderung der grossen kolonialen Monopolgesellschaften, hiess die Eroberung und Ausraubung der Kolonien und die Ueberführung der neu entdeckten Reichtümer in die Hand einer beschränkten Anzahl von Kapitalisten. Unterstützung der Schifffahrt, das war zugleich die wirksamste Vorbereitung zum Kampf um die Seeherrschaft, die zuletzt über den Besitz der Kolonien entschied. Unterstützung der heimischen Industrie durch Zölle auf ausländische Fabrikate, während das ausländische Rohmaterial zollfrei blieb, das war die Heranzüchtung eigener Manufakturen, die dem Kaufmannskapital die Waren lieferten, die es auf dem Weltmarkt absetzen konnte.

Muns Werk zeigt uns so die erste Phase kapitalistischer Wirtschaftspolitik. Seine Träger sind das Handels- und Geldkapital. Und ganz anders stehen diese neuen Mächte dem alten Staat gegenüber. Der mittelalterliche Handel war für den Staat die wichtigste Quelle seiner Einnahmen, das Objekt fiskalischer Politik. Das neue Handelskapital stellt umgekehrt den Staat in den Dienst seiner Interessen und es währt nicht lange, bis die Unterwerfung vollendet ist, die staatliche Politik im Innern wie nach aussen, im Frieden wie im Kriege, nur mehr bestimmt wird durch die ökonomischen Interessen des Kapitals; die im Beginn der kapitalistischen Entwicklung noch vorherrschenden Interessen des Handelskapitals werden im Laufe des Jahrhunderts nach Erscheinen des Munschen Werkes immer mehr zurückgedrängt durch die des industriellen Kapitals, als dessen Vertreter in England dann Adam Smith und seine Schüler die merkantilistische Lehre siegreich niederringen.

Fritz Winter: Dienstbotenordnungen

Von den vielen Merkwürdigkeiten dieses seltsamen Oesterreich ist eine der grössten unstreitig das Gesinderecht. Schon im Jahre 1811 wird ein allgemeines bürgerliches Gesetzbuch eingeführt, „um den Bürgern volle Beruhigung über den gesicherten Genuss ihrer Privatrechte zu verschaffen“. Aber dieses Gesetz enthält im § 1172 die gefährliche Bestimmung, dass die Rechte und Pflichten zwischen dem Dienstherrn und dem Dienstgesinde in den besonderen darüber bestehenden Vorschriften enthalten sind. So werden neben dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch die besonderen Bestimmungen der Dienstbotenordnungen aufrechterhalten, Ordnungen, die aus so alter Zeit stammen, dass sie überhaupt nicht mehr gehandhabt werden können. So gilt in Triest noch die Dienstbotenordnung vom Jahre 1783, in Wien vom Jahre 1810. Dann werden in den Jahren 1854 bis 1859 „provisorische“ Dienstbotenordnungen für einzelne Länder, ja für einzelne Städte geschaffen, aber diese provisorische Regelung des Gesinderechtes besteht heute noch. Es ist eines der vielen definitiven „Provisorien“, die in Oesterreich gelten. Im Jahre 1867 wird das Grundgesetz über die Reichsvertretung erlassen, wonach der Wirkungskreis des Reichsrates alle Angelegenheiten umfasst, „welche sich auf Rechte, Pflichten und Interessen beziehen, die allen im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern gemeinsam sind“. Unter diesen Angelegenheiten wird insbesondere angeführt „die Zivilrechtsgesetzgebung, mit Ausschluss der Gesetzgebung über die innere Einrichtung der öffentlichen Bücher und über solche Gegenstände, die auf Grund der Landesordnungen und dieses Grundgesetzes in den Wirkungskreis der Landtage gehören“.

In keiner einzigen Landesordnung ist die Regelung des Gesinderechtes dem Landtag vorbehalten. Dennoch wird im Landtag von Kärnten im Jahre 1874 eine neue Dienstbotenordnung beschlossen und die übrigen Landtage folgen einer dem anderen nach, bis zuletzt im vorigen Jahr der niederösterreichische Landtag eine neue Dienstbotenordnung für Wien beschloss. Alle diese Gesetze laufen der Verfassung zuwider. Aber sie sind sanktioniert worden. Sie sind kundgemacht. Sie stehen in Geltung. So gelten in ganz Oesterreich 24 Dienstbotenordnungen.

Die wichtigsten Vertragsrechte von drei Viertel Millionen Menschen sind nicht in einem einheitlichen Gesetz zusammengefasst. Von Land zu Land, von Stadt zu Stadt wechselt das Recht, so wie einst vor Jahrhunderten im Deutschen Reich, als jede Stadt, jedes Ländchen sein eigenes Recht hatte. Eine Unmenge Streitfragen erzeugt dieser Zustand. Ein Mädchen wird in Wien in Dienst genommen, von einer „Herrschaft“, die sich hier vorübergehend aufhält. Nach wenigen Wochen übersiedelt sie mit der Familie nach Böhmen. Gilt die Wiener, gilt die böhmische Gesindeordnung zur Entscheidung der Streitigkeiten?

Aber auch noch nach einer anderen Richtung sind die Gesindeordnungen merkwürdig. Da steht im Staatsgrundgesetz über die richterliche Gewalt der lapidare Satz: „Die Rechtspflege wird von der Verwaltung in allen Instanzen getrennt.“ Aber in der Wiener Gesindeordnung steht: „Die Behörden in Dienstbotenangelegenheiten sind die Polizeioberektion und die Polizeibezirksdirektionen nach ihren Einteilungen.“ In der böhmischen Dienstbotenordnung heisst es: „Streitigkeiten zwischen Dienstgebern und Dienstboten, welche aus dem Dienstverhältnis hergeleitet werden und während des Bestandes des Dienstverhältnisses oder wenigstens vor Ablauf von 30 Tagen, vom Tage, als das Dienstverhältnis aufgehört hat, angebracht werden, sind von dem Gemeindevorsteher im kurzen Wege zu verhandeln und zu entscheiden.“ Erst dann gehören sie vor die ordentlichen Gerichte. Diese Bestimmung findet sich in allen Dienstbotenordnungen. Der „kurze Weg“, in dem Dienststreitigkeiten zu entscheiden sind, charakterisiert am deutlichsten die Haltung der Gesetzgebung gegenüber den Rechtsverhältnissen dieser Personen. Es sind Bagatellen, um die die Gesetzgebung sich nicht kümmert. So gilt für einen gewaltigen Kreis von Personen auch heute, wo Oesterreich

fast vierzig Jahre eine Verfassung hat, noch immer nicht der oberste Grundsatz des bürgerlichen Rechtsstaates, die Trennung der Justiz von der Verwaltung.

Woher nun diese Vernachlässigung gerade dieses Rechtsgebietes? Sie hat zweierlei Ursachen, die im Grunde eine sind. Unter dem Namen Gesinde werden die verschiedenartigsten Personen zusammengefasst. Doch bilden sie eigentlich nicht eine Berufsgemeinschaft. Sie sind in zwei Gruppen geschieden. Die eine Gruppe wird gebildet durch Angehörige einer bestimmten Berufsarbeit, durch die Arbeiter in der Landwirtschaft, und die andere durch Personen, die nicht als Helfer im Erwerb eines anderen erscheinen, sondern ihm nur gewisse Verrichtungen zur Instandhaltung des Haushaltes abnehmen. Die Dienstboten zerfallen in die beiden Gruppen der ländlichen und der häuslichen Dienstboten, von denen die ersteren als Hilfsarbeiter in der Berufsgruppe „Landwirtschaft“, die letzteren als ein eigener Beruf zur Verrichtung persönlicher Dienstleistungen erscheinen. In der Landwirtschaft lassen sich die beiden Gruppen nicht genau sondern. Die Arbeiten im Beruf und die Arbeiten im Hause verschwimmen häufig ineinander. Die Gesetzgebung hat nun niemals recht den Unterschied dieser beiden Gruppen erkannt. Weil aber die Bauern sich die Gesetzgebung über das Gesindewesen nicht nehmen lassen wollten, so entstand gegen die Verfassung die Gesetzgebung über die Gesindeordnung durch die Landtage, die von agrarischen Einflüssen noch mehr beherrscht sind als der Reichsrat. Die häuslichen Dienstboten haben sich aber niemals als eine Einheit, als ein einheitlicher Beruf mit einheitlichen Interessen gefühlt. In den einzelnen Familien zerstreut, selten mehr als zwei Personen zusammen, gewöhnlich überhaupt nur einzeln dienend, hat ihnen immer noch bis in die letzte Zeit das Zusammengehörigkeitsgefühl gemangelt. Sie kannten einander nicht. Sie hatten daher auch nicht das Gefühl, gemeinsame Interessen zu haben und diese vor der Öffentlichkeit zu reklamieren. So war in der Gesetzgebung lediglich in dem einen wie in dem anderen Falle das Interesse der Dienstgeber massgebend. Das Gesinderecht ist heute der brutalste Ausdruck einer Klassengesetzgebung, einer Gesetzgebung, die lediglich die Interessen einer Klasse, der Dienstherrn, der Herrschaft berücksichtigt. Dies tritt in den ältesten Gesindeordnungen ebenso deutlich hervor wie in den jüngsten.

Freilich, die alte Wiener Gesindeordnung stammt aus einer Zeit, in der die Behörde sich eine väterliche Fürsorge über alle Untertanen anmasste. Daher fehlt es in ihr auch nicht an Mahnungen und Bestimmungen, scheinbar zugunsten der Dienstboten. Die schützende Hand der Mutter Behörde schwebt über beiden Teilen. So sagt schon die Vorrede, nachdem sie die Gesindeordnung als ein Gesetz „gegen die verfallene Zucht des Dienstvolkes“ proklamiert:

„Indem aber Unsere Sorgfalt zu diesem heilsamen Zwecke willfährig die Hände bietet, lassen Wir der gesetzlichen Vorkehrung die Erinnerung zur Seite gehen, dass Vorschriften und auf Uebertretungen derselben verhängte Strafen alles zu leisten nicht vermögen; dass bei Handlungen, die im Innern der Familie vorgehen, die häusliche Polizei die öffentlichen Vorkehrungen unterstützen müsse; dass, wie Diensthälter mit allem Rechte von dem Gesinde Gehorsam, Treue, Aufmerksamkeit und Genauigkeit in Dienstverrichtungen fordern; dieses aber auch auf genaue Erfüllung der ihm zugesagten Bedingungen und auf eine anständige Behandlung billig Anspruch mache; dass durch Ordnung und Vorsichtigkeit in den Haushaltungen den Nachlässigkeiten des Dienstvolkes sehr zuvorgekommen, die Gelegenheit und Reize zu Veruntreuungen grösstenteils vermindert; dass durch Belehrung bei schicklichen Anlässen die Denckungsart desselben um vieles verbessert werden; dass endlich und vorzüglich das persönliche Betragen und Beispiel der Familienhäupter auf das Dienstvolk stets am kräftigsten wirken, auf Betragen und Sitten desselben, zum Guten wie zum Uebeln, den grössten Einfluss haben wird.“ In demselben Ton geht es dann durch das ganze Gesetz. So sagt der § 78: „Was bisher von den Pflichten des Dienstvolkes verordnet worden, hat zunächst das beste der Gesindehälter und die Erhaltung der Ordnung in den Familien zum Gegenstand. Der Dienstvertrag legt aber auch dem Diensthälter Verbindlichkeiten gegen das Dienstvolk auf, und es ist ein gegründeter Anspruch dieser zahlreichen Klasse, dass die öffentliche Sorgfalt sich nicht weniger auf sie erstrecke und ihr die Erfüllung dieser Verbindlichkeit sicherstelle.“

§ 81 wieder sagt: „Menschenliebe sowohl als Billigkeit machen es jedem Diensthalter zur Pflicht, für seinen Dienstboten, wenn dieser erkrankt, Sorge zu tragen und es ihm an der zu seiner Wiederherstellung erforderlichen Hilfe nicht fehlen zu lassen“. Diese wohlwollenden Worte, die salbungsvoll die Obsorge für die Dienstboten verkünden, haben aber nicht verhindert, den Dienstboten vollständig des Rechtes einer freien, eigenberechtigten Persönlichkeit zu entkleiden. Die Dienstbotenordnung behandelt die Dienstnehmer ohne Rücksicht auf ihr Alter und ihre Lebenserfahrung und ohne Rücksicht auf das Alter und die Lebenserfahrung der Dienstgeber als schlimme, unartige Kinder, die eine ständige Beaufsichtigung, eine stete Erziehung bedürfen. „Alle ordnungsliebenden Familienhäupter werden es sich zur Pflicht machen, über die Sitten und das anständige Betragen ihres Dienstgesindes nicht nur im Innern des Hauses zu wachen, sondern solches noch ausserhalb desselben, soweit es geschehen kann, nicht aus dem Gesichte zu lassen.“ Die gegenwärtige Verordnung gibt daher jedem Diensthalter das Recht, von seinem Dienstboten sowohl über die Erfüllung sämtlicher Religionspflichten als überhaupt über dessen Aufführung auch ausserhalb des Hauses Rechenschaft zu fordern (§ 64). „Ein übermässiger, mit dem Lohn und den sonstigen Zuflüssen eines Dienstboten nicht im Verhältnis stehender Aufwand muss notwendig den Verdacht von Zuflüssen erwecken, welche mit der Treue und Ehrbarkeit nicht bestehen. Diese vorzügliche Quelle des Sittenverderbnisses, welche besonders bei dem weiblichen Dienstvolk von so wesentlichen Folgen ist, kann der Aufmerksamkeit jedes Familienhauptes nicht dringend genug empfohlen werden. Wenn daher ein Diensthalter bei einem seiner Dienstboten einen dergleichen Aufwand wahrnimmt, ist er denselben darüber zur Rede zu stellen berechtigt, und der Dienstbote entgegen verpflichtet, sich gehörig auszuweisen“ (§ 73). „Ohne Vorwissen und Erlaubnis des Dienstherrn soll ein Dienstbote auf längere Zeit weder ausgehen, noch über die gegebene Erlaubniszeit aus dem Hause bleiben“ (§ 76). „Auch dürfen gegen das Verbot der Diensthalter vom Dienstboten Besuche überhaupt oder von bestimmten Personen oder zur untersagten Zeit nicht angenommen werden“ (§ 77). Schliesslich erklimmt aber die Gesindeordnung den Höhepunkt dieses Systems in den §§ 87 und 88: „Wie Eltern über ihre Kinder, ebenso ist es unumgänglich notwendig, Diensthaltern über ihr Dienstvolk, welches zur Hausgenossenschaft mitgehört, ein Zuchtrecht und Zurechtweisungsmittel einzuräumen, da erst immer die Behörde anzurufen wegen milderer Versehen zu lästig, in vielen Fällen nicht möglich, gerade in den dringendsten ein zu spätes Mittel sein würde. Die gelinderen Zurechtweisungsmittel sind: ernstere Abmahnungen, Verweise, Verbot auszugehen und was ungefähr von dieser Art nach den Umständen der Haushaltung, dem Alter, Geschlecht und der Eigenschaft des Dienstboten angemessen sein mochte. In keinem Falle aber, noch unter irgend einem Vorwand ist Diensthaltern das Befugnis eingeräumt, Abbruch an der Kost oder Abzug von dem Lohn als ein Zurechtweisungsmittel gegen das Dienstvolk anzuwenden“ (§ 87). „Wo bei grösseren Fehlern oder oftmaligen Rückfällen gelindere Zuchtmittel nicht zureichen, ist der Diensthalter von den strengeren Mitteln einer körperlichen Züchtigung Gebrauch zu machen befugt, wobei jedoch die Grenzen geziemender Mässigung nicht überschritten, noch dieses Befugnis in irgend einem Fall bis zur Misshandlung ausgedehnt werden darf. Bei einer hierüber von einem Dienstboten geführten Beschwerde bleibt sowohl die Beurteilung, ob die Grenze der Mässigung nicht überschritten, als der dem Beschwerdeführenden allenfalls gebührenden Genugtuung der Behörde überlassen“ (§ 88). Selbstverständlich kennt bei diesem System die Gesindeordnung auch die Bestrafung wegen Kontraktbruchs. Der „entlaufene Dienstbote“ ist mit 24stündigem, nach Beschaffenheit des Falles durch Fasten und körperliche Züchtigung verschärftem Arrest zu bestrafen.“

So das System der alten Gesindeordnung. Unter väterlichen Phrasen etabliert sich eine wahre Herrschaft. Der Dienstbote, der zu dem Dienstgeber nur in einem Vertragsverhältnis zu stehen hat, in dem gegen Lohn Dienste zu leisten sind, wird zu einem Kind, zu einer stets beaufsichtigten, in den persönlichsten Beziehungen abhängigen Person hinabgedrückt.

Aber dies war noch die „gute alte“ Zeit. Da wurden wenigstens noch Verpflichtungen des Dienstgebers anerkannt. Die neueren Dienstordnungen sind völlig der wohl-

wollenden Art entkleidet, der sich die alte Wiener Gesindeordnung bedient. In der böhmischen Dienstbotenordnung zum Beispiel wird alles mit dünnen, harten Worten gesagt. Da entscheidet nur eine Rücksicht: das Interesse des Dienstherrn. Am deutlichsten tritt dies bei den Austritts- und Entlassungsgründen zutage. Während der Dienstherr den Dienstboten ohne Aufkündigung entlassen kann, unter anderem „wenn er den Dienstherrn, dessen Angehörige oder dessen Stellvertreter durch Tätlichkeiten, Schimpf- und Schmähworte oder ehrenrührige Nachreden beleidigt“, fehlt eine ähnliche Bestimmung unter den Austrittsgründen gänzlich. Ja, mehr noch. Das Gesetz kennt nur vier Austrittsgründe für den Dienstboten. Aber er darf selbst bei Vorhandensein derselben den Dienst nicht ohneweiters verlassen. „Diese Gründe müssen dem Gemeindevorsteher angezeigt und, falls sie vom Dienstherrn widersprochen wurden, glaubwürdig dargelegt werden. Ohne Bewilligung des Gemeindevorstehers darf der Dienstbote den Dienst nicht verlassen, den Fall einer augenscheinlichen Gefahr des Lebens oder einer Beschädigung ausgenommen.“ Um die Sklaverei noch vollständiger zu machen, enthält zum Beispiel die böhmische Dienstbotenordnung die Bestimmung, dass die Dauer der Dienstzeit bei jenen Dienstboten, welche für landwirtschaftliche Arbeiten aufgenommen werden, auf ein Jahr, bei den übrigen Dienstboten auf drei Monate festgesetzt ist. „Von dieser Bestimmung kann zwar durch besondere Verabredung abgegangen werden. Eine solche Verabredung muss jedoch in einem schriftlichen Vertrag oder vor dem Gemeindevorsteher geschehen, widrigens darauf kein Bedacht zu nehmen ist.“ Bei dem auf drei Monate abgeschlossenen Dienstvertrag ist eine 14tägige Aufkündigung zulässig. Wird diese jedoch 14 Tage vor Ablauf der Dienstzeit nicht gegeben, so erneuert sich der Vertrag stillschweigend auf drei Monate. Die Aufkündigung ist aber durch den Dienstboten nur in drei Fällen möglich. Doch darf auch hier ohne Bewilligung des Gemeindevorstehers der Dienst nicht verlassen werden. Dieselben, oft noch durch eine längere Kündigungsfrist verschärften Bestimmungen finden sich in den anderen Gesindeordnungen.

Vollständig fehlen aber in allen Gesindeordnungen irgendwelche sozialpolitischen Vorschriften, obwohl diese gerade bei diesem Abhängigkeitsverhältnis dringend notwendig wären. Es gibt keine bestimmte Erholungszeit, keine Zeit zum Ausgehen, keine Vorschriften über die Beschaffenheit der Wohn- und Schlafstellen. Lediglich zwei Bestimmungen dieser Art ziehen sich in stereotypen, knappen Wendungen durch alle Gesindeordnungen. Die eine heisst wörtlich: „Der Dienstherr darf dem Dienstboten nicht mehrere und schwerere Arbeiten aufbürden, als derselbe nach seinen Kräften zu leisten vermag.“ Die andere lautet: „Die Kost, wo sie gebührt, muss gesund und hinreichend sein.“ Ja selbst dies ist manchen Gesindeordnungen noch zuviel. Die kustenländische, die tirolische und manche andere fügen noch rasch hinzu: „Besondere Bedingungen über die Art und Menge derselben sind untersagt.“ Auch hier geht man noch ein Stück weiter und bestimmt: „Kleidungs- und Wäschestücke, wenn solche bedungen sind, müssen den Verhältnissen der dienenden Klasse angemessen verabfolgt werden. Kleidungs- und Wäschestücke, die nur zum Putze dienen oder den Verhältnissen der dienenden Klasse unangemessen sind, sind untersagt.“

Niemals, nicht einmal in seiner Kleidung soll der Dienstbote aus dem Gefühl herauskommen, dass er in jeder Beziehung abhängig, dass er nur zum Dienen auf der Welt ist.

Dies Verhältnis sollte eigentlich umso aufreizender wirken, als gerade die Dienstmädchen Zeugen des Putzes, des Aufwandes sind, den die Dienstgeber treiben. Für sie ist der Putz nach der alten Wiener Gesindeordnung „die vorzügliche Quelle des Sittenverderbnisses“, für die Dienstgeber ist er selbstverständlich. So drückt sich brutal der Klassenunterschied in den Gesindeordnungen aus. Unverhüllt, ohne Phrasen wird die Stellung des Dienstboten von den Gesetzen scharf als die eines willenlosen Werkzeuges, einer menschlichen Arbeitsmaschine gekennzeichnet. Zwischen der Gesindeordnung für die Stadt Wien und den Umkreis innerhalb der Linien vom 1. Mai 1810 und der Dienstbotenordnung für Ober- und Niederschlesien vom 22. September 1899 spannt sich ein Jahrhundert. Eine Welt ist unterdes ins Grab gesunken, eine neue ist aufge-

stiegen. Aber die Dienstbotenordnung aus der Zeit des alten Polizeistaates und aus der Zeit des allgemeinen Wahlrechtes sagen genau dasselbe, nur dass die neuere sich noch brutaler ausdrückt als die alte. So ragt die Gesindegesetzgebung als ein Schandmal in das Rechtsleben hinein. Es wird die erste und ernste Sorge einer Dienstbotenorganisation sein müssen, ein modernes Dienstrecht zu schaffen.

Emil Dittmer (Berlin): Die technischen Umwälzungen in der Gasindustrie und die Gasarbeiter

Die Geschichte der Gasindustrie ist eng verbunden mit dem Beginn des Fabrik-systems überhaupt. Im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts setzte der Privatkapitalismus mit dem Bau gewaltiger Spinnereien und Fabriken in England ein. Neben den Eisenbahnen waren es dann besonders die Gasfabriken auf dem Kontinent, die ihr erstes Kapital von englischen Gesellschaften erhielten. Ja, zumeist nahm die I. C. G. A. (Imperial Continental Gas-Assoziation) Bau und Ausbeutung des neuen Industriezweiges selbst in die Hand. So zum Beispiel in Berlin seit 1825, in Wien (1833), Frankfurt am Main, Dresden einige Jahre später. Natürlich handelte es sich dabei vorerst um die Hauptsache, um die Strassenbeleuchtung, sowie die öffentlichen Gebäude, die sich allenthalben sehr bald der fortgeschrittenen Lichtart bedienten. Das Privileg dieser Gesellschaft hat sich übrigens dank ihrer honorigen Verbindungen viele Jahrzehnte erhalten und existiert zum Teil noch heute. Die fortgesetzten Klagen über die mangelhafte Beleuchtung der Strassen, die Willkür bei der (Monopol-)Preisgestaltung und andere Aergernisse drängten die Grossstadtverwaltungen geradezu dahin, sich von der profitheischenden I. C. G. A. zu befreien und die Gasproduktion in eigene Regie zu nehmen. Das war nun gar nicht so einfach. In Berlin wurde der Stadtverwaltung durch königliches Reskript (1844) endlich gestattet, vom 1. Jänner 1847 die öffentliche und private Gasbeleuchtung in Konkurrenz mit der I. C. G. A. zu übernehmen. In Wien hat sich sogar erst Ende der Neunzigerjahre die Stadtgemeinde nach langwierigen Prozessen ihr Recht auf eigene Gaswerke erkämpfen müssen und es gibt bis 1912 noch Bezirke, wohin kein Regiegas geliefert werden darf.

Immerhin ist der letztere Vorgang gegenwärtig eine unerfreuliche Ausnahme von der Regel, denn von den 1245 öffentlichen Gaswerken Deutschlands sind zum Beispiel der Zahl nach 75 Prozent, dem Konsum- und Reingewinn nach sogar über 90 Prozent in städtischer Regie. Nach einer neueren Zusammenstellung von Dr. Ingenieur Geitmann* hat sich die Gasproduktion selbst im gleichen Gebiet folgendermassen entwickelt:

	Kubikmeter		Kubikmeter
1859	44,514.100	1885	479,047.000
1862	68,527.900	1896	733,450.600
1868	151,970.200	1900	1.200,000.000
1877	324,812.800	1909	2.500,000.000

Diese rapide Entwicklung ist in fast allen Kulturländern ähnlich gewesen, trotzdem in den letzten zwei Jahrzehnten die Elektrizität als erfolgreiche Konkurrenz auftrat und eine beispiellose Verbreitung gefunden hat. Es darf auch als feststehend angesehen werden, dass auf unabsehbare Zeit hinaus beide Industrien in Konkurrenz stehen. Während aber jedes neue elektrische „Wunder“ auch dem Laien leicht zur Kenntnis gelangt, spielen sich die wunderbaren technischen Verbesserungen in der Gasindustrie mehr im engeren Kreise der Fachmänner ab, und besonders die in der Gas-

* „Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Gaswerke.“ Von Dr. Ingenieur Geitmann. Verlag von R. Oldenbourg in München.

industrie beschäftigten Arbeiter sind es, die von diesen Umwälzungen unmittelbar betroffen werden.

Doch gibt es auch hier ein paar Ausnahmen. Vor allem erregte die Erfindung des Wiener Chemikers Auer v. Welsbach — der Glühstrumpf — mit Recht allgemeine Sensation. Dadurch wurde recht eigentlich die Konkurrenzfähigkeit erst ermöglicht, denn neben 20- und mehrfach verstärktem Licht war obendrein eine wesentliche Verringerung des Gaskonsums jeder Flamme damit verknüpft. Eine weitere Oekonomie von zirka einem Drittel Gasersparnis bei gleicher Beleuchtungsstärke brachte das Hängeglühlicht vor einigen Jahren. In neuerer Zeit ist es besonders das Pressgas sowie die sogenannte Pressluftbeleuchtung, die eine weitere Reduzierung des Gasverbrauchs um die Hälfte zuließ bei gleichzeitiger Ermöglichung, Starklichtlampen bis zu 5000 HK (Hefner-Kerzen) anzuwenden. Berlin hat bereits über 50 Kilometer Strassen mit diesem, den elektrischen Bogenlampen nicht nachstehenden Licht ausgestattet. Professor Wedding, ein hervorragender Elektriker, hat jüngst eine Preistabelle über die verschiedenen Beleuchtungsarten herausgegeben. Darnach kosten 100 Kerzenstunden:

Elektrische Kohlenfadenlampe	21 Pf.
Gewöhnliche Petroleumlampe	9·4 „
Tantallampe	9 „
Gewöhnliche Bogenlampe mit Glocke	9 „
Justlampe (Wolfram, Osram)	8 „
Auerlicht, hängend	1·8 „
Flammenbogenlicht	1·4 „
Hängendes Graetzinpressgaslicht	0·9 „

Aus dieser Zusammenstellung kann jedermann ersehen, dass die Konkurrenzfähigkeit der Gasbeleuchtung durchaus gewährleistet ist. Auch die Ausbreitungsfähigkeit ist noch stark steigerbar, insbesondere durch Gasautomaten, von denen gegenwärtig in ganz Deutschland erst 200.000 aufgestellt sind, während zum Beispiel London 1908 über 800.000 zählte. In Städten mit Einheitsgaspreis (das heisst für Beleuchtung, Heiz- und Kraftzwecke), wie Berlin, Hamburg, Bremen u. s. w., ist der Verbrauch 105 bis 183 Kubikmeter für den Kopf und das Jahr, während in Städten, wo dieser Einheitspreis noch fehlt, zum Beispiel Dresden, Breslau, Leipzig, München, die Verbrauchsziffer 56 bis 99 Kubikmeter beträgt. Also Verbilligung durch Einheitspreis und Installations-erleichterung durch Gasautomaten wird für weitere Ausbreitung sorgen. Dazu kommt die fortgesetzt steigende Verwendbarkeit des sogenannten technischen Gases für Kraftzwecke aller Art, insbesondere der Gasmaschinen und -Motoren.

Alle diese Dinge treten verhältnismässig stark in Erscheinung. Anders hingegen die technischen Umwälzungen in der Gasproduktion selbst, obwohl sie viel weitgehenderer Natur sind. Ein modernes Gaswerk ist ein wahres Wunder der Technik. Hier lautet das Problem zur Erzielung einer höheren Profitrate zumeist: Wie kann die menschliche Arbeitskraft ausgeschaltet werden? Zunächst waren es die Kohlen- und Kokstransporte, die maschinell durch Seil- oder Schienenbahnen eingerichtet wurden. Dazu kamen die bekannten Ausladekräne, ferner Koksbrecher, maschinelle Ablöschvorrichtungen (Koksrinne) u. s. w. Neben den Transportanlagen waren es besonders die Ofenanlagen, die wiederholt durchgreifende Aenderungen erfuhren. Während früher allgemein an sogenannten geraden Retorten gearbeitet wurde, die, von Menschenhand bedient, eine ziemliche Geschicklichkeit des einzelnen erforderten, um ein gleichmässiges Ausstehen der Kohlen (Gasentwicklung) zu erzielen, wurde mittels Lademaschine und „Zielschlange“ eine wesentliche Reduzierung der Arbeiter herbeigeführt. Um besseres Gas und leichtere Entladung zu erzielen, wurden die sogenannten Cozeöfen mit schrägen Retorten eingerichtet. Das Laden erfolgt nunmehr mittels mechanischer Trichter, die von einem Arbeiter oben angesetzt werden können. Durch die schräge Lage der Retorten war auch die Entladung wesentlich vereinfacht. Dieses System ist auch heute noch am meisten im Gebrauch. Seit einigen Jahren sind in zahlreichen Städten die Vertikalöfen mit gutem Erfolg eingeführt. Sie werden von oben maschinell beschickt und ermöglichen neben besserer Gasausbeute die Erzielung grösserer Mengen sogenannter Nebenprodukte, die hoch im Preise stehen.

Wie Direktor Prenger (Köln) im „Journal für Gasbeleuchtung“ berichtet, werden in einer „Charge“ 30 Retorten entladen und beschickt von insgesamt zwei Arbeitern! Noch fabelhafter sollen freilich die sogenannten Kammeröfen sein, über die sich indessen die Gasfachleute noch nicht ganz einig sind. In München hat sich das System jedenfalls gut bewährt. Während bei den übrigen Gaserzeugungsöfen mit horizontalen oder geneigten Retorten 150 bis 300 Kilogramm Kohlen auf einmal geladen werden, deren Destillation vier bis fünf Stunden dauert, fassen die Münchner Kammeröfen die 8- bis 16fache Kohlenmenge (zirka 2500 Kilogramm), welche zur Entgasung einer 24stündigen Destillationsdauer bedürfen. Man kommt also mit ein bis zwei „Wächtern“ aus, anstatt aufreibender fortgesetzter Schichtarbeit.

Wichtig ist auch der immer weiter um sich greifende Ausbau von Wassergasanlagen. Wenn man Wasserdampf über glühenden Koks leitet, so erfolgt eine Zerlegung des Wassers in seine Elemente. Das Endprodukt besteht aus Wasserstoff und Kohlenoxyd. Das äusserst giftige und geruchlose Wassergas hat zwar wenig Leucht- und Heizkraft, wird aber mit Rohöl, Benzol u. s. w. gemischt und benutzbar gemacht. Es dient in Deutschland hauptsächlich als Beigabe zum Steinkohlengas. Die Gasfachmänner sind sich über die Minderwertigkeit und Gefährlichkeit des Wassergases so ziemlich einig, zumal es, für technische und Heizzwecke verwendet, dem Konsumenten wesentlich weniger für sein Geld bietet als das ungemischte Leuchtgas. Wenn trotzdem eine gewisse Vorliebe bei den Verwaltungen dafür besteht, so ist ausgesprochenermassen der Hauptgrund, dass die Wassergasanlage den Betrieb im Falle eines Streiks aufrecht zu erhalten vermag, also gewissermassen als Reserve anzusehen ist. Andererseits haben Gasarbeiterstreiks aus jüngster Zeit den Beweis erbracht, dass diese künstliche Vermehrung des Leuchtgases nicht lange vorhält und im Kampfe kaum entscheidend sein kann.

Der Vollständigkeit halber sei endlich noch erwähnt, dass auch die Gasfernzündung durch erhöhten Druck oder automatische Uhrwerke erfolgreich angewendet wird. Auch hier galt es, die menschliche Arbeitskraft auszuschalten, um Verbilligungen zu erzielen.

* * *

Welche Wirkungen hatte nun diese technische Revolution auf die Gasarbeiter? Da ist zunächst festzustellen, dass weniger eine Verminderung der in der Gasindustrie Beschäftigten stattgefunden hat, als vielmehr eine andersartige Zusammensetzung und Verteilung der Arbeitskräfte. Wohl wurden hier und da grössere Arbeitergruppen entlassen, meist aber gelang es der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die unmittelbaren Schäden einzudämmen, indem vor allen Dingen bei jeder tiefer greifenden technischen Neuregelung der Achtstundentag kategorisch verlangt und durchgesetzt wurde. Da der Vergasungsprozess fortgesetzte Bedienung erfordert, bestand bis 1900 (ausser Bremen) überall in Deutschland der Zwölfstundentag, oft mit 24stündiger Wechselschicht. Der systematische Kampf der Organisation gegen diese Menschenquälerei führte denn auch zum Dreischichtensystem und Abschaffung des „24er“. Ueberall, wo man technische Neuerungen plante, war der Verband auf der Wacht, vielfach wurde auch die langjährige Forderung der Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit der Anlass zu solchen Neuerungen. So ist gegenwärtig in Deutschland in 56 Städten für 75 Gasanstalten der Achtstundentag durchgeführt, darunter fast in allen Grossstädten. Insgesamt sind zirka ein Viertel aller Betriebsarbeiter von Gasanstalten im Deutschen Reich acht Stunden tätig. Gleichzeitig wurde die Sonntagswechselschicht auf 12 bis 16 Stunden reduziert. Das ergibt eine Arbeitszeitverkürzung von 28 bis 32 Stunden in der Woche für mehrere Tausend Gasarbeiter, dank der energischen Tätigkeit des Gemeindearbeiterverbandes, bei dem die Gasarbeiter die am besten organisierte Gruppe bilden, die noch heute über ein Viertel seiner gesamten Mitgliedschaft (Anfang 1911: 40.000) ausmachen. Hierzu kommt, dass in manchen Städten, wie zum Beispiel in Berlin, die Betriebsarbeiter in dreiwöchigem Turnus mit den Hofarbeitern wechseln, so dass also die Zahl derer, die Vorteil vom Achtstundentag haben, sich weiterhin vermehrt hat. Ueber die segens-

reiche Wirkung sind sich nun selbst die Feinde der Arbeiterbewegung nicht ernstlich im Zweifel. Kürzlich berichtete der Gewerbeinspektor für den Bezirk Königsberg:

„Einen unerwartet günstigen Einfluss auf das Familienleben mancher Arbeiter hat in der städtischen Gasanstalt Königsberg die durch Einführung der Achtstundenschicht geschaffene Freizeit ausgeübt. Schon vor längerer Zeit traten einige Arbeiter an die Direktion mit der Bitte heran, ihnen das freiliegende Gelände der Gasanstalt zur Bepflanzung zu überlassen, was auch unentgeltlich geschah. Die Zahl der Bewerber ist inzwischen auf 108 gestiegen, wobei auf jeden Arbeiter etwa 150 Quadratmeter Land kommen. Nach Schluss der Frühschicht (2 Uhr mittags) begibt sich jetzt nicht selten an schönen Sommertagen der von Frau und Kindern begleitete Arbeiter in den ihm überlassenen Garten, um ihn zu bearbeiten und sich an Blumen und Früchten zu erfreuen.“

Aehnliche einwandfreie Zeugnisse liegen von anderer Seite vor, für die Leser des „Kampf“ ist diese Wirkung ja selbstverständlich.

Konnte dank der ungeheuer gesteigerten Gasproduktion in Verbindung mit der radikalen Verkürzung der Arbeitszeit von zwölf auf acht Stunden eine wesentliche Verminderung der Zahl der Gasarbeiter verhindert werden, so haben dazu eine Reihe weiterer Faktoren beigetragen. Vor allem erfordert das Pressgas eine vollständige Neuanlage, dazu ist die Bedienung der Lampen durch geschulte Monteure erforderlich geworden, wie überhaupt der gesamte Gasbetrieb immer höhere Anforderungen an die Verantwortlichkeit des einzelnen stellt. Der qualifizierte Arbeiter, Handwerker u. s. w. wird immer mehr zur Regel und damit sind naturgemäss auch die Lohnverhältnisse im Steigen begriffen. Dass es dazu allerdings oft genug erst des „letzten Mittels“ bedurfte, beweist die Tatsache, dass der Gemeindearbeiterverband seit 1900 allein 22 Gasarbeiterstreiks führen musste, wozu noch zahlreiche Gasarbeiterbewegungen kommen (wie zum Beispiel wiederholt in Berlin und Hamburg), wo im letzten Augenblick ein Entgegenkommen von der Stadtverwaltung gezeigt wurde. Dass aber die Lohnverhältnisse der Gasarbeiter auch gegenwärtig noch überaus verbesserungsbedürftig sind, mag nachfolgende Zusammenstellung ergeben, die der Verband nach dem Stande vom 15. Mai 1910 aus 149 Orten Deutschlands kürzlich veröffentlichte:

Branchen der Gaswerke	Jahreslöhne	Monatslöhne	Wochenlöhne	Taglöhne	Stundenlöhne	Niedrigster Lohn M a r k	Höchster Lohn
Feuerhausvorarbeiter (Poliere)	1	7	3	57	6	80 per Monat	45—48
Feuerhausarbeiter	—	—	—	131	18	0·25—0·30 per Stunde	5·95
Schlacker, Steigerohrreiner	—	—	—	13	5	0·33—0·40	5·78—6·29
Heizer und Maschinisten	—	1	1	87	14	2·80	5·50—5·75
Wasserstoffgasarbeiter	—	1	1	34	3	3·00—3·80	45—50
Kokslöcher, Koksmahler, Koksfahrer	—	—	1	40	10	0·24	40—50
Teer- und Reinigungsarbeiter	—	—	—	32	14	0·24	0·47—0·56
Hofarbeiter	—	—	—	100	42	0·15	4·75—5·25
Maurer	—	—	1	74	28	2·80—3·80	0·67
Zimmerer	—	—	—	44	12	2·80—3·30	5·50—6·10
Schlosser	—	1	—	80	32	2·50—3·00	0·50—0·70
Schmiede	—	—	—	68	31	2·50—3·50	0·50—0·70
Klempner (Spengler)	—	—	—	51	12	2·80—3·30	0·50—0·70
Helfer bei Handwerkern	—	—	—	62	26	2·00—3·00	4·75—5·25
Mechaniker-Installateure	—	1	3	64	25	0·30—0·37	0·55—0·75
Rohrleger	—	—	—	64	29	0·26—0·33	0·50—0·70
Sonstige Handwerker	—	—	1	61	13	2·50—4·00	0·50—0·70
Helfer	—	—	—	58	32	2·50	0·47—0·49
Ständeaufnehmer	—	2	2	24	1	0·25	0·47—0·57
Erdarbeiter	—	—	—	59	34	0·15	4·50—5·25
Laternenwärter	1	8	8	25	6	375 per Jahr	4·40
Laternenanzünder	—	43	8	20	—	13—18 p. M.	3·40

An dem niedrigsten Lohn unter 3 Mk. sind 25 Orte, unter Mk. 3·50 sogar noch 90 Orte (von 149) beteiligt, soweit die grösste Kategorie der Hofarbeiter in Frage kommt. Es darf jedoch nicht ausser acht gelassen werden, dass vor dem Einsetzen der Organisation die Lohnverhältnisse jeder Beschreibung spotteten.

Der Beruf des Gasarbeiters ist auch heute noch in hohem Masse gesundheitsgefährdend und mit Unfallgefahr verknüpft. Die zahlreichen Erkrankungen der Atmungsorgane durch Einatmung der Gase, jähen Temperaturwechsel u. s. w. hätten längst zu weit-

gehendem sanitären Arbeiterschutz führen müssen, statt dessen hat bis jetzt der Bundesrat alles gehen lassen wie es geht. Die Unfallziffer weist 70 Promille Versicherter auf, entspricht also den meist gefährdeten Berufsgruppen.

Die Stadtverwaltungen haben Jahr für Jahr höhere Reingewinne aus den Gasanstalten gezogen. Viele Etats könnten ohne diese Einnahmen nicht mehr balanzieren, wie zum Beispiel Berlin, das in den letzten Jahren jedesmal 10 bis 12 Millionen Ueberschuss herauswirtschaftete. Wem fällt da nicht unwillkürlich das preussische Eisenbahnwesen ein, wo gleichfalls neben Schröpfung des Publikums durch hohe Fahrpreise etc. der sprichwörtliche Beamtenproletarier die Ueberschüsse schaffen helfen muss durch äusserste Arbeitsanspannung und kärglichste Entlohnung.

Wenn bei den Gasarbeitern die Verhältnisse nicht ganz so trübe aussehen, so ist das nicht das Verdienst der Stadtverwaltungen oder gar der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheiten. Mittels des Koalitionsrechtes haben sich die Gasarbeiter eine etwas bessere Position zu erkämpfen gewusst, haben auch sie einen gewissen Anteil an den technischen Neuerungen sich zu sichern verstanden. Dank eifriger Organisationsarbeit, dank aber auch dem Eintreten der sozialdemokratischen Gemeindevertreter in gegebenen Momenten, dank endlich der Beeinflussung der Oeffentlichkeit durch die Arbeiter- und Gewerkschaftspresse wird es auch weiterhin gelingen, eine allmähliche Verbesserung der Gesamtposition dieser Arbeitergruppe zu erreichen.

August Winnig (Hamburg): Die Entwicklung der Arbeitskämpfe

Die Entwicklung der Arbeitskämpfe stellt uns Fragen, auf die die Antwort erst noch zu suchen ist. Unsere Auffassung ist beherrscht von dem Satze, der da sagt, dass der Klassenkampf immer erbitterter wird: der Interessengegensatz kommt den verschiedenen Klassen immer allgemeiner und klarer zum Bewusstsein, aus dem Bewusstsein des Gegensatzes erwachsen die Organisationen; und je allgemeiner jenes Bewusstsein wird, um so grösser werden die Organisationen, um so grösser die aus der Wahrnehmung der gegensätzlichen Interessen entstehenden Konflikte und Kämpfe.

Diese Ursachenreihe erklärt uns die Entwicklung der Arbeitskämpfe, wie wir sie in Deutschland erlebt haben und weiter erleben, ohne sie stünden wir dieser Entwicklung verständnislos gegenüber und hielten für das Ergebnis einer fehlerhaften Taktik, was das Produkt unzerstörbarer Kräfte der gegenwärtigen Gesellschaft ist. Unter dem Einfluss der immer umfassender werdenden Organisationen der Arbeiter und Unternehmer, der wachsenden Energien auf beiden Seiten, erweitert sich das Kampfgebiet. Aus innerer Notwendigkeit, aus Gründen der Kampftechnik und der möglichst nutzbringenden Anwendung der Kampfkräfte, vollzieht sich in den Organisationen ein Prozess fortschreitender Zentralisierung, der sich auf die Konflikte und Kämpfe überträgt. So beeinflusst und getrieben führt die Entwicklung zu Arbeitskämpfen, die das ganze Gewerbe erfassen. Im deutschen Baugewerbe konnte man diese Entwicklung in ziemlicher Deutlichkeit verfolgen. Zuerst schweisste sie die durch einen zusammenhängenden Arbeitsprozess verbundenen und aufeinander angewiesenen Gruppen der Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter zu einer taktischen Einheit zusammen, zum Teil gegen deren Willen. Dann überschritt sie die Grenzen des Ortes und schuf Kampfgebiete in wachsender Ausdehnung: Grossstädte mit weiter Umgebung, wirtschaftlich zusammenhängende Bezirke, Provinzen, schliesslich bildet nahezu das ganze Reich das einheitliche Kampfgebiet. Mit dieser Entwicklung steht das Baugewerbe nicht allein; in der Holzindustrie, im Malergewerbe sehen wir einen ähnlichen Verlauf, in anderen Gewerben die Ansätze dazu.

Das ist die eine Seite der Entwicklung: eine zunehmende Konzentration der Kämpfe, die selbst zu katastrophalen Erschütterungen des von ihnen betroffenen Ge-

werbes und dessen Einflussphäre werden. Und diese Seite der Entwicklung der Arbeitskämpfe berechtigt wohl, von einem immer erbitterter werdenden Kampf zwischen Kapital und Arbeit, oder von einer „Verschärfung des Klassenkampfes“ zu sprechen.

Aber dieser Seite steht eine andere gegenüber, die ein wesentlich anderes Bild zeigt. Der vorhin gezeigten Entwicklung würde es entsprechen, wenn auch die Formen, unter denen sich die Kämpfe abspielen, immer schroffer würden. Ist das nun tatsächlich der Fall? Die Praxis weist manchen Zug auf, der zu einer Verneinung der hier gestellten Frage drängt. Dass sich die Verkehrsformen der kämpfenden Parteien gebessert, gemildert haben, will nichts bedeuten; es ist einfach selbstverständlich, dass Leute, die als verantwortliche Vertreter grosser Körperschaften viel miteinander zu tun haben, ein gewisses Mass gegenseitiger Hochachtung und formaler Zuvorkommenheit beobachten, wobei aber doch nicht ausser acht zu lassen ist, dass sich auch dieser Wandel erst vollzog, als der Einfluss der Arbeiterorganisationen erheblich gestiegen war, wie der grössere Einfluss der Gewerkschaften ja überhaupt die treibende Kraft bei allen Wandlungen in dieser Entwicklung ist. Wir erleben es ja heute noch zuweilen, dass Unternehmerorganisationen auf Zuschriften der Gewerkschaften überhaupt nicht oder in reichlich ruppigem Tone antworten. Aber die schroffe Abweisung der Gewerkschaften als Beauftragte der Arbeiterschaft wird immer mehr zum Ausnahmefall, auch dort, wo sie, wie im Baugewerbe, früher die Regel war. Noch freilich verharret der grösste Teil der Grossindustrie in starrer Verhandlungsfeindschaft; eine durch stärksten Druck und „Wohlfahrtseinrichtungen“ gefesselte Arbeiterschaft ermöglicht es den Paschas der chemischen, der Schwereisen-, Montan- und Textilindustrie vielleicht noch auf Jahre hinaus, die Forderungen der Gewerkschaften mit schneidendem Hohne zurückzustossen. Aber wie lange noch? Vielleicht erleben sie schon in der jetzt bevorstehenden Periode des Aufschwunges ihr Damaskus. In dieser Entwicklung liegt zweifellos nichts, das zu der Auffassung von der Verschärfung des Klassenkampfes passt.

Eine ähnlich geartete Erscheinung sehen wir in den ohne Kampf erledigten Lohnbewegungen. Die gewerkschaftliche Statistik zeigt das Anschwellen ihrer Zahl. Gewiss ist ihr Wachstum kein stetig steigendes, es wird, entsprechend den wechselnden Bedingungen für den gewerkschaftlichen Kampf, unterbrochen; aber die Tatsache selbst bleibt gleichwohl bestehen, sie ist durch das Wachstum der Gewerkschaftsmacht geschaffen worden. Zweifellos folgt das Unternehmertum seinem Profitinteresse, wenn es sich ohne Kampf zu Zugeständnissen an die Arbeiter bequemt; in solchen Fällen erscheint ihm die friedlich gewährte Lohnerhöhung als das kleinere Uebel, verglichen mit der Einbusse, die ihm ein hartnäckiger Kampf bringen würde. Auch diese Erscheinung passt nicht in das Bild von der Verschärfung des Klassenkampfes hinein. Sie ist allerdings das Produkt gesteigener Gewerkschaftsmacht; aber daran sehen wir eben, dass die solidarische Selbsthilfe der Arbeiterschaft Tendenzen erweckt, die der Verschärfung des Kampfes entgegenwirken. Wir kommen so zu einer Erweiterung unserer Vorstellungen von der Dynamik der Organisationen.

Auch das Aufkommen und die Ausgestaltung des gewerblichen Einigungs- und Schiedsgerichtswesens erscheint nicht als eine Verschärfung, sondern eher als eine Humanisierung der Formen des Klassenkampfes. Die vielen kleinen Differenzen, die sich in einer nur mittleren Stadt tagtäglich ergeben und früher so häufig zu Kämpfen führten, finden heute in den tariflichen Schlichtungskommissionen ihre Lösung. Wenn auch zuzugeben ist, dass dabei zuweilen die Interessen der Arbeiter zu kurz kommen, so ist die arbeitsrechtliche Stellung des einzelnen Arbeiters im allgemeinen doch heute mehr vor den Ueberfällen durch Unternehmerwillkür und Laune gesichert als früher, wo der Arbeiter sein Recht erst durch opfervolle Kämpfe wahren musste. Wo diese Schlichtungskommissionen bestehen, da haben sie — vorausgesetzt, dass sie von starken Organisationen gestützt werden — die Unzahl der kleinen Kämpfe beseitigt. Von einer höheren Warte ist die Tätigkeit und Wirkung der Einigungskörperschaften zu beurteilen, die bei den eigentlichen Lohnbewegungen in Funktion treten. Wir wissen, dass sie in zahlreichen und darunter sehr wichtigen Bewegungen kampferhütend und kampferkürzend gewirkt haben. So wäre, um ein paar tatsächliche Beispiele zu erwähnen, die Lohnbewegung im deutschen Malergewerbe im Jahre 1910 kaum ohne Kampf beendet worden

ohne die Vermittlertätigkeit der Unparteiischen. Und die Aussperrung im Baugewerbe hätte sicherlich noch einige Wochen länger gedauert, wenn die Bemühungen Aussenstehender um die Einigung nicht so nachdrücklich gewesen wären. Die Tätigkeit der Einigungskörperschaften ist in zahlreichen Fällen erfolgreich gewesen, die früher stets zum offenen Kampfe geführt hätten. Diese neuen Kräfte können freilich nicht unter allen Umständen den Kampf verhindern; es wäre am ungünstigsten für die Arbeiter, wenn diese nicht immer an den Streik als an ihr letztes und schärfstes Mittel appellieren könnte; aber sie bieten Gelegenheit zur Geltendmachung aller die friedliche Einigung befürwortenden Gründe. Auch dabei bleibt die Macht der sich gegenüberstehenden Parteien für die Bedingungen des Friedens massgebend; ein Zustand automatischer Einigung wird ewig undenkbar bleiben; aber es tritt an die Stelle des Messens der Kräfte in offener Fehde, das früher die Regel war, öfter ein Abwägen der beiderseitigen Energien in langwierigen Verhandlungen. In dieser Entwicklung, die die Wirklichkeit viel deutlicher demonstriert, als es hier geschehen kann, vermag man jedoch mit dem redlichsten Willen keine Verschärfung des Klassenkampfes zu sehen.

Der äussere Verlauf aller grossen Arbeitskämpfe der letzten Jahre trägt gleichfalls — trotz Moabit — nicht die Züge der Verschärfung. An den bedauerlichen und schädlichen Krawallen in Moabit trägt das Zusammentreffen mehrerer ganz sekundärer Faktoren die Schuld; sie scheiden für eine ernsthafte Untersuchung der hier aufgeworfenen Frage aus. Der grosse Bergarbeiterstreik im Jahre 1905 — war er nicht die reine Sonntagnachmittagsschule gegen seinen Vorgänger von 1889, obwohl der Einschlag des fremdländischen Arbeiterelements inzwischen viel stärker geworden war! Der Kampf in der Berliner Elektroindustrie von 1905 verlief in mustergültiger Ordnung. Der Haltung der 150.000 ausgesperrten Bauarbeiter konnten selbst sonst sehr schimpffreudige Blätter die Anerkennung nicht versagen. Die Werftarbeiterbewegung vom vorigen Jahre hat gleichfalls zu keinen Zusammenstössen irgendwie erheblicher Art geführt. Alle diese gewaltigen und mit grosser Hingebung der Beteiligten geführten Kämpfe tragen den Stempel einer nach Humanität strebenden Entwicklung. Und ohne unseren Behörden auch nur irgendwie schmeicheln zu wollen, darf man aussprechen, dass auch die Opfer der Justiz allmählich etwas geringer werden. Was wäre vor 15 Jahren aus dem Prozess über Moabit geworden? Man denke an Löbtau, an Essen, an so manches andere unvergängliche Wahrzeichen des Martyriums der deutschen Arbeiter — man mag über den Grad der Besserung streiten, aber schärfer ist der Kampf zwischen der Arbeiterschaft und den Organen der öffentlichen „Ordnung“ nicht geworden.

Nicht zu übersehen ist die Stellung der nicht proletarischen Bevölkerungskreise zu den Arbeiterkämpfen. Kann man sagen, sie sei den Arbeitern ungünstiger geworden, indem sich diese Kreise heute etwa allgemeiner und schroffer gegen die Arbeiter erklärten? Auch hier wird man Ausnahmen als solche würdigen müssen. Eine Ausnahme war zum Beispiel die ungewöhnliche Sympathie, die die Bergarbeiter bei ihrem schon erwähnten grossen Streik im Jahre 1905 fanden; gerade die auffälligsten Sympathiebeweise entsprangen parteipolitischer Spekulation. Aber man sucht vergeblich nach einem krassen Beispiel aus neuerer Zeit für das Gegenteil. Unerschüttert ist allerdings die geschlossene Phalanx der abhängigen bürgerlichen Presse, die heute wie früher jede Regung der Arbeiterschaft mit ihrem Gekläff begleitet. Es ist nicht anzunehmen, dass das jemals anders werden könnte. Aber diese Presse ist nicht der Spiegel der wirklichen Meinung der nicht proletarischen Kreise. In diesen Kreisen existiert eine wachsende Strömung, die anfängt, die Arbeiterbewegung und ihre Aeusserungen unbefangen zu beurteilen. Sie beginnt dort, wo der unmittelbare Einfluss des Kapitalismus aufhört, und hört dort auf, wo die alt-kleinbürgerliche Borniertheit anfängt. Ihre Träger sind zwar nicht ausschliesslich die Leute von der bürgerlichen Sozialreform, aber sie hat in diesen ihre rührigsten Elemente. Und unter ihrem Einfluss breitet sich eine Auffassung über die Arbeiterbewegung aus, die sich scharf unterscheidet von dem Standpunkt des Arbeitsherrtums, aber auch weit entfernt ist von der beschränkten Voreingenommenheit des Kleinbürgertums. Diese Auffassung sieht in den Gewerkschaften nicht nur berechnete, sondern notwendige Organisationen, die berufene Vertretung der Lohnarbeiterschaft, die selbstverständlichen Kompaziszenten des Arbeitsvertrages. Den Spuren

dieser Strömung begegnen wir auch im praktischen Kampfe. Bei dem grossen Kampfe im Baugewerbe musste es der Arbeitgeberbund zu seinem grossen Leidwesen erfahren, dass seine Vergewaltigungsanträge auch ausserhalb der Arbeiterschaft Entrüstung erregten. Tonangebende bürgerliche Zeitungen kritisierten die Massnahmen des Bundes, bekundeten ihre Sympathie mit den Arbeitern. Es soll nicht untersucht werden, was solche Sympathien wert sind, man überschätzt ihre Wirkung leicht. Aber dass sie überhaupt vorhanden sind, ist eine Tatsache, die für die Frage, ob mit der Entwicklung der Arbeitskämpfe eine Verschärfung verbunden sei, nicht ohne Bedeutung ist.

Abschliessend wäre zu sagen: Die Entwicklung der Arbeitskämpfe ist zwieschlächtiger Natur; auf der einen Seite ist ihr Inhalt Vergrösserung und Konzentration — hier wirkt die revolutionäre Logik der Klassegegensätze; auf der anderen sehen wir eine qualitative Humanisierung hinsichtlich der Kampfformen und eine Vermehrung und Ausgestaltung der Möglichkeiten zum kampflosen Austrag der Konflikte, verbunden mit zunehmender Anerkennung der arbeitsrechtlichen und sozialen Arbeiterforderungen durch nicht proletarische Kreise — hier ist die wachsende Macht der Arbeiterorganisationen der treibende Faktor. Auf der einen Seite sehen wir die zerstörende Wirkung der Klassenherrschaft, auf der anderen die aufbauende Tätigkeit des organisierten Proletariats.

(Die Redaktion gedenkt über die Entwicklung des Arbeiterkampfes bald einen weiteren Artikel zu veröffentlichen, der in seinen Schlüssen von denen des Genossen Winnig abweicht.)

Odon Por (Florenz): Revolutionäre Tendenzen in der italienischen Landarbeiterbewegung

Einige Wochen vor der letzten Ernte brach in der Provinz Ravenna, einem der bedeutendsten Agrardistrikte Italiens, ein wirtschaftlicher Kampf aus, der in der Geschichte der Arbeiterbewegung aller Länder einzig dasteht; die Landarbeiter leiteten hier tatsächlich den unmittelbaren Kampf um das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln ein. Dies Ereignis hat eine solche Ausdehnung gewonnen und stellt eine so bedeutsame Erweiterung des Tätigkeitsgebietes des organisierten Proletariats dar, dass es internationale Beachtung verdient.

Will man verstehen, was dem Kampf zugrunde lag, so ist dazu eine Skizze der ganzen italienischen Landarbeiter- und Bauernbewegung erforderlich. Die sozialistische Agitation drang vor einigen dreissig Jahren in Norditalien ein und gewann vornehmlich unter den Bauern und Landarbeitern, deren Lage unerträglich war, an Einfluss. Von den Klerikalen und den Grossgrundbesitzern beherrscht, lebten sie in moralischer, politischer und ökonomischer Knechtschaft. Ausserdem vernachlässigten die Gutsherren die landwirtschaftliche Technik in solchem Masse, dass der Ackerbau immer weniger Nutzen abwarf.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung Italiens zerfällt in vier Gruppen: die Grossgrundbesitzer, die ihr Land an Bauern verpachten und fast ausnahmslos in den Städten leben, die Kleingrundbesitzer, dann die Bauern, die mit ihrer Familie arbeiten und die Hälfte des Ertrages den Landeigentümern abliefern; endlich die Landarbeiter, die für die Saison zum Heuen, Ernten, Dreschen etc. aufgenommen werden.

Nachdem einige Jahre Aufklärungsarbeit die Landbevölkerung wachgerüttelt hatten, konnte man mannigfache wirtschaftliche Organisationen unter sozialistischer Leitung errichten: verschiedene Verbände für die Bauern wie für die Landarbeiter und viele Genossenschaften. Bald darauf folgten grosse Streiks, die, im ganzen erfolgreich, die Arbeitsbedingungen der Landarbeiter verbesserten und die Verträge zwischen den Grundbesitzern und den Bauern zugunsten dieser änderten.

Ueber alle bedeutenden Agrardistrikte dehnte sich ein Netz von Genossenschaften aus, die für die Bauern die Materialien und Gerätschaften einkauften, ihre Produkte günstiger verkauften und endlich für billigeren Kredit und gegenseitige Hilfeleistung sorgten.

Diese unter sozialistischem Einfluss stehende intensive wirtschaftliche Tätigkeit hatte eine Reihe wichtiger Wirkungen. Indem die Arbeitsmethoden durch Einführung moderner Maschinen und durch bessere Organisation der Landarbeit vervollkommen wurden, stieg auch Qualität und Quantität der erzeugten Produkte beträchtlich. Die Kultur der Bevölkerung nahm zu, an vielen Orten erlitten die alten politischen Parteien der Grossgrundbesitzer und der herrschenden Klassen Niederlagen, Städte und Dörfer kamen unter sozialistische Verwaltung und auch in das Parlament wurden sozialistische Deputierte gewählt. Man errichtete neue landwirtschaftliche Schulen, kurz, die sozialistische Bewegung, die überall sich kräftig regte und Neues schuf, war von entscheidendem Einfluss in allen politischen und ökonomischen Angelegenheiten.

Während sich so die sozialistische Tätigkeit ausbreitete, schlossen sich die erschreckten Grundbesitzer zu festen Organisationen zusammen, um ihre Position gegen den drohenden Feind zu festigen. Zu dem ersten, ungewöhnlich wuchtigen Zusammenstoss zwischen den Organisationen der Landeigentümer und der Bauern und Landarbeiter kam es 1908 in der Provinz Parma, wo ungefähr 50.000 Bauern und Arbeiter, Männer und Frauen, in heroischem Kampfe standen; sie fochten mit dem Militär, während die Ernte auf den Feldern verfaulte. Endlich liessen sich die Grundbesitzer, die den festen Widerstand der Streikenden nicht brechen konnten, zu beträchtlichen Konzessionen herbei, worauf der Streik ein Ende fand.

Ein ähnlicher, nicht so umfangreicher Kampf brach 1910 in der Provinz Mantua zwei Wochen vor der Ernte aus. Die Grundbesitzer versuchten aus anderen Gegenden Streikbrecher zu importieren, aber es gelang ihnen nicht, weil die sozialistische Agitation die Reihen der klerikal Gesinnten, unter denen früher die Streikbrecher angeworben wurden, ungeheuer gelichtet hat. Die Grundbesitzer verloren die Schlacht und bewilligten schnell die Forderungen der Streikenden.

Heute sind ungefähr 500.000 italienische Bauern und Landarbeiter in verschiedenen Lokal- und Provinzverbänden und in Kooperativgenossenschaften organisiert; sie bilden so die stärkste revolutionäre Organisation, die überhaupt in der Landwirtschaft der Welt zu finden ist. Doch sind noch nicht alle Verbände der Nationalen Föderation der Landarbeiter angeschlossen, die im November 1901 in Bologna gegründet wurde, um die Bewegung zu einer einheitlichen Macht zusammenzuschliessen. Der Föderation gehören heute 157.099 in Gewerkschaften und Genossenschaften organisierte Mitglieder an. Die überwältigende Majorität sind Landarbeiter, 15.000 sind Bauern.

Der ökonomische Kampf, der sich in der Provinz Ravenna im Herbst abspielte, ist die Folge einer fünfzehnjährigen ausdauernden Organisationsarbeit. Es entstanden hier neben den Verbänden der Landarbeiter und Bauern auch Kooperativgenossenschaften, die sich später zu einer Föderation vereinigten; sie hat gegenwärtig 15.000 Mitglieder, darunter 12.000 Landarbeiter, der Rest gehört verschiedenen anderen Berufen an. In kurzer Zeit erhielt sie grosse öffentliche und private Aufträge jeder Art; sie baute Häuser und Fabriken, Strassen und Bewässerungskanäle, pachtete weite Strecken Land und liess sie bebauen. Neuerdings hat sie auf private Bestellung die grösste Zuckerrfabrik Italiens gebaut und hat nun für die italienische Regierung grosse Bewässerungsarbeiten durchzuführen. Diese Föderation gilt als eine der best ausgestatteten und organisierten Unternehmungen Italiens und ihre technische Vollkommenheit ist offiziell von der Regierung anerkannt worden, die ihr Arbeiten für Tausende von Arbeitern und in den letzten zehn Jahren für 12 Millionen Kronen anvertraute.

Der Distrikt von Ravenna leidet unter chronischer Arbeitslosigkeit. Sobald die verschiedenen Organisationen genügend erstarkt waren, zwangen sie Regierung wie Gemeinden dazu, grosse Bewässerungsarbeiten durchzuführen, die Sümpfe, von denen aus sich die Malaria über die ganze Provinz verbreitete, trockenzulegen, die Flüsse zu regulieren und Strassen zu bauen. Viele Landarbeiter wurden bei diesen Arbeiten beschäftigt und erlangten bald dafür besondere Geschicklichkeit. So bewährten sie sich als Vorkämpfer in dem grossen Feldzug gegen die wüste Natur: die Zahl der Arbeitslosen sank, gesundes und fruchtbares Land wurde neu erobert und in gemeinsamer Arbeit bestellt.

Aber die Föderation der Genossenschaften gewann Einfluss über die Provinz Ravenna hinaus, indem sie die Regierung veranlasste, ebenso in anderen Provinzen Meliorationen durchzuführen. So lässt die Föderation jeden Winter zahlreiche Trupps von Landarbeitern in die öden Teile des Landes wandern, um sie freundlicher und fruchtbarer zu machen. Zu Beginn der Erntezeit kehren sie nach Hause zurück und warten auf die Erntearbeit. Diese Tätigkeit bewirkt eine bedeutende Bereicherung der Volkswirtschaft und wird von Freund und Feind als der wichtigste Faktor für die Wiedergeburt der italienischen Landwirtschaft betrachtet. Es ist nicht bloss gelungen, die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern beträchtlich zu verringern; für die wirtschaftlich rückständigen Teile des Landes, aus denen der grösste Teil der männlichen Bevölkerung nach Nord- und Südamerika ausgewanderte, während die Zurückbleibenden von der Malaria dahingerafft wurden, begann damit eine neue Aera ökonomischen Fortschritts. So wächst die Bedeutung der Föderation der Kooperativgenossenschaften ständig; die Zahl der von ihr beschäftigten Arbeiter nimmt zu und an immer neuen Werken erweist die organisierte Arbeit ihre Wunderkraft.

Die Genossenschaften der Landarbeiter haben sich auch in ausgedehntem Masse dem Ackerbau zugewandt; die glänzenden Ergebnisse lieferten einen neuen Beweis für die Produktivität kollektiver Tätigkeit. Auf dem trocken gelegten Sumpfland und den öden Gemeindeländereien wurde vor allem Reis angebaut, mit dem man eine bis dahin unerhört reiche Ernte erzielte. In ganz Italien sind ungefähr 30.000 Hektar von Landarbeitergenossenschaften bebaut.

Auf der anderen Seite setzte die Widerstandsbewegung, wie die Gewerkschaftsbewegung in Italien genannt wird, ihren Kampf um höhere Lebenshaltung fort. Hier sind zwei unabhängige Gruppen zu unterscheiden, der Landarbeiter- und der Bauernverband, die zu Distrikts- und Reichsverbänden zusammengeschlossen sind. Diese Organisation kämpft hauptsächlich um die Verbesserung der Verträge mit den Grundbesitzern, jene um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wenn es notwendig ist, unterstützen die beiden Verbände einander gegen die Grundherren; manchmal aber stehen sie, so wie es im Herbst der Fall war, miteinander in Konflikt, da die Bauern die Arbeiter direkt beschäftigen, diese also in ihrem Streben nach besseren Existenzbedingungen vor allem mit jenen zu tun haben.

Der Landarbeiter ist, seiner Lebensweise entsprechend, revolutionärer als der Bauer; denn er hängt nicht vom Grundbesitzer ab, gleicht sehr dem industriellen Proletarier und eignet sich die Formen der industriellen Organisation an, während der Bauer, durch seinen Vertrag an den Kapitalisten und durch die Arbeit, die er leisten muss, um den Kontrakt zu erfüllen, an den Boden gefesselt, der konservativere Teil ist. Obwohl zuweilen zwingende ökonomische Tendenzen sie entzweien, ist doch beider gemeinsames Ziel der Sozialismus, wobei von den Landarbeitern ebenso der revolutionäre Impuls wie der materielle Rückhalt ausgeht.

1906 verlangten die Landarbeiter, durch lange Arbeitslosigkeit gereizt und der Kraft ihrer Organisationen bewusst, von den Bauern, sie sollten die alte patriarchalische Gewohnheit, einander zur Erntezeit zu helfen, aufgeben und jede Art Arbeit für die Grundbesitzer zurückweisen, zu denen ihre Verträge sie nicht verpflichteten, die vielmehr zu den Aufgaben der Landarbeiter gehörten. Kurz, sie wollten die Bauern zwingen, sich auf ihre Funktionen als Farmer und auf den Umkreis ihrer Besitzungen zu beschränken und die ganze Ernte-, Transportarbeit etc. den Landarbeitern zu überlassen. Ueberdies forderten sie, dass die Bauernfamilien nicht mehr Land pachten sollten, als sie mit den Errungenschaften moderner Agrikultur bestellen könnten.

Nach drei Jahre währenden Diskussionen und Streitigkeiten gingen die Bauern auf die Forderungen der Landarbeiter ein, zwangen aber nun ihrerseits die Grundbesitzer, die Hälfte der Ernteausgaben zu tragen, wozu sie bis dahin überhaupt nichts beigesteuert hatten. Bei den Landarbeitern fanden sie kräftige Unterstützung. So gewannen die Bauern unter dem Druck der Arbeiterorganisation Mut und Kraft, um ihre Verträge günstiger zu gestalten. Das Resultat der Bewegung war beiden Parteien vorteilhaft: den Landarbeitern war reichlichere Arbeit gesichert und die Bauern, von aller

Extraarbeit befreit, hatten Zeit für bedeutend intensivere Bestellung des Bodens, so dass der Ertrag nicht bloss die gesteigerten Ausgaben, welche die neue Situation mit sich brachte, deckte, sondern sogar einen Ueberschuss abwarf.

Da nun die Erntearbeit völlig in die Hände der Arbeiter gelegt war, begannen diese ihre Tätigkeit so ökonomisch zu organisieren, als es die heutige Produktionsordnung erlaubt. Nachdem das Problem sorgfältig erwogen wurde, kündigten sie an, sie wollten zusammen mit den Maschinisten und Heizern Genossenschaften für Besitz und Bedienung von Ernte- und Dreschmaschinen gründen. Die Nationalföderation der Landarbeiter nahm diesen Antrag mit überwältigender Mehrheit an und forderte die angeschlossenen Organisationen auf, die Landarbeiter bei der Verwirklichung ihrer Absichten zu unterstützen.

Viele Bauern in den Distrikten von Ravenna und Forli, die Maschinen besaßen, wehrten sich gegen diesen Beschluss und behaupteten, dass nur sie das Recht auf solche Maschinen hätten. Und die Grundbesitzer, denen ebenfalls Maschinen gehörten, unterstützten die widerspenstigen Bauern. Aber die Landarbeiter bestanden auf ihren Forderungen; sie erklärten, da sie, die Maschinisten und die Heizer die Ernte- und Dreschmaschinen bedienten und die gesamte notwendige Arbeit in ihrer Umgebung verrichteten, hätten die Kooperativgenossenschaften auch das Recht, sie zu besitzen, während die Bauern, welche die Maschinen weder bedienten noch bei ihnen arbeiteten, dazu kein Recht hätten und wenn sie welches besäßen, Ausbeuter der Landarbeiter würden; das Prinzip proletarischer Kooperation bestreite aber das Recht, seinen Nebenmenschen auszubeuten und sichere allen Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu.

Während des letzten Winters wurde nun diese Frage in den Organisationen leidenschaftlich erörtert, mit dem Resultat, dass die sozialistischen Bauern das Recht der Landarbeiter, die Maschinen zu besitzen, anerkannten und einwilligten, ihre Maschinen an sie zu verkaufen und auf ihren Aeckern die „roten“ Maschinen die Ernte- und Drescharbeit verrichten zu lassen. Der Rest der Bauern weigerte sich, der Aufforderung der Föderation nachzukommen, zu derartigem Handeln besonders durch die republikanischen Grundbesitzer aufgestachelt, die ihre eigenen Maschinen benützen wollten und ferner die wirtschaftlichen Gegensätze unter den Organisationen für ihre eigenen politischen Zwecke auszunützen trachteten. Darauf verhängte die Föderation über die widerstrebenden Bauern den Boykott und verbot den einzelnen Organisationen, Arbeiter oder Maschinen auf die Güter der boykottierten Bauern zu bringen oder Arbeiter zur Bedienung der „gelben“ Maschinen zu liefern.

Mit Beginn der Erntezeit wurden 35 „rote“ Maschinen auf die Felder transportiert und als Symbole des Anbruchs einer ökonomischen Revolution von den sozialistischen Bauern mit grossem Enthusiasmus empfangen. Der Kampf ist noch nicht abgeschlossen und es wird vielleicht noch ein oder zwei Jahre dauern, bis alle Maschinen im Besitze der Landarbeiterkooperativen sind. Der Boykott hat den Bauern und Grundbesitzern enorme Verluste zugefügt. Einige Bauern schlossen eilig mit den Landarbeitern Frieden, da sie fürchteten, sonst gänzlich ruiniert zu werden; denn die „gelben“ Maschinen, die auf den Feldern aufgestellt waren, wurden von untauglichen Streikbrechern bedient, die langsam und schlecht arbeiteten und überhaupt nicht ausreichten, die Arbeit zu leisten.

Worin liegt die Bedeutung aller dieser Kämpfe? Sie zeigen endgültig, dass die Landbevölkerung, in streitbaren Organisationen zusammengeschlossen, einen solchen Grad von Reife und technischer Leistungsfähigkeit erreicht hat, dass die Grundbesitzer, die aus ihren alten Funktionen als technische und kaufmännische Leiter ihrer Güter faktisch schon in den meisten Fällen ausgeschaltet sind, zu jedem Zeitpunkt, den die organisierte Arbeiterschaft wählt, beseitigt werden können. Die Landeigentümer haben aufgehört, etwas anderes zu repräsentieren als das Bodenkapital. Und da aus der Ueberzeugung der Bauern und Arbeiter, ein Recht auf den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu haben, die Notwendigkeit einer revolutionären Lösung hervorgeht, so wenden die Organisationen ihre Aufmerksamkeit der unmittelbaren Expropriation der Grossgrundbesitzer durch Mittel wie Enteignung der Maschinen und kollektive Pacht der Güter zu.

Der Anstoss zu dieser Entwicklung kam von den revolutionären Landarbeitern, die sich so als wahre Triebkraft des ökonomischen und sozialen Fortschritts erwiesen. Diejenigen Bauern und die Arbeiter, die sich noch weigern, die Pflicht der Solidarität gegen die Kampforganisationen ihrer Klassengenossen zu erfüllen, werden in Bälde nur durch die unwiderstehliche Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung in die mächtig emporstrebende Bewegung hineingerissen werden.

Diese Organisationen mussten sich ständig mit technischen und moralischen Problemen beschäftigen und hatten selbständig politische und wirtschaftliche Fragen von grosser Wichtigkeit zu entscheiden; so erlangten sie, die das Leben selbst in die Schule genommen, ein solches Bewusstsein von der Höhe ihrer sozialen Aufgaben, dass sie in technischer wie moralischer Beziehung durchaus fähig wurden, ihre wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten selbst zu leiten. In den grossen streitbaren Produktivgenossenschaften und Gewerkschaftsverbänden entstand ein neues ökonomisches Phänomen, das sich überraschend schnell zu einer wirklichen Macht entwickelte. Die neuen Formen des Klassenkampfes, die sie erzeugen, haben die Tendenz, unmittelbar in den Produktionsprozess selbst einzugreifen und so stellen die Organisationen eine Waffe des revolutionären Proletariats dar, zu einer Zeit, in der die isolierten Funktionen des Privatkapitals durch gesellschaftliche Einrichtungen ersetzt werden.

Die arbeitenden Massen hörten auf, sich von blinden Instinkten oder stummem Gehorsam gegen die Herrschenden leiten zu lassen; entflammt durch das stets klarer werdende Bewusstsein ihrer wechselseitigen Interessen und ihrer moralischen Solidarität, sehen sie ihre Aufgabe darin, die hohe Idee des Sozialismus zu verwirklichen.

Sie theoretisieren nicht und warten nicht auf einen glücklichen Zufall; ihr Ziel nimmt ihre ganze Aufmerksamkeit und Tätigkeit in Anspruch. Und indem sie diesem Ziele zustreben, legen sie den Grund für die ökonomische und soziale Struktur der zukünftigen Gesellschaft; sie schaffen Institutionen, welche die verschiedenen Interessen in neue Bahnen lenken; indem sie eine neue Welt ahnen lassen, gemahnen sie die alte an ihre Vergänglichkeit und errichten die Basis, auf der sich einst das Gebäude der sozialistischen Gesellschaft erheben wird.

Robert Danneberg: Die Wiener Arbeiterbibliotheken

Die planmässige Bildungsarbeit, die seit mehr als zwei Jahren in Wien betrieben wird, ist heute bereits zu einem unentbehrlichen Bestandteil der Partei- und Gewerkschaftsarbeit geworden. Aber die grosse Reform, die der Wiener Unterrichtsausschuss durchgeführt hat, erstreckte sich nur auf das Vortrags- und Unterrichtswesen. Sie galt nicht den Arbeiterbibliotheken, deren es in Wien etwa 400 geben mag. Ihre Führung kostet alljährlich eine bedeutende Summe, wenigstens 1000 Parteigenossen sind mit ihnen beschäftigt. Aber dieser wichtige Zweig des Bildungswesens ist ohne Regelung und einheitliche Leitung geblieben, obwohl systematische Arbeit hier nicht minder nötig wäre als auf dem Gebiete des Vortragswesens. Es gilt, die vielen Zufälle zu beseitigen, die heute oft darüber entscheiden, ob den Mitgliedern eines Vereines eine Bibliothek zur Verfügung steht oder nicht, ob sie diese Bibliothek entsprechend benützen und was sie in ihr finden. In einigen Bezirken sind bereits Anfänge einer Besserung zu konstatieren, in anderen wird viel über Reformen diskutiert. Es ist darum wohl angezeigt, die wichtige und dringliche Frage zu besprechen.

Die Vorteile der Zentralbibliotheken.

Was sollte geschehen? Ich stelle mir eine grundlegende Reform* also vor: In jedem Wiener Bezirk wird eine Zentralbibliothek geschaffen. In räumlich weit ausge-

* Die folgenden Ausführungen bilden nicht einen Vorschlag des Wiener Unterrichtsausschusses, sondern geben nur die Ansichten des Verfassers wieder, der allerdings aus einer am 27. Februar über diesen Gegenstand im Unterrichtsausschuss abgeführten Debatte die Ueberzeugung gewonnen hat, dass die Zentralisation der Bibliotheken allen Genossen als eine notwendige Reform erscheint.

dehnten Bezirken, wie im XII., XIII., XVII., XIX. und XXI. Bezirk, müssten Filialbibliotheken eingerichtet werden. Alle diese Bibliotheken werden nach gleichen Grundsätzen katalogisiert, einheitlich verwaltet und beaufsichtigt. Gedruckte Kataloge, die zum Selbstkostenpreis abgegeben werden, sollen die Benützung der Büchereien erleichtern. Die Bibliotheken sollen an jedem Abend, an allen Sonntagvormittagen geöffnet sein. Auch für die Befriedigung besonderer Branchenbedürfnisse, wie zum Beispiel für die Bäcker, muss Sorge getragen werden. Jedes Mitglied jeder Organisation, die berechtigt ist, die in ihrem Bezirk gelegene Zentralbibliothek benützen zu lassen, soll das Recht haben, in jedem beliebigen Bezirk Bücher zu entleihen. Das böte vielen Genossen grosse Vorteile. Der Spenglergehilfe, der im XX. Bezirk wohnt, aber seiner Fachortsgruppe im VI. Bezirk angehört, kann heute nur dort ein Buch nach Hause nehmen. Wenn er künftig auch in seinem Wohnbezirk Bücher entleihen kann, wird ihm das sehr willkommen sein. Das trifft viele Hunderte Gewerkschaftsmitglieder. Alle Buchdrucker und Lithographen zum Beispiel können heute nur in ihrer Zentrale, die im VII. Bezirk ist, alle Wiener Hutmacher nur im VIII. Bezirk, alle Handelsangestellten nur im I. Bezirk, alle Wiener Zeitsungsaussträger nur im XVI. Bezirk die Bibliothek benützen. Viele mag der weite Weg abschrecken, manchem wenigstens die Lust zur oftmaligen Benützung nehmen. Das System, Bücher für die Mitglieder eines Betriebes durch den Vertrauensmann holen zu lassen, mildert den Uebelstand, es genügt aber nicht zu seiner Behebung!

Die Zentralbibliothek soll nicht bloss eine Stelle sein, an der mechanisch Bücher ausgeliehen werden. Der Bibliothekar soll auch ein Ratgeber der Leser sein. Wie selten trifft dies heute zu! Kein Wunder. Man weiss, wie schwer es oft ist, einen Ortsgruppenausschuss zustande zu bringen. Die Funktionen, die für die Organisation — hier kommt auch die freie Organisation in Betracht — und die Agitation in Frage kommen, nehmen in der Regel die besten Genossen in Anspruch. Wenn es zur Besetzung der Bibliothekarstelle kommt, zwingt man häufig einem jüngeren, schreibgewandten Genossen das Mandat auf, ohne danach zu fragen, ob er die nötige Schulung besitzt. Und darauf kommt es an. Der Bibliothekar soll ja nicht nur darüber unterrichtet sein, wo die Bücher im Kasten zu finden sind, sondern was in ihnen zu finden ist. Er muss dem Mitglied, das sich zögernd seinem Tisch nähert, Passendes nach Hause geben. Er kann zum Lesen erziehen, aber auch vom Lesen abschrecken. Was tüchtige Bibliothekare — es gibt deren in Wien eine ganze Anzahl — zu leisten vermögen, zeigt die fleissige Arbeit der Genossen, die in den Zentralbibliotheken sitzen, noch besser vielleicht das Ergebnis einzelner besonders gut geleiteter Gruppenbibliotheken. Während in den meisten Ortsgruppen des Malerverbandes auf einen Leser jährlich drei bis fünf Entleihungen entfallen, kommen in der Ottakringer Ortsgruppe, die sicher nicht mit einem an sich besseren Material zu rechnen hat, jährlich 15 Entleihungen auf einen Leser. Während in den Wiener Metallarbeiterortsgruppen sechs bis sieben jährlicher Entleihungen per Leser die Regel bilden, steigt die Zahl in der Gruppe XVI/6 (Bronzearbeiter) auf 21! Nun ist es natürlich nicht leicht, so viele tüchtige Bibliothekare zu bekommen, als 500 Gewerkschaftsortsgruppen brauchen. Aber die Zahl, die für die Zentralbibliotheken zunächst erforderlich wäre, ist weit eher zu finden. Eigene Kurse für Bibliothekare könnten stets neue Kräfte heranziehen, die unter der Leitung der Erfahrenen arbeiten würden. Merktafeln und Anleitungen, wie zum Beispiel eine der Gumpendorfer Bildungsverein* im vergangenen Herbst herausgegeben hat, müssen die Führung durch die Bibliothek erleichtern. In geeigneter Form müssten die Leser auf Neuanschaffungen aufmerksam gemacht werden. Alle Mittel der modernen Bibliothekstechnik müssen auch bei uns zur Anwendung gelangen.

Heute finden viele nicht den Weg zu den geistigen Schätzen, die in den Büchereien der Vereine liegen. Mangelhafte Katalogisierung lässt oft nicht erkennen, was vorhanden ist. Und obwohl die Bibliotheken der Wiener Arbeiterorganisationen insgesamt einen grossen Umfang besitzen und sehr viele Geldmittel verschlungen haben, entwickeln sich nur die wenigsten in genügendem Masse. Ich kenne sehr viele Vereinsbibliotheken, in denen

* „Literarischer Ratgeber“, verfasst von Rudolf Neuhaus. Verlag des Bildungsvereines, Wien VI.

von der sozialistischen Literatur des letzten Jahrzehnts auch nicht eine Spur vorhanden ist. Wie traurig es auch sonst mitunter aussieht, erhellt zum Beispiel daraus, dass bei der Zentralisierung der Bibliotheken eines Arbeiterbezirkes kein brauchbares Exemplar von Schillers Werken zutage kam! Umfangreichere Bücher, insbesondere Nachschlagewerke, fehlen fast vollständig. Begreiflicherweise! Kleine Bibliotheken können sie nicht anschaffen, sie können nicht einmal die wichtigsten Neuerscheinungen auf sozialistischem Gebiet besorgen. Die paar bekannten Bücher, zum Beispiel Kautskys „Erfurter Programm“, Marx' „Oekonomische Lehren“, Bebels „Frau“, sind überall zu finden. In der zentralisierten Bibliothek würde oft der dritte Teil der Exemplare genügen, um eine weit höhere Entlehnungsziffer zu erzielen als heute die vielen Exemplare der kleinen Gruppenbibliotheken. Für das Geld, das da gespart würde, könnte man andere Bücher kaufen, die heute überall fehlen.

In der Wiener Arbeiterschule sitzen 150 eifrige Genossen, die Vortragszyklen der Unterrichtsorganisationen und die Universitätskurse haben bereits ein paar tausend interessierter Hörer gesammelt, deren Zahl übrigens heuer erheblich gestiegen ist. Aber sehr viele, die den Worten des Vortragenden aufmerksam gelauscht haben und nun nach seinen Anleitungen lesen wollen, finden nicht, was er ihnen empfohlen hat. Wie oft haben nicht Vertrauensmänner darüber geklagt, dass Bücher und Schriften, die in der „Bildungsarbeit“ für die Ausarbeitung von Referaten angegeben wurden, in den Bibliotheken nicht zu finden seien, obwohl wir sie für allgemein verbreitet hielten! Ein einzelner Verein kann da schwer Abhilfe schaffen, weil ihm die Mittel fehlen. In einer Zentralbibliothek geht's leichter. Die für einen Vortragszyklus notwendige Literatur kann unschwer besorgt werden. Durch schriftliche Mitteilungen an die Zuhörer kann die Bibliotheksverwaltung auf die Literatur besonders aufmerksam machen, die ihnen der Vortragende genannt hat. Die Meidlinger Genossen haben das mit viel Erfolg getan.

Um den beteiligten Organisationen eine ständige Kontrolle zu ermöglichen und alle zum Lesen anzueifern, soll jede Zentralbibliothek allmonatlich einen Bericht an die angeschlossenen Vereine versenden, aus dem ersichtlich ist, wieviel Mitglieder jeder Organisation die Bibliothek im vergangenen Monat benützt und wie stark sie sie benützt haben. Alljährlich soll jede Organisation einen genauen Bericht bekommen. Die Arbeit ist nicht gar so gross und trägt gute Früchte. Dass die Meidlinger Genossen die Leserzahl, die im Jahre 1909 noch 398 betrug, im Jahre 1910 auf 554 gesteigert haben und dass sich die Zahl der Entlehnungen von 5839 auf 12.159 vermehrte, also mehr als verdoppelt hat, ist vor allem auf diese geschickte Methode der Propaganda zurückzuführen.

Die Zentralbibliothek eröffnet auch Möglichkeiten zu geistiger Beeinflussung, die sonst nicht leicht geübt werden kann. Dass das steigende Interesse an der Lektüre auch zum Bücherankauf reizt und vor allem den Absatz unserer Propagandaliteratur heben könnte, ist klar. Wo wäre das dringender nötig als in Wien, wo es — von drei Bezirken abgesehen — an jeder Regelung der Kolportage mangelt! Als vor anderthalb Jahren in der „Volkstribüne“ eine Artikelserie über das Parteiprogramm erschien, sagten viele Vertrauensmänner: „Das wäre eine Broschüre, wie wir sie brauchen könnten!“ Die vielfach gewünschte Broschüre erschien. Trotzdem ihr der Boden durch die „Volkstribüne“ vorbereitet war und die Parteibuchhandlung ausnahmsweise sogar die Intervention der Bezirksorganisationen für den Vertrieb in Anspruch nahm, wurden in ganz Wien etwa — 1700 Exemplare abgesetzt! In derselben Zeit betrug der Absatz in der Provinz das Zehnfache. Andere wichtige Broschüren erzielten in Wien bei weitem nicht einmal diesen Erfolg. Der Wiener Arbeiter — man muss das einmal sagen — muss erst lesen lernen! Auch hierzu ist die Zentralbibliothek mit ihren geschulten Bibliothekaren, mit ihren reichbesetzten Stellagen, ihrem gedruckten Katalog und den vielen Besuchern ein geeignetes Mittel.

Die Zentralbibliothek kann aber auch der Ausgangspunkt dafür werden, dass die Parteigenossen die Parteiblätter und wichtigen Zeitschriften kennen lernen. Sie soll mit einem Lesezimmer verbunden sein, das auch mit bescheidenen Mitteln eingerichtet werden kann. Zum mindesten die inländische Gewerkschaftspresse und ein paar wichtige reichsdeutsche Partei- und Gewerkschaftsblätter können so den Genossen zugänglich

gemacht werden. Das Lesezimmer ermöglicht ihnen die Lektüre der Zeitschriften, die ihnen heute fast gänzlich verschlossen ist. Wohl haben viele Vereine zum Beispiel den „Kampf“ oder die „Bildungsarbeit“ abonniert, aber sie legen oft sorgfältig Nummer um Nummer im Kasten zusammen und öffnen nicht einmal die Schleife. Erst am Jahreschluss, wenn der Band fertig ist, wird er verliehen. In anderen Vereinen gehen die Zeitschriften bestenfalls durch die Hände der Funktionäre. Nur das Lesezimmer kann sie allgemein zugänglich machen. Schon haben zwei Bezirke (Meidling und Floridsdorf) damit begonnen. Ansätze finden sich noch in einigen anderen Bezirken.

Schliesslich können die Zentralbibliotheken die Anlegung von Jugendbibliotheken ermöglichen, für die sonst schwer die Mittel aufzutreiben sind, obwohl sie eine sehr notwendige Einrichtung sind. Für die Kinder und für die Arbeiterjugend geeignete Lektüre zu beschaffen, wird für uns um so dringender, je mehr sich unsere Gegner bemühen, ihnen Bücher und Schriften in die Hand zu drücken. Unsere eifrigen Jugendlichen haben sich dort, wo sie keine Zentralbibliothek benützen können, selbst Bibliotheken beschafft, die in elf Gruppen 2274 Bände zählen. Fast die Hälfte ihrer Mitglieder benützt die Bibliotheken — ein so hoher Prozentsatz wird sonst kaum annähernd erreicht — und auf einen Leser entfallen fast 13 Entlehnungen. In einer Ortsgruppe, die vor einiger Zeit eine genaue Statistik veröffentlichte, waren Schiller und Lassalle die meistgelesenen Autoren. Aus dem detaillierten Bericht der Meidlinger Zentralbibliothek für 1910 geht hervor, dass — von den Freidenkern, also einer speziell interessierten Gruppe von Genossen, abgesehen — die Entlehnungen der Jugendlichen einen so hohen Prozentsatz sozialistischer Literatur aufweisen wie die keiner anderen Organisation. Solcher Geist verdient gepflegt zu werden. Es gibt ein paar gut geleitete Ortsgruppen der Jugendlichen, die mehr Geld im Jahre für ihre Bibliothek ausgeben als manche grosse Gewerkschafts-Ortsgruppe. Aber das ist nur ein Zufall. Soll es auf die Dauer den Lehrlingen selbst überlassen bleiben, sich um ihre Heller Bücher zu kaufen?

Und erst die Kinderbibliotheken! Das grosse Beispiel der Grazer Genossen hat in der Ottakringer Kinderbibliothek ein Seitenstück gefunden, das zur Genüge die Dringlichkeit dieser Arbeit illustriert. 600 Arbeiterkinder sind im ersten Jahre mit geistiger Kost versorgt worden, 13.996 Bücher haben sie gelesen*. Das Kapital von 2000 K, das die Ottakringer da investiert haben, wird gute Zinsen tragen. Bescheiden — mit 50 Bänden — haben auch die Meidlinger Genossen bereits angefangen. Die Jugendschriftenabteilung ihrer Zentralbibliothek hat in den neun Monaten ihres Bestandes 1062 Entlehnungen zu verzeichnen. Einen vielversprechenden Versuch hat auch Ober St. Veit gemacht. Auch hier handelt es sich um eine nur gemeinsam durchzuführende Aufgabe aller Organisationen. Wenn die Gewerkschaften sich rechtzeitig um die geistige Beeinflussung der Kinder ihrer Mitglieder und der Lehrlinge kümmern, werden sie später viel Geld und Mühe in der Agitation ersparen.

Falsche Einwände.

Jedesmal, wenn in einem Bezirk die Arbeit in Angriff genommen wird, verzögert sich die Vollendung durch mannigfaltige Ausreden. Zumeist berufen sich die Ortsgruppen auf die ablehnende Haltung der Zentralen. Darum sollten die Gewerkschaftszentralen die Frage prinzipiell entscheiden und auch Klarheit bezüglich der Beitragsleistung schaffen, wenn ein Bezirk eine solche in Anspruch nehmen muss. Aber noch andere Einwände tauchen mitunter auf. Sie sind zum Teil schon in den vorigen Ausführungen widerlegt worden. Nur auf einige sei noch hingewiesen.

„Die Bibliothek muss im Vereinslokal stehen, sonst leidet der Besuch der Vereinsabende und auch die Bibliothek wird schwächer benützt.“ So hört man's immer wieder. Es mag sein, dass mancher nur deshalb ins Vereinslokal kommt, weil er sich ein Buch holen will. Aber der wird darum auch gleich wieder fortgehen, wenn sein Wunsch erfüllt ist. Findet die Bücherausgabe im Zimmer statt, in dem ein Vortrag gehalten wird, so stört er also nur die Zuhörer, er vermehrt aber nicht ihre Zahl. Es ist ja

* Näheres siehe in den Artikeln des Genossen Volkert in der Februarnummer 1911 des „Kampf“ und in der Nummer 4 (Februar 1911) der „Bildungsarbeit“.

leider richtig, dass der Besuch der Vereinsabende, seit die Einkassierung der Beiträge zumeist in die Betriebe verlegt wurde, verhältnismässig abgenommen hat. Eine Statistik darüber, die der Wiener Unterrichtsausschuss vorbereitet, wird zeigen, dass die Zahl der Zuhörer nicht selten kaum 5 Prozent der Mitgliederzahl beträgt. Aber die Bibliothek kann nicht als Anziehungsmittel für den Vereinsabend dienen. Umgekehrt! Wer Vorträge anhört, wird auch gerne lesen. Wer zu gleichgültig ist, sich für eine Stunde im Monat ins Vereinslokal zu setzen, wird noch weniger ein Buch nach Hause tragen. Wer lesen will, geht aber auch in die Zentralbibliothek und wird sich wegen der vielen Vorteile, die sie ihm bietet, dort lieber ein Buch entleihen als aus dem armseligen Kasten im Vereinslokal. Es kostet ihn allerdings einen zweiten Weg, der sich aber mit dem Weg ins Vereinslokal verbinden lässt oder, da er an jedem beliebigen Tage gemacht werden kann, den Besuch des Vereinsabends nicht erschwert. Uebrigens gebrauchen häufig gerade die Vereine die Ausrede, die jährlich kaum hundert Bücher verleihen, also eine ganz bedeutungslose Bibliothek haben.

„Wenn wir keine Kontrolle haben, lesen die Mitglieder noch weniger.“ Abgesehen davon, dass jeder Verein allmonatlich einen Ausweis bekommt und überdies jederzeit selbst Einblick nehmen kann, zeigt die Erfahrung des In- und Auslandes, dass die Zentralisation der Bibliotheken stets zu einer Steigerung der Leserschaft und zu einer überaus intensiven Benützung der Bibliothek durch die Leser führt. Ein paar Beispiele! Bei gleichbleibender Leserschaft (rund 1000) stieg die Zahl der Entlehnungen (deutscher Bücher) in der Favoritener Zentralbibliothek von 13.364 im Jahre 1908/09 auf 20.010 im Jahre 1910/11. Es kamen im ersten Jahre 13, im zweiten 20 Bände auf einen Leser. In Meidling stieg im Jahre 1910 gegen 1909 die Leserschaft von 398 auf 554, die Zahl der Entlehnungen, die auf einen Leser entfallen, von 14 auf 22. In der Buchdruckerbibliothek entfielen 16 Bände auf einen Leser im letzten Jahre. Es ist richtig, dass die Zahl der lesenden Mitglieder überall noch keine grosse ist. Aber sie ist in den Vereinsbibliotheken oft viel geringer, überdies gibt es nur wenige Gruppenbibliotheken, die so viel Entlehnungen per Leser aufzuweisen vermögen, wie sie jede Zentralbibliothek binnen kurzem erreicht. Wie weit man es durch emsige Arbeit bringen kann, zeigt das Beispiel von Leipzig, wo die Arbeiterbibliotheken im letzten Jahrzehnt unter der Leitung des Genossen Gustav Hennig zentralisiert und durchgreifend reformiert worden sind. Im Stadt- und Landbezirk Leipzig wurden im Jahre 1906 insgesamt 20.000 Bände entlehnt, während im Jahre 1907 bereits die Zahl von 70.835 Entlehnungen erreicht wurde. Im Jahre 1910 waren es schon 163.933! Speziell in der Bibliothek von Lindenau betrug die Zahl der Entlehnungen im Jahre 1901 2522, 1906 18.126 und 1910 36.798! Bereits 40 Prozent der Benützungsberechtigten frequentieren heute schon die Bibliothek. Favoriten und Meidling zählen zusammen etwa dreimal so viel organisierte Arbeiter wie Lindenau, erreichen aber zusammen weder in der Leserschaft noch in der Zahl der Entlehnungen die Ziffern von Lindenau. Ein Vergleich mit anderen Wiener Bezirken, die noch keine Zentralbibliothek besitzen, würde noch schlechter ausfallen.

Die Zentralisation bringt aber nicht bloss eine intensivere Benützung der Bibliothek, sondern auch eine Steigerung der Qualität der entliehenen Bücher. Noch sind in Favoriten unter 20.010 entliehenen Büchern erst 316 sozialistische, in Meidling von 12.159 nur 212. Aber die Verhältnisse bessern sich. Während zum Beispiel im Jahre 1908 Bebel's „Frau“ in Favoriten, Meidling und im Gumpendorfer Bildungsverein zusammen bloss 23mal entliehen wurde und damit an der Spitze aller sozialistischen Bücher stand, wurde es im Jahre 1910 in Meidling allein 29mal, in Favoriten 14mal entliehen. Bachs „Wiener Revolution“ wurde im Jahre 1908 in den genannten drei Bibliotheken insgesamt 33mal entliehen, während es im Jahre 1910 in Favoriten allein 21 und in Meidling 51 Entlehnungen erzielte. Sieben Leser haben im Jahre 1910 in Meidling Marx' „Kapital“ zu studieren versucht, im Jahre 1908 stand das Werk noch gänzlich unverwendet im Bücherschrank. Auch die Qualität der entliehenen Unterhaltungslektüre wird besser. Ibsen erzielte im Jahre 1908 28, im Jahre 1910 56 Entlehnungen, Goethe und Grillparzer brachten es im Jahre 1910 auf 99 und 54 Entlehnungen.

In Meidling erzielte :	1908	1910
	Entlehnungen	
Jules Verne	365	653
Gerstäcker	179	271
Zola	105	462
Anzengruber	85	224
Ebner-Eschenbach	0	283
Göttfried Keller	0	87
Multatuli	0	34
Tschechow	0	43
Tolstoi	?	108
Gorki	?	229

Bruno Willes „Abendburg“, nur in einem Exemplar vorhanden, wurde im Jahre 1910 31mal gelesen. Diese Ziffern zeigen ein Emporsteigen der Leser, das diesen und den klugen Bibliothekaren alle Ehre macht.

*

Wer mithelfen will, das Denken des Arbeiters in intensivster Masse zu beeinflussen, soweit dies durch Bücher geschehen kann, muss alle Hindernisse aus dem Wege räumen, die der Einrichtung guter Zentralbibliotheken im Wege stehen. Wenn wir uns bei der Lösung dieser wichtigen Frage von kleinlichen Erwägungen und vom Eigentumsfanatismus leiten lassen, der kein Buch aus dem Auge verlieren will, so berauben wir uns selbst eines ausgezeichneten Mittels zur Vertiefung und Festigung der ganzen Arbeiterbewegung.

Darum sollten die berufenen Faktoren, vor allem die Gewerkschaftszentralen, die hier das entscheidende Wort zu sprechen haben, nicht zögern, die Bewegung zu fördern, die auf eine Zentralisierung der Bibliotheken abzielt. Heute stehen ihr die meisten passiv, manche sogar ablehnend gegenüber. Einige haben erfreulicherweise der Zentralisierung schon prinzipiell zugestimmt. Der Gedanke der Zentralisation, der in der gesamten Gewerkschaftsbewegung zum Durchbruch gelangt ist, setzt sich auch auf dem Gebiet des Bibliothekswesens langsam durch.

Wir kommen in Wien ohnedies ziemlich spät dazu. Viele kleine Provinzorte, eine Reihe von Zentren der Bewegung sind uns schon vorangegangen. In Teplitz und Reichenberg, in Jägerndorf und Freiwaldau, in Sternberg, St. Pölten, Linz, Villach, Bozen, Knittelfeld und zahlreichen anderen Industrieorten ist die Zentralisation der Bibliotheken bereits erfolgt. Es ist Zeit, dass auch die Ottakringer oder Rudolfsheimer Arbeiter der Vorteile teilhaftig werden, die kleine Orte den Genossen zu bieten vermochten. Jeder organisierte Arbeiter in Freiwaldau und Meran hat ein gedrucktes Bücherverzeichnis. Wir dürfen uns gar nichts darauf einbilden, wenn wir jetzt anfangen, darnach zu streben, dass es auch in Wien bald so werde. Gründliche Bibliotheksarbeit ist in Wien um so nötiger, als bei uns das ausgedehnte Vortrags- und Unterrichtswesen dieser Ergänzung dringend bedarf und auch die Gemeinde untätig bleibt, die in anderen Städten, zum Beispiel in Eger und Reichenberg, der gesamten Bevölkerung gute Bibliotheken unentgeltlich eröffnet hat. Dass es in Wien grosse und vortrefflich geleitete Büchereien gibt, die dem Arbeiter gegen ein geringes Entgelt zur Verfügung stehen, enthebt uns nicht der Pflicht, selbst für gute Bibliotheken zu sorgen, sowenig wie uns die von bürgerlicher Seite geleitete, auch den Arbeitern zugängliche Bildungsarbeit der Aufgabe enthebt, selbst Bildungsarbeit zu leisten. Die Bibliotheken müssen in unserer Hand Mittel für den Klassenkampf werden. Sie sind Arsenale, die Erkenntnis und Begeisterung, Trotz und Kraft vermitteln sollen.

Die Gegner rüsten. Sie bauen nicht nur Dreadnoughts gegen den äusseren Feind. Sie spannen ein grosses Netz, sie suchen die heranwachsende Arbeitergeneration schon von Kindheit an geistig zu beeinflussen, um uns so unsere Quellgebiete zu verschütten, uns die Jugend abspenstig zu machen, den „inneren Feind“ auszurotten. Schule und Kaserne sind seit je gute Werkzeuge in ihren Händen gewesen. Heute haben sie vielfache Verstärkung erfahren. Angefangen von den Kinderasylen und Knabenhorden über die Lehrlingskongregationen, Jungmannschaften und staatlich aufgepäpelten Jugendheime hinweg bis zu den christlichen und nationalen Arbeitervereinen, den gelben Gewerk-

schaften und den Veteranenvereinen, die nun zu antisozialistischen Werkzeugen werden sollen: es ist überall dieselbe Arbeit in anderer Form. Den gewaltigen Geld- und Machtmitteln des Klassenstaates und der bürgerlichen Parteien muss die Arbeiterbewegung ihre gesammelte Kraft entgegensetzen und intensivste geistige Beeinflussung jedes einzelnen Proletariers und Proletarierkinds üben. Gutgeleitete Zentralbibliotheken können das Kind, den Lehrling, den Arbeiter und seine Frau beeinflussen. Das Bedürfnis ist da. Die Kinder, die sich zu unseren Jugendbibliotheken drängen, werden uns nicht mehr entrissen werden. Wir werden aber die nur schwer ins Lager ihrer Klasse zurückbringen können, die in der Jugendzeit nur die geistige Nahrung genossen haben, welche ihnen vom Feinde dargereicht wurde.

Dass wir, die Partei der Armen, mehr für Bildungszwecke leisten als andere, beweist noch nicht, dass wir genug tun. Die Wiener Arbeiterschaft gibt für Bildungszwecke jährlich doppelt so viel Geld aus wie alle nationalen Schutzvereine für die ganzen Sudetenländer zusammen. Unser Bildungswesen, soweit es Vortrags- und Unterrichtswesen ist, hat alles übertroffen, was die Arbeiterbewegung irgend einer Stadt in der weiten Internationale auf dem Gebiet leistet. Dabei mussten wir viel Neues schaffen, neue Kräfte und Geldmittel in Anspruch nehmen. Sorgen wir dafür, dass wir auf dem Gebiet des Bibliothekswesens den anderen mindestens ebenbürtig werden. Bei einigem guten Willen, ohne sonderlichen Kraftaufwand, nur durch eine Konzentration der schon heute angewandten Mittel und ihre zweckmässigere Ausnützung können Wiens Arbeiterbibliotheken eine gewaltige Licht- und Kraftquelle werden. 25 Zentralbibliotheken mit 100.000 Büchern, 30.000 Lesern und 400.000 Entlehnungen im Jahr: der Erfolg ist in kurzem zu erringen, wenn wir nur wollen. Freund und Feind werden die Wirkungen bald verspüren.

Der Anfang ist gemacht worden. Der Augenblick ist günstig, die Arbeit fortzusetzen. Wenn die Reichsratswahlen vorüber sind, kann sie in Angriff genommen werden. Die Jahre 1913 und 1914 werden in Wien wieder Wahljahre sein, wohl auch Jahre grosser gewerkschaftlicher Kämpfe. Wenn alle zur Mitarbeit Berufenen wollen, so wird die Wiener Arbeiterschaft in Jahresfrist einige neue Zentralbibliotheken besitzen, aus neuen Rüstkammern Waffen zum verschärften Kampfe holen.

Josef Luitpold Stern: Der Dichter als Kampf- gefährte

Das Proletariat hat sich selbst dazu auserkoren, eine neue Gesellschaft voll des echten und erdstarken Lebens aufzurichten. Alle Stunden, die bis dahin verrinnen, müssen benützt werden. Ueberall, wo Kraftquellen springen, gilt es haltzumachen, sich zu bücken und zu schöpfen, um mit hellerer Wegfreudigkeit weiter zu marschieren — der Sehnsucht nach. Den Ehrgeiz, dem grossen und hohen Ziel selber als ein Grosser und Erhöhter gegenüberzustehen, kann keiner von uns überspannen. Der Drang nach Vollendung, den in früheren Zeitläuften nur wenige und Auserwählte in sich empfanden, muss derart einer ganzen Klasse, muss jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin nicht nur als Einzelwille, sondern vollkommen als Pflicht ins Herz gebrannt sein.

Dies allein vermag zurückzuwirken auf unsere ganze Lebensführung. Die Lebensführung! Die proletarische Lebensführung? Kann man sein Leben führen mitten in schwerster Arbeit und steter Sorge, in Mühsal und Vergrämtheit, in dumpfen Wohnzellen und in Qualm und Gelärm? Kann man? Aber es gilt, dass wir unser Leben herausführen aus der Mühsal und Schwere, aus der Dumpfheit und dem Gelärme, den neuen Heimstätten entgegen, die wir im Geiste schauen. Und darauf kommt es an: was wir im Geiste schauen und wie scharf wir es schauen. Darin drückt sich die innere Ergriffenheit, das vollkommene Leben in einer Idee aus. Wir sollten uns öfter daran erinnern, dass Idee verdeutscht die Ausschau heisst. Eine Idee in sich tragen, heisst Ausschau halten.

Aber das Schauen im Geiste verlangt mehr als zwei Augen. Die spiegeln nur die äusseren Vorgänge. Wer die Seele der Dinge erspähen will, wer das innere Sehen erlernen will, muss Umgang pflegen mit denen, die darin Meister sind, mit den Dichtern. Zu Macht und Einfluss hat sich die Arbeiterschaft heraufgekämpft, Werke voll ungeahnter Krafftülle hat sie vollbracht — aber wen zuckt es nicht weh im Herzen, wenn er der vielfachen Dinge gedenkt, die es verraten, dass noch Hunderttausenden Genossen das Schauen im Geiste fehlt. Wie unterhalten wir uns, worüber lachen wir, was beklatschen unsere Hände? Wie ziehen wir uns an? Wie sprechen wir mit Weib und mit Kind? Wer bildet in sich selbst von Tag zu Tag den Menschen, der würdig wäre unserer grossen Idee? Wer ist wahrhafter Demokrat auf der Strasse und in der Stube? Schlimm noch fällt die Antwort aus.

Wir denken wohl den Sozialismus, aber wir erleben ihn in uns noch zu schwach. Weil die Kraft zu erleben in uns nicht gepflegt wird. Den Sozialismus in sich lebendig zu machen, das ist die Aufgabe des einzelnen. Nur der Dichter vermag Gedanken lebendig zu machen. In allen grossen Geistern, denen die Menschheit Schwung und Vorwärtsdrang verdankt, lebte etwas Dichterisches. Auch die Wortführer der modernen Arbeiterbewegung, die Marx und Lassalle, die Jaurés und Vandervelde — wer spürt aus ihren Sätzen nicht den Gluthauch der Dichtung! Dies gilt es, bewusst zu verwenden. Zu fremd noch stehen Proletariat und Dichtung einander gegenüber. Es ist Zeit zu erkennen, dass in der Dichtung eine Kraftquelle springt, es ist Zeit, im Dichter den vornehmsten Kampfgefährten zu begrüssen.

*

Dieser hohen Forderung kommt ein Werk zuhilfe, das eben erschienen ist und die Wege bahnt, auf denen das Proletariat und die Dichter einander begegnen können. Franz Diederich, von dem hier schon ausführlich die Rede war*, hat in zwei kunstvoll gebauten Bänden alles zusammengetragen und gestaltet, was grosse Dichter dem Arbeiter und der Arbeiterin zu sagen haben**. Mit Recht* spricht Franz Diederich in seinem Vorwort von einem geschichtlichen Amt der Dichtung. Die Dichter allein sorgen, „dass die Kämpfertugenden all der Unzähligen trotz Tod und Niederlagen nicht untergehen im Nichts des stummen Todes. . . Das teilt den Dichtern, deren Schaffen Lebenswerte der Zeit aufspeicherte, die hohe Macht zu, dass sie als Kraftbewahrer der Geschichte durch kommende Zeiten hin zugleich Schatzmehrer der besten Eigenschaften des Menschencharakters sein können“.

So liegen zwei starke Bände vor uns. Was bedeuten sie für uns? Wenn wir den ersten Band öffnen, beginnt es zunächst wie heiliges Orgeltönen. Dichter sind Seher; ihre Träume sind Prophezeiungen, ihre tiefsten Wünsche werden zu Enthüllungen der Zukunft. Walt Whitmann hat in einem Gedicht einen geheimnisvollen Trompeter besungen, einen fremden Musikanten, der ungesehen in die Nacht schmettert und alles Grosse und Hohe in seinem Posaunen birgt.

Jetzt, Trompeter, zum Schluss
 stimm an ein höheres Lied als alle bisher,
 meiner Seele sing, belebe ihr schwindend Vertrauen und Hoffen,
 stärke den schwachen Glauben, gib mir ein Bild der Zukunft,
 zeig mir die Zukunft und Freude.
 O frohes, erhebendes Lied des Schlusses!
 Mehr als irdische Kraft ist in deinem Klang,
 Siegesmärsche — Freiheit — der Mensch ist endlich Sieger;
 Hymnen einem Gott von allen Menschen — Freude!
 Neugeboren die Menschheit — eine vollkommene Welt, Freude!
 Männer und Frauen in Weisheit, Unschuld und Gesundheit — Freude!
 Lärmende, lachende Freudenfeier!
 Krieg, Sorgen, Leiden dahin — vom Uebel die Erde gereinigt — nur Freude blieb übrig!
 Der Ozean voll Freude — die Luft voll Freude!
 Freude! Freude in Freiheit, Anbetung! Liebe! Freude in des Lebens höchster Erregung.
 Genug zum Sein! Genug zum Atmen!
 Freude! Freude! Ueberall Freude!

* „Kampf“, Februarnummer 1911.

** „Von unten auf.“ Ein neues Buch der Freiheit. Gesammelt und gestaltet von Franz Diederich. Verlag Buchhandlung Vorwärts. Berlin 1911. Zwei Bände. Preis K 7.20.

Jeder Dichter ist ein geheimnisvoller Trompeter, der Freude in die Nacht trompetet. Wollen wir selbst nicht auch Freude aus Nacht haben? Trompeter, blase unseren Willen ins Dunkel der Zeit! Wir gehören zusammen. Zusammen gehören Kämpfer und Trompeter, zusammen gehören Arbeiter und Dichter.

Andere Stimmen werden laut, Strophen vor, während und vom Ausgang der grossen französischen Revolution von 1789, Zeugnisse vor allem, wie mächtig der Anteil unserer grossen Dichter Klopstock, Herder, Goethe, Bürger und Schiller an den neuen weltgeschichtlichen Ideen und Bewegungen war. Ehern erdröhnt das Goethewort: Gesetz ist mächtig, mächtiger ist die Not. Und einer hellenden Flamme gleicht der Schillerspruch vom Griff des Gedrückten nach den ew'gen unveräusserlichen Rechten.

Dann wieder wird Dichtern das Wort gegeben, die den Julistürmen um 1830 entgegenwachsen. Eichendorff singt sein wundersames Lied vom Gefangenen, Chamisso schafft die Gestalt des alten Sängers, der das unaufhaltsame Nahen der Zeit ankündigt. Heine, Lenau, Beranger, Shelley, Uhland, Byron, Herwegh, Heibel treten in unseren Kreis und Platen formt die trotzigen Verse:

Mag zu Staub uns auch zerschmettern
jener Sklaven Legion,
unter morscher Särge Brettern
keimt die neue Blume schon!
Wenn das letzte Schwert zerbrochen,
lasst zu Grab uns freudig geh'n;
aber einst aus unsern Knochen
wird ein Rächer aufersteh'n.

Und die Blume kam ins Keimen. Mitten aus der Verelendung des Frühkapitalismus hob sie sich. Die Strophen Hoods und Southey's, Meissners und Becks, die Weberlieder verrieten die Wende. Dunkel grollender Trotz zuckt auf, aber auch dreiste Satire über den Zopf, der hinten hängt, über Adel und Bourgeoisie, bis jäher Kampf aufgellt, bis Freiligraths „Ça ira“ in die Welt braust und das Jahr 1848 tausend Herzen mit Blut und Grösse weicht und die Revolution schreitet durch die Welt: Ich war, ich bin — ich werde sein!

Zwölf Bilder sind diesem wuchtigen Bande beigegeben, darunter Max Klingers „Titanenkampf“ und François Millet's „Mann mit der Hacke“, zwei Blätter von Honoré Daumier und zwei von Käthe Kollwitz, ein Holzschnitt nach Rethel und eine Federzeichnung von Fidus.

Nun zum zweiten Band: er will uns die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts als lebendige Gegenwart künstlerisch erleben lassen. Meuniers entschlossener Steinbrecher steht voran, den Hammer zum Schlage gepackt. Stehen wir nicht selber so? Entschlossen, zum Schlage bereit? Und Gesänge heben an vom Qualenreich der proletarischen Arbeit, Aufschreie des Schaffens in Nacht und Not um Licht und Glück. Da packen uns die Dichtungen Verheerens und der Ada Negri, Verlaines und Henckells und schon gelingt einem schlichten Bergarbeiter Kämpchen ein Gedicht wie „Das Grubenpferd“, das tief im Schacht Kohlenwagen ziehen muss, fern von Licht und Luft, gezeisselt und gequält, bis es jäh die Stränge zerreisst, fortstürmt und mit zerschelltem Kopf in einem Wassertümpel gefunden wird.

Ein Pferd nur, bah, ein Grubenpferd, und darum
so viele Worte? hör ich sprechen.
Ja, nur ein Pferd — Ihr habt mich nicht verstanden.

Balladen wie Heines „Sklavenschiff“, wie Fontanes „Tapfere Balinesenfrauen“ singen das düstere Lied von Gold und Blut. Dann schreiten wir mit den Dichtern durch die Strassen der Grossstädte, mit Schur und Wildgans, mit Paquet und Preczang. Massentritte schwellen an: Björnsons „Arbeitermarsch“ klingt uns ins Ohr. Und mit Dichteraugen schauen wir hinein in die Sorgen und Freuden der Arbeitenden, sinnen mit den Feiernden und hasten mit denen im Arbeitsjoch, leiden und hassen mit den Verstossenen und Getretenen, hören die Rufe der Mütter und stehen an den Betten der Siechen, am 1. Mai aber schreiten wir ins Freie mit allen, selber vergrämt und bleich.

Doch kommt wohl einst ein erster Mai,
da tritt alles Volk in eine Reih',
mit einem Schlage
hat's alle Tage
ein paar Stunden zur Freude frei.

Den Beschluss des Bandes bildet eine Gruppe von Dichtungen, denen Diederich den Titel „Heilige Arbeit“ gab. Hier finden wir die Anfangsszenen des fünften Aktes von Goethes „Faust“, zweiter Teil. Hier schwingen Strophen von Hebbel, Meyer, Evers, Lissauer, bis das ganze Werk in Dehmels „Erntelied“ weihevoll ausklingt.

Es fegt der Sturm die Felder rein,
es wird kein Mensch mehr Hunger schrei'n.
Mahle, Mühle, mahle!

Auch diesem Bande geben Bilder das Geleite, ein Maiblatt von Walter Crane, Zeichnungen von Fidus und Kuithan, von Thoma und Steinlen, Bilder von Goya, Menzel und Doré, von Meunier und Sortini, die alle von den grossen Empfindungen und Leidenschaften unserer Tage erfüllt sind und daran gemahnen, wie tief, wie herzhafte tief auch die Maler und Bildhauer das Drängen der Zeit fühlen.

* * *

Es hat sich nicht einfach darum gehandelt, auf ein sehr gutes und sehr schönes Werk aufmerksam zu machen. Es handelt sich um Tieferes. „Von unten auf“ — so hat Diederich dieses Pantheon sozialer Dichtung benannt und er möchte, dass wir daraus ein grosses Weltbild kulturellen Lebens gewinnen. Aber alle Mühe, alle Schönheit, alle Tiefe bliebe verborgen wie Edelerz, wenn sie nicht gehoben würden von unten auf. Ihr selber, Schleifer und Hobler und Mörtler, Büglerin und Näherin und Stickerin, ihr selber müsst euch diese Schätze heben. Verlangt das Buch in den Bibliotheken, genießt es in festlichen Stunden der Musse, lest einander vor, verschönt damit eure Feste, borgt einander die Bücher, lehrt die Verse euren Kindern, schreibt daraus Zeilen über eure Türen, lebt im Sinne und mit dem Ernste der grossen Dichter, versucht selber, diese schweren und doch wunderbaren Tage so zu schauen und zu deuten, wie sie es tun und ihr werdet grösser werden in eurem Gebaren, fester in eurem Trotze, kühner in eurem Wollen, edler in eurem Sprechen, entschlossener in eurem Handeln. Und ihr werdet erkennen, Arbeiter und Arbeiterin, dass ihr einen adeligen Gefährten habt in eurem heroischen Kampf, einen Gefährten, der euch viel Kraft und Freude schenkt, wenn ihr auf ihn horcht — den Dichter.

Rundschau

Dreadnoughts-Wahlen

Dieses Heft war bereits in Druck, als der Reichsrat vertagt wurde. Ehe es in die Hände der Leser kommt, wird er wohl aufgelöst sein. Die Völker Oesterreichs stehen an der Schwelle eines grossen Wahlkampfes.

Im Jänner 1908 hat Graf Aehrenthal mitgeteilt, dass Oesterreich-Ungarn von der Türkei die Zustimmung zum Bau der Sandschakbahn erlangt habe. Damit begann nach langer Unterbrechung die „aktive Politik“ Oesterreichs auf der Balkanhalbinsel. Die erste Wirkung dieser Mitteilung war die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland, zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien, zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien.

Im Oktober 1908 wurden Bosnien und die

Herzegovina annektiert. Die Wirkung dieser Massregel war eine allgemeine europäische Krise, die uns im Februar 1909 hart an den Abgrund der Kriegsgefahr brachte.

Die Herrschenden setzten nun alles daran, Oesterreich-Ungarn, das ihre Politik der halben Welt verfeindet hatte, zu rüsten. Während der Annexionskrise wurden ausgegeben: 180 Millionen Kronen für Rüstungen des gemeinsamen Landheeres, 54 Millionen Kronen für die Kriegsmarine, ausserdem 22·2 Millionen Kronen für die österreichische Landwehr. Sofort nach der Beendigung der Annexionskrise begann der Bau neuer Kriegsschiffe, für die die Delegation 312·4 Millionen (darunter 242·4 Millionen für vier Dreadnoughts) bewilligt hat. Ausserdem wurde das „ordentliche“ Heereserfordernis um

27.7 Millionen erhöht und für Neuanschaffungen für das Heer ein „ausserordentlicher“ Kredit von 24 Millionen bewilligt. Schliesslich wurde angekündigt, dass die Reform des Wehrgesetzes mit einer Erhöhung der jährlichen Ausgaben für das Heer um 100 Millionen Kronen verknüpft und überdies für grosse Neuanschaffungen eine einmalige Ausgabe von weiteren 100 Millionen Kronen beansprucht werden würde. Dies die militärischen und finanziellen Begleiterscheinungen der neuen „aktiven“ Politik auf der Balkanhalbinsel.

Die Kosten dieser Rüstungen wurden vorläufig durch Anleihen gedeckt. Seit der Annexion Bosniens wurde die Begebung der folgenden Staatsschulden vom Parlament bewilligt:

Im Februar 1909	220 Mill. Kr.	Schatzscheine
„ Jänner 1910	139 „ „	Rente
„ April 1910	220 „ „	„
„ Jänner 1911	109 „ „	„

Zusammen 688 Mill. Kr. neue Schulden

Im letzten Budgetprovisorium forderte die Regierung die Bewilligung einer weiteren Anleihe im Betrage von 76 Millionen Kronen. Da sie die Bewilligung zur Begebung von Renten nicht bekommen hat, wird sie diese Anleihe wohl als Kontokorrentdarlehen bei den Grossbanken aufnehmen. Damit steigt die Summe der seit der Annexion aufgenommenen Schulden auf 764 Millionen Kronen.

Baron Bienenrath hat nun von den Herrschenden den Auftrag bekommen, Steuererhöhungen durchzusetzen, um die Kosten für die Verzinsung dieser Schulden zu decken und die Mittel für die Erhöhung des „ordentlichen“ Heereserfordernisses für die Zukunft beizustellen.

Zunächst sollen die Preise der Tabakfabrikate vom 1. Juli an erhöht werden. Dies kann durch eine Verordnung geschehen; die Zustimmung des Reichsrates braucht die Regierung dazu nicht. Doch musste die Regierung fürchten, dass das Abgeordnetenhaus bei der Beratung des Budgets den von den Sozialdemokraten bereits angekündigten Antrag annehmen werde, den Betrag von 10 Millionen Kronen, der als Erträgnis der Preiserhöhung für das zweite Halbjahr 1911 in das Budget eingestellt wurde, zu streichen.

Zweitens sollte die Branntweinsteuer um 60 Heller für den Liter Alkohol erhöht werden.

Drittens sollte ein Zündhölzchenmonopol geschaffen, der Preis der Schachtel Zündhölzer auf das Doppelte erhöht, der Gewinn zwischen dem Staat und der Länderbank geteilt werden.

Viertens sollten auch direkte Steuern (die Personaleinkommensteuer und die Erbschaftsgebühr) erhöht und eine neue direkte Steuer, die Tantiemensteuer, eingeführt werden.

Aber die Erhöhung der direkten Steuern stiess im Herrenhause und in den kapitalistischen Parteien des Abgeordnetenhauses auf starken Widerstand. Sie wäre nicht ohne gewichtige Zugeständnisse an die Kapitalisten und die Grundherren durchzusetzen gewesen. Das industrielle Kapital forderte die Ermässigung der Erwerbsteuer für die Aktiengesellschaften. Die Grossgrundbesitzer forderten die Ermässigung der Erbsteuer für die Liegenschaften und der Referent des Finanzausschusses, Dr. Löwenstein, hat die Erfüllung dieser Forderung in seine Vorschläge aufgenommen. Die Grossgrundbesitzer sollen statt 1 bis 1½ Prozent nur noch ½ Prozent des Wertes als Erbschaftsgebühr für ihren Grundbesitz bezahlen! Die Besitzenden waren also nicht gewillt, die neuen Lasten auf sich zu nehmen!

Andererseits wagten es die bürgerlichen Parteien nicht, dem Volke neue indirekte Steuern aufzuerlegen, ohne gleichzeitig volkstümliche Forderungen zu erfüllen. Die Sozialversicherung, die Dienstpragmatik für die Staatsbeamten, das Lokalbahngesetz standen auf der Tagesordnung! Ueberdies forderten die Landtagscliquen, dass ein Teil des Erträgnisses der neuen Steuern den Ländern zugewiesen werde! Was konnte da für den Militarismus übrig bleiben?

Baron Bienenrath war also nicht fähig, dem Auftrag des Generalstabs zu entsprechen. Das Abgeordnetenhaus lebt nun schon bald vier Jahre. Spätestens in zwei Jahren muss jeder Abgeordnete vor die Wähler treten. Kann man den bürgerlichen Abgeordneten zumuten, im letzten Abschnitt ihres parlamentarischen Daseins neue drückende Steuern zu beschliessen, ohne gleichzeitig volkstümliche Reformen zu schaffen, die das Erträgnis dieser Steuern verschlingen? Mit einem neuen Hause wird es wohl leichter sein! Dann hat ja jeder Abgeordnete volle sechs Jahre vor sich — eine lange Zeit, während derer die Wähler wohl vergessen werden, was an ihrem Beginn geschehen ist. Ein neues Haus wird die neuen indirekten Steuern bewilligen, ohne das Geld, das für Kanonen und Kriegsschiffe bestimmt ist, für die Sozialversicherung oder für Lokalbahnen zu vergeuden. Das ist Bienenraths Rechnung. Er hat den Konflikt mit den Tschechen heraufbeschworen, um das widerspenstige Haus aufzulösen und sich ein neues wählen zu lassen, das, wie er meint, die Dreadnoughts-Steuern leichter bewilligen wird. Damit ist unsere Wahl-

parole gegeben. Wir werden Gericht halten über die Parteien, die die gemeingefährliche „aktive Politik“ des Grafen Aehrenthal unterstützt, die Dreadnoughts bewilligt haben und sich nun rüsten, im neuen Haus die Steuern zu bewilligen, aus deren Ertrag die Kosten der Rüstungen bezahlt werden sollen. Gegen Imperialismus und Militarismus! — das ist unsere Parole für die Dreadnoughts-Wahlen! O. B.

Wirkungen der Parteischule

Zu den wichtigsten und schwierigsten Aufgaben der Partei gehört die Bildungsarbeit. Wichtig ist sie, weil die Partei um so fester überzeugte Anhänger nötig hat, je heftiger die Angriffe unserer Gegner werden und weil der Arbeiter Wesen und Ziele des Sozialismus um so besser verstehen muss, je eifriger sich die Verfälscher der Arbeiterbewegung an ihn herandrängen. Schwierig ist die Bildungsarbeit, weil wir infolge des elenden Zustandes der Volksschule nur geringe Vorkenntnisse voraussetzen können und weil dem Arbeiter vor allem die Zeit fehlt, die zu systematischem Lernen erforderlich ist. So muss — kein Einsichtiger kann es leugnen — unsere Bildungsarbeit stets Stückwerk sein. Das Reich der Wissenschaft wird von der Arbeiterklasse erst erobert werden, wenn sie die Herrin der Produktionsmittel sein und die Arbeitsweise der sozialistischen Gesellschaft den arbeitenden Menschen die Zeit zur Fortbildung geben wird.

Die Erkenntnis, dass wie in vielen anderen Dingen auch in der Bildungsfrage erst der Sozialismus eine befriedigende Lösung ermöglichen wird, enthebt uns natürlich nicht der Verpflichtung, heute schon zu leisten, soviel nur getan werden kann. Dabei sind zwei Probleme zu bewältigen: Wir müssen zunächst die Zehntausende, die zu uns kommen, die Grundgedanken des Sozialismus lehren. Dazu dienen die Einzelvorträge in den Organisationen. Wir müssen aber auch einem schon interessierteren Kreise eingehendere Kenntnisse vermitteln. Das ist die Aufgabe der Vortragszyklen und längeren Kurse, wie sie die Wiener Arbeiterschule seit Jahren bietet.

Aber alle diese Einrichtungen leiden an einem nicht zu beseitigenden Mangel: sie bieten Abendunterricht nach schwerer Tagesarbeit. Darum war es ein ausserordentlicher Fortschritt, dass es im Vorjahr möglich wurde, 38 Genossen während eines ganzen Monats von ihrer Partei- oder Berufsarbeit zu befreien und ihnen systematischen Unterricht in den wichtigsten Kapiteln der Nationalökonomie, der Sozialpolitik und Ge-

werkschaftskunde, des Arbeiterrechtes und der Staatslehre zu geben. Ueber das Ergebnis dieses Versuches haben sich alle Teilnehmer rückhaltlos geäußert. Sie waren voll des Lobes und namentlich diejenigen, welche in der Partei- oder Gewerkschaftsbewegung einen weiteren Wirkungskreis haben, wussten zu berichten, wie sie nun manches anders zu beobachten und zu beurteilen vermochten und grössere Sicherheit in ihrer Arbeit empfanden. Hätte die Bodenbacher Parteischule weiter nichts bewirkt, als dass sich in ihr 38 agitatorisch tätige Genossen neue Waffen zum Kampfe geholt haben, so hätte sich schon deshalb der Aufwand von Zeit, Mühe und Geld reichlich gelohnt.

Aber die Wirkungen der Schule waren noch tiefere. Mancher ist dank den Kenntnissen und Anregungen, die er empfing, selbst zum Lehrer seiner Genossen geworden. Das Vortragswesen hat dank der Parteischule eine ausgiebige Erweiterung erfahren, neue Zentren der Vortragsvermittlung sind geschaffen worden. Wieviel auf diesem Gebiet geleistet wurde, lässt sich nicht leicht übersehen. Aber auch an eingehendere Bildungsarbeit konnten sich einzelne Parteischüler schon heranwagen. Was vor Jahresfrist noch niemand zu hoffen wagte, ist im Laufe dieses Winters Tatsache geworden. Wir haben nun in Deutsch-Oesterreich eine Reihe von Arbeiterschulen. In Wien, Linz, Brünn und Graz hat die Einrichtung bereits bestanden. Heuer sind neue dazu gekommen. In Komotau hat Genosse Kaufmann eine Schule eingerichtet, in der er während sechs Monate an jedem Mittwoch einstündig Nationalökonomie, in einer zweiten Stunde Gewerkschaftskunde unterrichtet und die Agenden der Funktionäre u. s. w. erörtert. Im zweiten Jahrgang soll Staatslehre, Sozialpolitik und Arbeiterrecht vorgetragen werden. Der ganze Unterrichtsstoff wird an jedem Mittwoch zweimal durchgenommen: nachmittags für die Arbeiter der Nachtschicht im Eisenwerk und in den Bergwerken sowie für die Bäcker, abends für die bei Tage Beschäftigten. 53 Teilnehmer sind in beiden Abteilungen regelmässig anwesend. Vor einer stets steigenden Zahl von Zuhörern erörtert Genosse Kaufmann allmonatlich in Brüx, Eger, Graslitz, Neudek und Rothau Kapitel aus der Volkswirtschaftslehre. In Saaz haben die Genossen Pühringer und Schlimp 18 Abende umfassende Kurse eingerichtet, in denen Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik gelehrt werden. Ausgewählte 30 Genossen besuchen regelmässig den Unterricht, obwohl sechs einen mehr als einstündigen Weg zum Unterrichtslokal zurückzulegen haben. In

Westböhmen hat Genosse Steidl drei Kurse, bestehend aus zehn dreistündigen Lektionen, für Jugendliche eingerichtet, die von ihm und zwei anderen Genossen geleitet wurden. Gegenstand der Erörterung waren das Parteiprogramm, die praktische Organisationsarbeit und das Arbeiterrecht. Die Kurse fanden in Karlsbad, Neudek und Chodau statt. Die Teilnehmer kamen oft stundenweit zum Kurs. Die Genossen Macoun und Neurath sind in Reichenberg für den Bildungsausschuss tätig und haben bereits wiederholt in nordböhmischen Orten Zyklen über das Parteiprogramm, beziehungsweise über Gewerkschaftskunde abgehalten. Die Parteischüler aus Aussig, die Genossen Hiebsch, John, Pohl und Wissiak haben im Verein mit anderen Genossen eine Vermittlungsstelle für Vorträge und Vortragszyklen (Parteiprogramm, der Weg zur Macht, Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens, Frauenfrage, Nationalitätenfrage u. s. w.) eingerichtet. Genosse Schneidmadl hat in Sankt Pölten einen dreissigstündigen Kurs über Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie begonnen. Genosse Tuppy hat in Westschlesien Vortragszyklen über das Parteiprogramm gehalten. Genosse Hohnheiser hat in Wigstadtl und in Bautsch Zyklen über das Parteiprogramm und Gewerkschaftskunde absolviert. Einer Anregung der Parteischule entsprang wohl auch der Plan zu einem zwanzigstündigem Kursus über

Sozialismus, den in Bodenbach Genosse Reitzner abgehalten hat und bei dem ein von ihm verfasster gedruckter Leitfaden in Verwendung kam. Schliesslich sei noch erwähnt, dass Genosse Weber aus Krumau, der kürzlich unter den Zinspächtern des Böhmerwaldes dank systematischer Aufklärungsarbeit den gewaltigen Wahlerfolg errang, zu den eifrigsten Teilnehmern der Parteischule gehörte.

Die Parteischule ist kein Nürnberger Trichter. Aber man kann in einem Monat, der einem sorgenfreien Studium gewidmet ist, viel lernen, wenn man fleissig und guten Willens ist. Die Parteischule kann keine Agitatoren produzieren. Das Wissen kann nicht die agitatorischen Fähigkeiten erzeugen oder ersetzen, aber es soll sie ergänzen. Das kann die Parteischule leisten. Und das hat sie — wenigstens bei einem grossen Teile der Parteischüler — getan.

Es ist gar kein Zweifel, dass die intensive Bildungsarbeit, die seit 1907 verrichtet worden ist und insbesondere auch die Parteischule ihre Wirkung geübt haben. Im bevorstehenden Wahlkampf werden die Gegner in vielen Wahlkreisen auf geschultere Arbeiterwähler stossen, unsere Agitatoren werden mit schärferen Waffen in den Kampf ziehen. Und nach geschlagener Schlacht soll allerorten die Arbeit wieder fortgesetzt werden, die die Streiter für das Ringen der Zukunft erzieht.

R. D.

Bücherschau

Parteiliteratur.

Im Jahre 1893 hat Karl Kautsky sein Büchlein „Der Parlamentarismus, die Volksgesetzgebung und die Sozialdemokratie“ veröffentlicht. Von dieser Schrift hat nun der Stuttgarter Parteiverlag eine neue Ausgabe unter dem Titel „Parlamentarismus und Demokratie“ herausgegeben. Die neue Ausgabe wird gewiss auch unseren Genossen im Deutschen Reich willkommen sein; für uns in Oesterreich aber ist sie geradezu die Erfüllung eines dringenden Bedürfnisses. Denn die Enttäuschung, die das erste Parlament des gleichen Wahlrechts uns gebracht hat, hat viele österreichische Arbeiter am Parlamentarismus überhaupt irre werden lassen. Darum empfehlen wir unseren Organisationen, Kautskys eindringlicher, für jeden Arbeiter verständlichen Darstellung eine möglichst weite Verbreitung in der österreichischen Arbeiterschaft zu schaffen.

Kautskys Büchlein polemisiert gegen den Vorschlag, den Parlamentarismus zu ersetzen durch die direkte Gesetzgebung durch das Volk. Darum ist es Kautskys wichtigste Aufgabe zu zeigen, dass der Parlamentarismus unentbehrlich ist. Damit sind die Schranken bestimmt, die

Kautsky sich in dieser Arbeit gesetzt hat. Er musste die Utopie bekämpfen, die an die Stelle des Parlamentarismus die direkte Volksgesetzgebung setzt; aber darüber ist der Nachweis, dass die direkte Volksgesetzgebung eine wertvolle Ergänzung des Parlamentarismus sein kann, ein wenig zu kurz gekommen. Uns scheint das sehr bedauerlich zu sein. Denn in dem einzigen Land, in dem die Frage der direkten Volksgesetzgebung eben jetzt erörtert wird, in England, hat die Arbeiterpartei zu dieser Frage eine, wie wir glauben, den Interessen des Sozialismus nicht entsprechende Stellung gewählt; Kautsky hätte der Sache des Sozialismus in England vielleicht einen grossen Dienst erwiesen, wenn er die fadenscheinigen Argumente Ramsay Macdonalds zerrissen und den Nachweis geführt hätte, dass gerade in England alles, was die Starrheit des parlamentarischen Parteiensystems bedroht, also wohl auch das Referendum, die Loslösung der Arbeiterklasse von den bürgerlichen Parteien fördern würde.

Im Deutschen Reich und in Oesterreich ist die Frage des Referendums nicht aktuell. Hier empfinden wir viel mehr eine andere Lücke in Kautskys Arbeit. Kautsky weist nämlich zwar

die Unentbehrlichkeit des Parlamentarismus überzeugend nach, aber er hat darauf verzichtet zu zeigen, wie sich die Funktion des Parlamentarismus im Laufe der jüngsten kapitalistischen Entwicklung verändert. Im Zeitalter des Imperialismus trägt der Parlamentarismus ganz andere Charakterzüge als im Zeitalter des Liberalismus. Ein Nachweis dieser inneren Umgestaltung wäre eine wertvolle Ergänzung zu Kautskys Arbeit.

Kautsky schickt der Neuausgabe seiner Schrift eine Vorrede voraus, die zu den Problemen der Partei- und der Gewerkschaftsorganisation, zu den Verfassungsproblemen der Arbeiterorganisationen selbst in einer, wie wir glauben, überaus glücklichen Weise Stellung nimmt. Seit einigen Monaten wird im Deutschen Reich eine lebhaft diskutierte Diskussion über das Verhältnis der „Masse“ zu den „Führern“ in den Arbeiterorganisationen geführt. Diese Diskussion ist durch mannigfache Irrtümer irreflektiert worden. Zunächst hat man nicht selten den Gegensatz zwischen lokalen Sonderinteressen und dem allgemeinen Brancheninteresse fälschlich als einen Gegensatz zwischen Demokratie und Bürokratie hingestellt. Uns dünkt dieser Irrtum sehr bedenklich und wir waren sehr erstaunt, die Verfechtung lokaler Selbstbestimmung gegenüber dem Gesamtwillen der grossen nationalen oder internationalen Gesamtorganisation gerade als „marxistisch“ hingestellt zu sehen. Denn der Marxismus ist — das zeigt seine ganze Geschichte — von Geburt aus zentralistisch. Die Interessen der Gesamtbewegung gegen alle lokalen, nationalen und beruflichen Sonderinteressen zu vertreten, macht schon das „Kommunistische Manifest“ zu unserer Aufgabe. Und gerade der Marxist darf nicht verkennen, dass die Verschärfung der Klassengegensätze, die Ausweitung der gewerkschaftlichen Kämpfe, die Tendenz zu immer gewaltigeren Massenkämpfen ganz unvermeidlich dazu führt, die lokale und die berufliche Autonomie in den Gewerkschaften einzuzengen. Kautsky hat nun die irreflektierte Diskussion erst auf den rechten Boden geführt, indem er das Problem nicht darin sieht, die Autonomie des einzelnen Ortes oder des einzelnen Berufes gegen die Leitung der Gesamtorganisation zu stärken, vielmehr darin, die Leitung der Gesamtorganisation möglichst wirksam unter die Kontrolle der gesamten Mitgliedschaft zu stellen. Und wir teilen ganz seine Ansicht, dass dies nur durch den Ausbau parlamentarischer Institutionen innerhalb unserer Organisation geschehen kann.

Auch für uns in Oesterreich haben diese Organisationsfragen eine grosse Bedeutung, und zwar, wie ich glaube, für die Partei noch mehr als für die Gewerkschaften. Die Demokratisierung unseres Parteilebens wird immer mehr ein Bedürfnis unserer Bewegung. Wir dürfen die Entscheidung über wichtige Parteifragen nicht einer kleinen Zahl noch so bewährter Parteigenossen überlassen; jedes einzelne Parteimitglied muss bei wichtigen Entscheidungen mitberaten und mitbeschliessen. Darum ist es notwendig, dass sich unsere Genossen für die Probleme der Parteiverfassung mehr als bisher interessieren. Die Lektüre von Kautskys Schrift wird ihnen dazu zweifellos viele wertvolle Anregungen geben.

O. B.

Marx-Literatur

Karl Vorländer, der durch seine schon in dritter Auflage erschienene „Geschichte der Philosophie“* in breiteren Kreisen bekannt geworden ist, hat seinen älteren Studien über das Verhältnis des wissenschaftlichen Sozialismus zur kritischen Philosophie eine neue angeheftet. Sie stellt das Thema „Kant und Marx“** historisch dar; Vorländer verspricht, in einer späteren Arbeit seine eigene Stellung zu dem Problem ausführlich zu begründen.

„Kant ein Philosoph des Sozialismus?“ so lautet die Ueberschrift des ersten Kapitels. Die Antwort ist natürlich negativ: Finden sich auch in Kants Schriften viele Gedanken, die später zum Besitz des Sozialismus geworden sind, so war doch Kant kein Sozialist und konnte es nicht sein. Leider führt Vorländer den Nachweis nur mit Zitaten aus Kants Werken. Eine tieferdringende Untersuchung, die Kant mitten in die Gedankenwelt seiner Zeit hineinstellen müsste, gibt Vorländer nicht. Und doch wäre eine solche Untersuchung sehr nötig zur Belehrung derer, die das Problem „Kant und Marx“ schon mit der Feststellung erledigt zu haben glauben, dass Kant ein Philosoph der Bourgeoisie gewesen sei. Denn eine solche historische Untersuchung würde erst zeigen, in welchem Sinne er es war. Sie würde es uns erst ermöglichen, den Schatz Kantscher Gedanken in zwei ihrem Werte nach sehr verschiedene Gruppen einzuteilen, von denen die eine die konkret-stofflichen Vorstellungen Kants über Sittlichkeit, Sitte und Recht umfasst, in denen er in der Tat nichts als ein Kind seiner Zeit, seines Landes, seiner Klasse ist und uns daher wenig mehr zu sagen hat, während die andere Gruppe aus den formal-analytischen Bestandteilen seines Gedankenschatzes gebildet wird, die zwar gleichfalls nur unter konkreten historischen Umständen entstehen konnten — nämlich erst dann, wenn mit dem Aufstieg des Bürgertums die moderne Naturwissenschaft eine bestimmte Entwicklungsstufe erreicht und die Zersetzung der alten gesellschaftlich-sittlichen Bindungen neue ethisch-politische Probleme aufgeworfen hatte — aber, einmal entstanden, weiter gelten und weiter wirken, die Bedingungen ihrer Geburt überleben können. Vorländer hätte das Misstrauen, das immer noch der grösste Teil der Marxschen Schule dem Kritizismus entgegenbringt, leichter überwunden, wenn er diese beiden Gruppen noch schroffer, als er es tut, voneinander geschieden und die Art und den Grad ihrer Abhängigkeit von den sozialen und kulturellen Bedingungen, unter denen die kritische Philosophie herangewachsen ist, in einer allgemeinen entwicklungsgeschichtlichen Untersuchung aufgedeckt hätte.

Vorländer geht nun von Kant zu Marx und Engels über und schildert ihre philosophische Entwicklung. Leider bricht diese Darstellung dort ab, wo sie am interessantesten würde: bei dem „Kapital“. Ich habe in einer Abhandlung in der „Neuen Zeit“, die Vorländer exzerpiert und sehr wohlwollend beurteilt, darauf hingewiesen,

* Vorländer, „Geschichte der Philosophie“. 2 Bände 3. Auflage. Leipzig 1911. Dürr.

** Vorländer, „Kant und Marx“. Ein Beitrag zur Philosophie des Sozialismus. Tübingen 1911. J. C. B. Mohr.

dass im „Kapital“ eine Unzahl methodologisch interessanter Bemerkungen zu finden ist, aus denen deutlich hervorgeht, wie der reife, der schaffende Marx über das Wesen und die Bestandteile der Wissenschaft (Kant würde sagen: der Erfahrung) geurteilt hat. Leider hat Vorländer das Verhältnis dieser im „Kapital“ zerstreuten methodologischen Bemerkungen zu den Grundgedanken der kritischen Philosophie nicht dargestellt. Leider! Denn hier ist für das Problem „Marx und Kant“ am meisten zu holen!

Vorländer bespricht dann die „idealistischen Nebenströmungen im Sozialismus“. Neben Lassalle, Lawrow, Jaurès wird hier auch Dietzgen behandelt. Vorländer zeigt zutreffend, wie viel der Arbeiter-Philosoph mit der kritischen Philosophie gemein hat; aber er hebt nicht scharf genug hervor, was Dietzgen von Kant unterscheidet, so dass Dietzgens Verwandtschaft mit neueren positivistischen Strömungen verborgen bleibt.

Sodann bespricht Vorländer die „Sozialphilosophie des Neukritizismus“. Cohen, Stammler, Natort, Staudinger werden hier ausführlich besprochen, Tönnies und Lipps kurz gestreift. Wir vermischen in dieser Darstellung nur die historische Einleitung von Cohens „Kants Theorie der Erfahrung“, die, in bewusster Auseinandersetzung mit Hegel (2. Auflage, Seite 6), ein paar Gedanken andeutet, deren Entwicklung für die Auseinandersetzung zwischen dem Kritizismus und der materialistischen Geschichtsauffassung vielleicht grosse Bedeutung erlangen könnte.

Nun erst geht Vorländer an die Darstellung der Beziehungen des heutigen Sozialismus zur kritischen Philosophie. Zuerst werden die Revisionisten vorgenommen, wobei Vorländer mit Recht darauf hinweist, dass Eduard Bernstein, so eifrig er auch das Studium Kants propagiert hat, selbst doch dem Geiste der kritischen Philosophie fremd geblieben ist. Dann folgen die Marxisten. Vorländer polemisiert gegen Kautsky, Mehring, Plechanow, aber er polemisiert mit dem Wunsche, über dem Trennenden das Einigende nicht zu vergessen. Das Schlusskapitel handelt von den „Wiener Jungmarxisten“. Da Vorländer hier neben den Werken Max Adlers auch meinen bescheidenen Ausflügen in das Reich der Philosophie seine Aufmerksamkeit schenkt, will ich meine Stellung zu seinem Problem mit ein paar Sätzen verdeutlichen, um Missverständnisse zu verhüten.

Nach meiner Ueberzeugung brauchen die von Marx begründete politische Oekonomie und die ihr zugrunde liegende Geschichtsauffassung keine philosophische „Grundlegung“ oder „Ergänzung“, so wenig wie etwa die Physik oder die Physiologie einer solchen „Grundlegung“ oder „Ergänzung“ bedürfen. Die Philosophie ist nicht die Grundlage, auch nicht die Ergänzung irgendeiner Wissenschaft; vielmehr muss erst die Wissenschaft gegeben sein, damit die Philosophie aus der kritischen Analyse ihrer Elemente entstehen könne. Kants Philosophie war nicht die „Grundlegung“ und nicht die „Ergänzung“ von Newtons „Principia mathematica“; vielmehr hat Kant Newtons Begriffe nur kritisch analysiert. Nicht die Philosophie ist die Grundlage der Wissenschaft, sondern die Wissenschaft Grundlage der Philosophie. Die Wissenschaft bleibt davon unberührt, ob man nun dies oder jenes

philosophische System ihr überbaut. Die Philosophen unserer Zeit mögen die Elemente von Marxens Sozialwissenschaft analysieren, wie Kant die Elemente von Newtons Naturwissenschaft analysiert hat; aber sie dürfen sich nicht anmassen, über sozialwissenschaftliche Fragen zu entscheiden, so wenig wie die kritische Philosophie über naturwissenschaftliche Fragen entscheiden kann. Insofern ist also Marx von aller Philosophie unabhängig. Wenn sich der einzelne Marxist zu Kant oder zu Mach, zum Materialismus oder zu Dietzgens Positivismus bekennt, ist diese Verknüpfung blosser Personalunion, für die Geltung des Marxschen Lehrsystems ganz gleichgültig.

Eine dichtere Verknüpfung entsteht erst, wenn die Methode der Wissenschaft überhaupt oder eines ihrer Zweige in Frage gestellt wird. Dieses Missgeschick ist dem Marxismus oft widerfahren. Man denke an den Ansturm gegen den Marxismus, den die historische Schule, die Grenznützer, Teleologen vom Schlage Stämmers und Historiker vom Schlage Windelbands und Rickerts versucht haben! In der Abwehr solcher Angriffe werden wir zur Erörterung philosophischer Probleme gezwungen. Hier nun kann uns allerdings die kritische Philosophie wertvolle Dienste leisten — wertvolle Dienste zumal gegen ihre eigenen Anhänger! Das also ist der einzige Dienst, den die kritische Philosophie (und die Philosophie überhaupt!) dem Marxismus leisten kann: sie ist unsere Grenzwehr, die den Ansturm des die Methode bekämpfenden Skeptizismus abzuwehren hat.

Aber die Sicherung der Methode und mit ihr der Ergebnisse des Marxismus macht uns noch nicht zu Sozialisten. Die Erkenntnis, dass der Sozialismus sein wird, macht mich noch nicht zum Kämpfer für ihn. Der Entschluss, für ihn zu kämpfen, ist (oder kann wenigstens sein) sittliche Entschliessung. Zu dieser Entschliessung brauche ich keine philosophische Ethik, — so wenig ich erst die Lehrbücher der Logik studieren muss, um denken zu können. Aber wenn diese Entschliessung von dem ethischen Skeptizismus angefochten wird, dann werden wir allerdings zur Erörterung der Probleme der Ethik gezwungen. Hier nun leistet uns die Ethik des Kritizismus wertvollen Dienst, — gerade deshalb, weil sie nur das formale Prinzip aller ethischen Wertung aufdeckt, von aller konkreten Moral und allem konkreten „Naturrecht“ geschieden ist, uns also zeigt, dass dem formalen, im Bewusstsein überhaupt begründeten Prinzip in der Zeit des entwickelten Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat ganz andere konkrete Maximen entsprechen, als etwa im Zeitalter Kants, ohne dass dadurch die Geltung des Prinzips selbst in Frage gestellt werden kann. Wie für die Marxsche Theorie, so besorgt auch für den kämpfenden Sozialisten die kritische Philosophie nicht mehr als den bescheidenen Dienst einer Grenzwehr gegen den Einbruch des Skeptizismus.

Vorländer scheint das Verhältnis der kritischen Philosophie zum Sozialismus anders zu beurteilen, den Kreis ihrer Aufgaben weiter zu ziehen als ich. Aber so verschieden auch unsere Ansichten sein mögen, — inwiefern dies der Fall, wird erst der zweite Teil seines Werkes

deutlich zeigen, — so freuen wir uns doch, seine gründliche, dank ihrer schlichten Darstellungsweise für den philosophisch Gebildeten leicht lesbare Arbeit allen empfehlen zu können, denen die Beschäftigung mit Marx und Kant „am Herzen liegt“.
Otto Bauer.

Fabriksorganisation

Die Literatur über Fabrikswesen wird von Technikern in Büchern und in technischen Zeitschriften, aber auch von bürgerlichen Nationalökonomien, nicht zuletzt von Praktikern im Fabrikswesen, sehr eifrig gepflegt. Der Kenner hat eine Fülle von Werken und Abhandlungen, von Originaluntersuchungen und Uebersetzungen, vor allem von amerikanischen Werken, in den letzten Jahren in die Hände bekommen. Es ist ein neues Gebiet der Wissenschaft erschlossen worden, wenn auch bei dieser Literatur wissenschaftliche Absichten entweder vollständig gefehlt haben oder doch bei ihrer Entstehung nur nebenbei in Betracht kamen. Praktischen Interessen, dem Streben nach möglichst grosser Ausbeutung aller Produktivkräfte, nach Herbeiführung höchster Leistungsmöglichkeit und nach systematischem Erfassen und Lösen neuer Aufgaben in der Industrie soll diese Literatur dienen. Sie war nicht möglich, weil sie nicht notwendig war, solange der industrielle Betrieb für seine Leiter zu übersehen war, solange neben dem Handwerk nur die Fabrik mit ihrem einen grossen Arbeitssaal, mit ihren leicht übersehbaren Aufgaben herrschte. Da konnte der Unternehmer leicht noch Techniker, Kaufmann, Arbeiterorganisator, Einkäufer und Verkäufer, Geldbeschaffer und Geldverwerter sein. Aber nun tritt der persönliche Unternehmer immer mehr zurück. Weniger das Wachstum der Zahl der Arbeiter als die grosse Anzahl der zumeist früher völlig unbekanntem Angestellten charakterisiert die Entwicklung der Riesenbetriebe unserer Zeit.

Viele Betriebe sind nicht mehr an einem Orte konzentriert, sondern an zahlreichen Orten in besonderen Etablissements dezentralisiert. Die Uebersichtlichkeit und Einheitlichkeit des Betriebes ist aufgehoben, er wächst ins Riesengrosse, eine gewaltige Arbeitsvereinigung charakterisiert ihn, die mannigfachsten kaufmännischen und technischen Voraussetzungen, denen nur eine Vielheit der Personen genügen kann, sind für die Leitung eines derartigen Betriebes erforderlich. Da musste sich die Notwendigkeit ergeben, das Wesen derartiger Betriebe zu zergliedern, seine Bedürfnisse zu erkennen und ihnen zu entsprechen, die möglichst beste Organisation zu erstreben, allgemeine Regeln aufzustellen, die aber wiederum so durchdacht, so in sich gegliedert sein sollen, dass ihre Anpassungsfähigkeit für all die in ihrer Mannigfaltigkeit gar nicht übersehbaren Bedürfnisse der verschiedensten Industrien und der vielen Abweichungen in ihnen möglich sein muss. Die Tatsache der Entstehung und der durch viele Auflagen erwiesenen Verbreitung dieser Literatur kennzeichnet die ungeheure Entwicklung des modernen Fabriksbetriebes.

Aber nicht nur die Unternehmer, ihre Ingenieure und ihre kommerziellen Abteilungschefs, nicht nur die grossen Beherrscher der Industrie,

die Chefs der Banken, müssen mit der Fabriksorganisation vertraut sein, es gilt dies auch für die Arbeiter und vor allem für die Leiter der gewerkschaftlichen Verbände. Die Schwierigkeiten des industriellen Betriebes, das Zusammenwirken der Kräfte in ihm, die Quellen und die Organe der Entscheidung über den Betrieb, seine ganze Organisation kennen zu lernen, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen der gewerkschaftlichen Arbeit. Noch immer rechnen wir in der gewerkschaftlichen Taktik und Aktion — und nicht nur in ihr — mit Anschauungen und Methoden, die einer früheren Periode der gewerblichen Entwicklung erwachsen sind. Aber die Gewerkschaft muss die tatsächlichen Zustände im Fabrikswesen, muss die Entwicklungstendenz im Kapitalismus ununterbrochen im Auge behalten, wenn sie erfolgreich für die Arbeiter wirken soll. Bisher musste die schwere und komplizierte, vielfach auf Grund fremder Verhältnisse verfasste Literatur über Werkstättenpraxis und Betriebsleitung den Mitgliedern und Beamten der Gewerkschaft empfohlen werden. Das ist nun nicht mehr notwendig.

Ein kleines, leicht verständliches, gut gegliedertes und das Wesentliche, für alle Betriebe geltende, erschöpfend darstellende Buch über diese Fragen bietet uns Richard Woldt im Band 11 der Kleinen Bibliothek der Verlagsbuchhandlung J. H. W. Dietz. Seine 112 Seiten starke Schrift „Der industrielle Grossbetrieb“ ist wirklich das, was der Verfasser sich vorgesetzt hat zu schreiben: eine Einführung in die Organisation moderner Fabriksbetriebe. Abbildungen erleichtern das Verständnis, insbesondere für die Methoden der Arbeitskontrolle. In zahlreiche Unterkapitel sind die drei Hauptabschnitte geteilt, die die Arbeitsorganisation der Werkstatt, die im Fabrikskontor und den kapitalistischen Unternehmen behandeln. Man liest die Schrift mit dem grössten Interesse, sie füllt wirklich eine empfindliche Lücke in unserer Literatur aus, man muss ihr sehr viele und aufmerksame Leser wünschen. Damit wird die Gewerkschaft wie die Erkenntnis unserer wirtschaftlichen Zustände in hohem Masse gefördert werden.

Kleinigkeiten, die die Kritik herausfordern, werden sich bei einer zweiten Auflage leicht vermeiden lassen; so schliesst der Abschnitt über die Arbeitsverdrängung durch die Maschine mit einer Ausführung Kammerers, wonach die Handlanger immer mehr ausgeschaltet werden und an ihre Stelle eine geringe Anzahl hochwertiger Arbeiter treten. Aber auf der folgenden Seite wird dieser Anschauung sehr energisch eine entgegengesetzte entgegengestellt, ohne dass diese beiden Erfahrungen aus der Entwicklung der modernen Maschinenindustrie einigermassen gegenseitig abgegrenzt werden. Die Vorliebe für einzelne Ausdrücke wie „gerissen“ und „zwangsläufig“ macht sich in dem gut geschriebenen Buche bemerkbar. Wohl hätte sich dies oder jenes in dem Büchlein noch sagen lassen, aber dann wäre sein Umfang gewachsen und gerade in der Zusammenfassung auf engem Raum liegt der grosse Vorteil dieses Buches, das wirklich gelesen werden sollte, weil damit unseren Organisationen ein Vorteil geschaffen

würde, da durch das Buch veraltete Anschauungen vertrieben und die so wichtige Erkenntnis über die Entwicklung und über die Organisation des industriellen Grossbetriebes verbreitet wird.

ad. br.

Genossenschaftsbewegung

Jahrbuch des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine 1910. Herausgegeben vom Sekretariat des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine in Wien. 209 und XLIX Seiten.

Zum siebentenmal erscheint nun das Jahrbuch der österreichischen Konsumvereine und legt wiederum Zeugnis ab von dem stetigen Aufschwung unserer Genossenschaftsbewegung. Es ist viel Erfreuliches in den Berichten des Vorstandes und des Verbandssekretärs sowie im Bericht der Grosseinkaufsgesellschaft zu finden, aber auch genug des Unerfreulichen. Nicht nur von Krisis und Teuerung wurde die österreichische Arbeiterschaft im Berichtsjahre bedrängt, sie wurde auch geschwächt durch den tschechischen Separatismus, dessen Zerstörungsarbeit bekanntlich auch vor den Konsumentenorganisationen des Proletariats nicht haltgemacht hat. Aber trotz alledem ist kein Stillstand in der Aufwärtsentwicklung der Genossenschaftsbewegung, die langsam und sicher ihren Weg geht, zu verzeichnen.

Dies geht auch aus den Verhandlungen des Verbandstages vom Mai 1910 hervor, dessen Protokoll (mit dem Referat Renners über die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Konsumvereine) samt einigen kurzen Protokollen von Distriktsverbandstagen dem Jahrbuch angeschlossen ist. Ein Ueberblick über die Genossenschaftsbewegung des Auslandes zeigt, wie viel die österreichische Arbeiterschaft auf diesem Gebiet noch nachzuholen hat. Den Abschluss des Jahrbuches bilden 50 Seiten statistischer Tabellen, die sehr ins Detail gehen, aber über ein sehr interessantes Moment, nämlich über die Berufszugehörigkeit der Vereinsmitglieder, keinen Aufschluss geben. Die Zahl der nicht berichtenden Vereine ist leider unverhältnismässig gross.

Der Konsumgenossenschaftsbewegung neue Anhänger und Freunde zu werben, wird im Vorwort als Zweck des Jahrbuches angegeben. Sollte für diesen Zweck der Preis — 5 K, für Konsumvereine 3 K — nicht etwas zu hoch angesetzt sein?

E. L.

Mutterschutz

Luise Zietz hat im Verlag der Leipziger Buchdruckereiaktiengesellschaft eine Broschüre erscheinen lassen, die „Zur Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes“ in Deutschland Stellung nimmt. Es ist eine ungemein sachliche Arbeit mit umfangreichem Zahlenmaterial. Die in der Agitation stehenden Genossinnen werden dadurch in die Lage versetzt, über jeden Teil des Mutter- und Kinderschutzes mit Tatsachen belegte Referate zu erstatten. Zum Schlusse ihrer Darlegungen bringt die Verfasserin eine Gegenüberstellung des Wenigen, was der Staat heute leistet und was die Sozialdemokratie fordert. Es ergeben sich in den Forderungen einige Verschiedenheiten von dem Programm, das die österreichischen Genossinnen zu diesem Gegenstand bei Parteitag und Konferenzen erhoben haben. Die deutschen Genossinnen und mit ihnen die Partei stellen weitergehende Forderungen als wir; viel weitgehender vor allem auch, als sie von unseren Genossen bei der Beratung der Sozialversicherung in Bezug auf Mutter- und Säuglingsschutz erhoben wurden. Die Ursache davon ist aber nicht in der grösseren Genügsamkeit der österreichischen Arbeiterinnen zu suchen, sondern in der grösseren Rückständigkeit unserer staatlichen und kommunalen Einrichtungen. Nur einige Vergleiche: Die deutsche Reichsversicherungsordnung will an Mutterschutz gewähren: obligatorische Wöchnerinnenunterstützung für acht Wochen, wovon zwei Wochen vor der Entbindung liegen können. Als neue fakultative Mehrleistung lässt sie ein Stillgeld in der Höhe eines halben Krankengeldes für zwölf Wochen zu. Fakultativ auch die Wochenhilfe versicherungsfreier Ehefrauen. Das österreichische Sozialversicherungsgesetz, wie die Regierung es vorgelegt, bleibt bei dem vierwöchigen Wöchnerinnenschutz mit dem einzigen Unterschied, dass das Krankengeld auf das Aderthalfache erhöht werden soll. Von einem Säuglingsschutz ist weder fakultativ noch obligatorisch etwas enthalten, obwohl die Säuglingssterblichkeit in Oesterreich grösser ist als in Deutschland. Den Gesetzgebern in Oesterreich und vor allem auch den Vertretern unserer grossen Städte könnte es nur von Nutzen sein, wenn sie sich aus der Broschüre der Genossin Zietz belehren würden, wie rückständig ihre Sozialpolitik selbst gegen jene ist, wie sie in Deutschland schon geübt wird und die noch immer viel zu gering ist, um dem Massensterben der Säuglinge und dem physischen Ruin der arbeitenden Frauen vorbeugen zu können.

ap.